Die Verfassung des Demokratischen Kambodscha festigt die Errungenschaften der Revolution Seite 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 8 vom 21. Februar 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

## Lockheed-Affäre

# Ein Sumpf von Korruption

**Wie eine Bombe haben die Enthüllungen über die Bestechungspraktiken des US-amerikanischen Rüstungskonzerns Lockheed in fast allen westlichen kapitalistischen Ländern eingeschlagen. Kein Wunder, die bisher bekanntgewordenen Namen — und das ist sicher nur das, was unbedingt preisgegeben werden mußte — ist umfangreich genug und bei den Namen, die die Liste der Schmiergeldempfänger umfaßt, sind immerhin zwei ehemalige Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister, hohe Militärs, einflußreiche Beamte und Staatssekretäre aus mindestens zwölf Ländern. Ganz obenan: Prinz Bernhard der Niederlande. Dabei ist aber auch Franz-Josef Strauß, ehemaliger Verteidigungsminister der Bundesrepublik und heutiger Chef der CSU.**

Schon hat sich der amerikanische Außenminister Kissinger besorgt über die möglichen Folgen der Enthüllung geäußert und erklärt, daß die „Stabilität befreundeter Regierungen in Gefahr" gebracht würde. In den Niederlanden und Japan wurden in aller Eile parlamentarische „Untersuchungsausschüsse" eingesetzt, andere Regierungen baten um die Zusendung der Aussageprotokolle des Lockheed-Chefs, in Schweden wurde eine Untersuchung gegen den ehemaligen Chef der Luftwaffe eingeleitet. Und schließlich erklärte Ray Garret, Präsident des Untersuchungsausschusses in den USA: „*Es handelt sich um Bestechung und Korruption in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Dies ist Watergate, zweiter Teil.*"

In der Tat wirft dieser Skandal ein bezeichnendes Licht auf die Geschäftspraktiken der „Multis", der riesigen imperialistischen Rüstungskonzerne und internationalen Monopole, die miteinander erbittert um jeden Auftrag kämpfen und sich dabei aller „erlaubten" und „unerlaubten" Mittel bedienen; er wirft ein bezeichnendes Licht auf die Käuflichkeit der Politiker der bürgerlichen Parteien und Regierungen, der hohen Offiziere in den imperialistischen Armeen, der ganzen Staats- und Verwaltungsmaschinerie der kapitalistischen und imperialistischen Länder, der Käuflichkeit der regierenden Cliquen in den vom amerikanischen Imperialismus unterjochten Ländern. Die Käuflichkeit und Korruption ist durchaus nicht unnormal, sie ist nur die andere Seite der Medaille der Tatsache, daß sowohl in den USA wie bei uns, in jedem imperialistischen Land eine Handvoll von Finanzmagnaten, die Monopolbourgeoisie sich die Regierungen und den ganzen Staatsapparat untergeordnet und in ihren Dienst gestellt hat. In Wirklichkeit sind die Regierungen der kapitalistischen Länder nur der geschäftsführende Ausschuß einer Handvoll räuberischer Finanzmagnaten.

Ganz ähnliche Praktiken wie Lockheed wandte der Konkurrent Lockheeds, der Konzern Northorp an, und der Rüstungsgigant „Boeing" ist ebenfalls ins „Zwielicht geraten". Aufgedeckt wurden u.a. die Bestechungspraktiken der Rockefellerfirma „Esso Italiana", die unter anderem auch **86000 Dollar an die italienische revisionistische Partei zahlte.** Ermittelt wird gegen die Konzerne Gulf Oil, Standard Oil, 3M, Phillips Petroleum, insgesamt gegen 110 Unternehmen. Aber Bestechung ist nicht nur eine Praxis der amerikanischen Konzerne. Der französische Flugzeugkonzern Dassault, Fabrikant der „Mirage", so wurde jetzt bekannt, hat niederländische Politiker bestochen. Der Rüstungskonzern Rheinstahl-Henschel bezahlte jahrelang den damaligen CDU-Vorsitzenden Barzel für „Beratertätigkeit". Und so ließe sich die Liste weiter fortführen.

Bleiben wir aber bei Lockheed. Lockheed hat den niederländischen Prinzen Bernhard mit 1,4 Millionen Dollar bestochen, dafür zu sorgen, daß die niederländische Luftwaffe mit dem Starfighter ausgerüstet wird. Damals war Prinz Bernhard Generalinspekteur dieser Luftwaffe. Er war aber auch gleichzeitig Sonderdirektor

Fortsetzung auf Seite 12

## Verhindert die Abschiebung der türkischen Patrioten!




**Ca. 400 Menschen demonstrierten am Samstag in Köln gegen die geplante Abschiebung von 3 der 4 inhaftierten türkischen Patrioten. Das Bild zeigt einen Teil der Abschlußkundgebung. (Siehe Seite 7).**

## Die Supermächte und der Krieg in Angola

# Zwei Räuber, die sich um die Beute streiten

**Nach wie vor ist Angola Schauplatz des erbittertsten Krieges. Imperialistische Söldner aus aller Herren Länder, sowohl aus Kuba und der DDR als auch aus England, der Bundesrepublik und anderen Ländern, CIA und KGB-Agenten, Militärberater und Offiziere der beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion, reguläre Truppen des rassistischen südafrikanischen Regimes — sie alle führen Krieg gegen das angolanische Volk, einen Krieg, den die beiden Supermächte, die USA-Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten angezettelt haben und schüren, einen Krieg, in dem es darum geht, welche von beiden Angola und das angolanische Volk unterjocht und ausplündert.**

Das angolanische Volk wird erst dann frei und unabhängig sein, wenn es alle ausländischen Truppen aus dem Land gejagt hat, wenn es niemandem erlaubt, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, Druck auszuüben, sich Vorrechte und Privilegien zu sichern, wenn es vor allem die beiden Supermächte, den USA-Imperialisten und den russischen Sozialimperialismus, seine größten Feinde, aus dem Land wirft.

Das angolanische Volk hat über fünfzehn Jahre den bewaffneten Kampf gegen die portugiesischen Kolonialherren geführt, um das Joch der kolonialen Unterdrückung abzuschütteln und die Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen. In diesem Kampf gelang es den drei verschiedenen Befreiungsorganisationen, unterstützt von den Völkern Afrikas, ihre Differenzen aufgrund ihrer verschiedenen politischen Programme zu überwinden und ein Abkommen über ihre Zusammenarbeit zu schließen. Dieses Abkommen wurde am 5. Januar in Mombasa, Kenia, unterzeichnet. **Wenig später mußten die portugiesischen Kolonialisten im Vertrag von Alvor der Unabhängigkeit Angolas am 11. November zustimmen. Der Vertrag von Alvor,**

Fortsetzung auf Seite 10

## Neues Gesetz ist ein Angriff auf die Frauen

# Weg mit dem Paragraphen 218

**Der § 218 wird also auch weiterhin bestehen und mit ihm Angst, Demütigung und der Weg in die illegale Abtreibung für Tausende von Frauen. Diese Entscheidung des Bundestags hat die Empörung all der Frauen hervorgerufen, die sich in verschiedensten Formen für die ersatzlose Streichung des § 218 eingesetzt haben.**

**Die Bewegung gegen den § 218 ist schon sehr alt. Sie war seit eh und je eine der Hauptkampffronten der werktätigen Frauen gegen ihre besondere Unterdrückung im Kapitalismus. Diese Bewegung war niemals eine „kinderfeindliche" Bewegung, wie es ihr von bürgerlichen Politikern und von der Kirche immer wieder unterstellt wurde. Sie hat ihre Ursache in der schlechten sozialen wirtschaftlichen Lage der Werkätigen im Kapitalismus, sie richtet sich gegen den staatlich befohlenen Gebärzwang, gegen den Druck, gegen Demütigung und Erniedrigung, der die Frauen durch dieses Gesetz ausgesetzt wurden und werden.**

Gerade in den letzten Jahren hat diese Bewegung erneut einen Aufschwung genommen. Als Antwort darauf haben die bürgerlichen Politiker, vor allem der SPD, viele schöne Worte gefunden, daß den Frauen geholfen werden müsse. Warum aber kommt der Bundestag dem Wunsch der Frauen nach der Abschaffung des § 218 nicht nach, sondern beschließt die jetzige Indikationslösung? Schuld daran ist nicht etwa ein besonders reaktionäres Bundesverfassungsgericht, das es den Parteien unmöglich machte, eine „fortschrittliche" Entscheidung zu fällen. Der Bundestag hat die Lösung beschlossen, die die Bourgeoisie braucht.

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß auch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts keine einzige Partei für die restlose Abschaffung dieses Paragraphen war. Auch die D„K"P, die von sich behauptet, die Interessen der Frauen konsequent zu vertreten, übrigens nicht. Sie war sich mit der SPD in der Forderung nach der Fristenlösung einig.

Das hat seine Ursache darin, daß die Bourgeoisie diesen Paragraphen nach wie vor als Gesetz zum Gebärzwang braucht und einsetzen will. Man erinnere sich nur an den vorwurfsvollen Ton, mit dem seit einiger Zeit die Zahlen über den allgemeinen Geburtenrückgang veröffentlicht werden. Von diesem Grundgedanken ist auch die jetzt beschlossene Indikationslösung bestimmt. SPD und FDP haben im Bundestag erklärt, ihnen

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Balkankonferenz: Warum fehlte die VR Albaniens? ........ 2
Niedersachsenaffäre ........ 2
SED-Revisionisten — Feinde der Diktatur des Proletariats ........ 3
KHD Köln — Roter Betriebsrat von Werkschutz abgeführt ........ 4
HDW Kiel: Roter Betriebsrat gewinnt Arbeitsgerichtsprozeß 2. Instanz ........ 4
Schließung der Zeche Ibbenbüren ........ 5
Schulstreik in Worpswede ........ 6
Das fette Geschäft mit der Krankheit ........ 6
Chemische Keule in NRW eingeführt ........ 7
Keine Abschiebung der türkischen Patrioten! ........ 7
Fortsetzungsroman über Norman Bethune ........ 8
KBW ........ 9
Interview mit einem Genossen der RKP Uruguays ........ 11
Westsahara ........ 11

## Balkankonferenz

# Warum fehlte die VR Albanien?

**Vor kurzem ging in Athen die erste Balkankonferenz zu Ende. Teilgenommen haben an dieser Konferenz die Vertreter der Regierungen Griechenlands, der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und Jugoslawiens. Als einziges Land hat die Volksrepublik Albanien es abgelehnt,an einer solchen Konferenz teilzunehmen.**

Um was ging es bei dieser Konferenz? Offiziell heißt es, es ginge um die gemeinsamen Interessen an der Entwicklung ökonomischer und technischer Zusammenarbeit. Es wurde eine Wirtschafts- und Industriekammer der Balkanländer, ein Bankenkonsortium usw. gegründet, was noch von den Regierungen verabschiedet werden muß.

Aber waren die anwesenden Delegationen Vertreter der Völker und Nationen der Balkanländer? Nein, auf dieser Konferenz wurden neben den eigenen chauvinistischen Interessen vor allem die Interessen der beiden Supermächte, des USA-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus vertreten, die auch auf dem Balkan wie überall in der Welt zum Vorherrschaft und Ausweitung ihrer Einflußsphären rivalisieren.

Bulgarien und Rumänien sind Mitglieder des Warschauer Paktes und die Türkei ist Mitglied der NATO. Amerikanisches Militär ist in Griechenland stationiert. Insbesondere die Regierung Bulgariens ist Vasall Moskaus,und die Türkei hat die Interessen der anderen Supermacht repräsentiert.

Diese Konferenz hat keinen Nutzen für die Völker des Balkan, deshalb hat auch die Volksrepublik Albanien nicht daran teilgenommen. Die Haltung der Volksrepublik Albanien zu den Nachbarvölkern hat Genosse Enver Hoxha in seiner Rede vor seinen Wählern während der Wahlen zur Volksversammlung 1974 klar dargelegt.

*,,Die Nachbarvölker Jugoslawien und Griechenland sind unsere Freunde. Die imperialistischen Mächte und ihre Agenturen hatten ihre Lunten und Zünder angebracht um zwischen uns Streit zu stiften (...) Wir Albaner wünschen den Völkern Jugoslawiens und Griechenlands Gutes. Entwickeln wir doch unsere Freundschaft auf dem Weg, der für jeden am geeignetsten ist, ohne uns gegenseitig in die inneren Angelegenheiten einzumischen und ohne es auf dem Territorium unserer Länder irgendjemandem zu gestatten, aus welchem Grund auch immer, Nachteile für die Interessen unserer guten Nachbarschaft zu schaffen und diese zu bedrohen. (...) Wir sagen unseren Nachbarn: Es gibt und es wird keine ausländischen Militärbasen in unserem Land geben, aber wir wünschen, daß Eurerseits in Euren Ländern die ausländischen Militärbasen ebenfalls aufgelöst werden. Kein Vorwand reicht aus, um den Flotten der Supermächte zu gestatten, nicht nur ständige Basen, sondern auch Ankerplätze in Euren Häfen zu haben und Reparaturen vorzunehmen und Verpflegung aufzunehmen...*

*Dem bulgarischen Volk wünschen wir das Beste. Wir waren und sind mit ihm befreundet. Diese Freundschaft wird, aber nicht durch unsere Schuld, verfinstert. Das bulgarische Volk muß die Augen öffnen, denn die an seiner Spitze stehen, verwandeln Bulgarien in eine wirkliche Kolonie der sowjetischen Sozialimperialisten. Die Moskauer Herren und ihre bulgarische Agentur, voran Teodor Schiwkoff, haben Bulgarien in ein Aufmarschgebiet gegen unser Land verwandelt...*

***Die Volksrepublik Albanien wird nach wie vor in den vordersten Reihen des Kampfes gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion stehen und allen Ländern, die für die Freiheit und nationale Unabhängigkeit, für die gesellschaftliche Emanzipation und den gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen, ihre ganze Unterstützung gewähren.''***

## Weg mit dem Paragraphen 218

Fortsetzung von Seite 1

ginge es darum, den Frauen durch „Beratung" zu helfen. Dabei haben sie gleichzeitig betont, daß Ziel der ,,Beratung'' solle sein, die Frau zum Austragen des Kindes zu bringen. Hilfe durch Beratung? In Wirklichkeit kann von „Beratung" keine Rede sein. Denn es ist der Arzt bzw. die Beratungsstelle, die entscheidet, ob die Gründe der Frau hinreichend sind oder nicht. Als zusätzliche Sicherung ist noch festgelegt, daß die Frau jeweils zu zwei Ärzten gehen muß, die sich gegenseitig kontrollieren.

Wie sieht es nun mit den hinreichenden Gründen für den Abbruch der Schwangerschaft aus? Wir wollen hier nicht auf die Gründe im Zusammenhang mit der Gesundheit von Mutter und Kind und mit einer Vergewaltigung eingehen. Die Praxis der letzten Zeit zeigt, daß auch hier mit den Frauen Schindluder getrieben wird. Was hat es aber mit dem von der SPD als Fortschritt gepriesenen Grund der zu erwartenden „schwerwiegenden Notlage" bei einer Geburt für die Mutter auf sich? Nicht umsonst ist ein derartiger Gummibegriff gewählt worden. Wo fängt denn diese Notlage — z. B. finanzieller Art — an? Was, wenn ein Arzt der Ansicht ist, es gäbe kein größeres Glück für eine Mutter als einen Stall voll Kinder — auch wenn sie sie nicht satt bekommen kann? Dazu kommt, daß das Gesetz zwar nicht festlegt, was eine „schwerwiegende Notlage" ist, dafür aber allen Ärzten mit Strafe droht, die eine Abtreibung vornehmen, wenn diese „schwerwiegende Notlage" nicht vorliegt. Angesichts dieser Tatsachen melden sogar bürgerliche Zeitungen Zweifel an, ob das neue Gesetz die gegenwärtige Lage ändern wird.

Beibehaltung der gegenwärtigen Lage aber bedeutet: Mindestens 300000 illegale Abtreibungen im Jahr, Tod oder Krankheit durch illegale Abtreibung, Angst, Bevormundung und Demütigung.

Auch die bürgerlichen Parteien wissen natürlich, daß sie mit diesem Gesetz deshalb auf den Widerstand der Frauen stoßen werden. Nicht umsonst betonten einige SPD-Politiker, es gelte jetzt, vor allem die soziale Lage für Mutter und Kind zu verbessern. Welch ein Hohn, wenn man bedenkt, daß die SPD/FDP-Regierung praktisch im gleichen Atemzug die Zwangsimpfung gegen Tuberkulose und Pocken bei Kleinkindern und Säuglingen gestrichen hat, weil ihr ein paar Millionen wichtiger sind als die Gesundheit der Kinder. Das spricht wie zahlreiche andere Maßnahmen der Regierung nicht für die Absicht, den Werktätigen zu helfen. Daraus spricht, daß die Regierung als Sprachrohr der Bourgeoisie für die soziale Versorgung der Werktätigen gerade die allernotwendigsten Mittel bereitstellt. Die Bundesrepublik ist kein ,,Wohlfahrtsstaat'' für die Armen, sondern für die Reichen.

Es ist deshalb auch kein Zufall, daß in allen kapitalistischen Ländern — sowohl den westlichen als auch den östlichen — das Abtreibungsproblem existiert. Allein in den sozialistischen Ländern gibt es ein solches Problem nicht. In Europa ist Albanien das einzige Land, in dem jede Frau sich auf ihre Kinder freuen kann, in dem keine Frau aus sozialer Not zur Abtreibung gezwungen ist. Das muß sogar ein bürgerlicher Journalist zugeben. Er schreibt (in seinem Buch „Sex im Sozialismus"):

„In Albanien sind heute über 90% der erwachsenen Frauen berufstätig. Nach der Geburt eines Kindes bekommt jede Frau zwei Monate bezahlten Urlaub. Anschließend kommt das Kleinkind in einer der zahlreichen Krippen, und die Mutter geht an ihren Arbeitsplatz zurück. Allerdings darf ihre tägliche Arbeitszeit ein Jahr lang 6 Stunden nicht übersteigen. Die aus der Türkenzeit stammende Prostitution ist im heutigen Albanien unbekannt. Da die soziale Situation relativ gut ist, denkt keine Mutter an Abtreibung."

Hier zeigt sich, es gibt einen Ausweg, um die besondere Unterdrückung der Frau im Kapitalismus von Grund auf zu beseitigen. Eine solche glückliche Situation für die Frauen werden wir erreichen, wenn möglichst viele Frauen den Kampf gegen ihre besonders schlechte Lage aufnehmen und gleichzeitig mit dem Mann gemeinsam gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung aller Werktätigen, für die sozialistische Revolution kämpfen.

## Niedersachsen Parlamentarismus - Betrug am Volk

**,,Da stecken Millionen dahinter'', so kommentierte der ehemalige Landwirtschaftsminister von Niedersachsen, Bruns, die Ereignisse, die in Niedersachsen zum Sturz der SPD/FDP-Landesregierung und ihre Ersetzung durch die CDU geführt haben. Es gibt wohl kaum jemanden, der den Minister der Lüge zeihen wollte.**

Es ist schon seit langem eine übliche Methode, daß die verschiedenen bürgerlichen Parteien im Kampf um die ,,fetten Pfründe'' der Regierungsämter und Ministersessel auch zu Bestechung, Betrug und anderen kriminellen Mitteln und Methoden greifen, um sich gegenseitig auszustechen, ebenso wie es schon immer üblich war, daß die Parlamentarier, Regierungsbeamten und Minister immer eine ,,offene Hand'' zum Empfang von Schmiergeldern aller Art hatten. Seit der Entstehung des Kapitalismus ist die Geschichte des Parlamentarismus in jedem x-beliebigen kapitalistischen Land mit einer Unzahl von Korruptions-, Bestechungs- und anderen Affären verbunden, von denen wir hier nur die ,,Watergate-Affäre'' in den USA, den Fall ,,Steiner-Wienand'' in der Bundesrepublik und die ,,Lockheed-Affäre'' erwähnen wollen.

Das Parlament ist eben keine Institution, in der sich der Wille des Volkes verkörpert, in der Recht, Anstand, Menschenwürde usw. etwas gelten würden, sondern es dient dazu, unter der Parole der Demokratie, wie Lenin sagte, den ,,Betrug der Reichen am Volk'' zu verhüllen, als Schwatzbude die Tatsache zu vertuschen, **daß im Kapitalismus nicht das Volk regiert, sondern die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse über das Volk.** Und selbstverständlich wird keine einzige wichtige Entscheidung im Parlament selbst gefällt, sondern in den Kabinetten der Finanzmagnaten, der Bankherren und Industriebarone vom Schlage eines Abs, Flick, Thyssen usw. Diese paar Blutsauger regieren in Wirklichkeit. Schon Lenin sagte, daß ,,im bürgerlichen Parlament die Arbeiter betrogen und Finanzdiebstähle wie allerhand andere Arten von Bestechung mit Phrasen über ‚Demokratie' verhüllt werden, denn nirgends wird die Bestechung von Schriftstellern, Abgeordneten, Advokaten usw. durch die Bourgeoisie in so ‚feiner' Art und in so großem Umfang durchgeführt, wie im bürgerlichen Parlament...''

Es ist natürlich kein Zufall, daß nach den Ereignissen in Niedersachsen, wie immer in solchen Fällen, von den bürgerlichen Parteien, der Presse usw. eifrige Propaganda für einen ,,sauberen Parlamentarismus'' betrieben wird.

,,Der Wählerwille ist verfälscht worden'' — so kann man die bürgerliche Propaganda in einem Satz zusammenfassen. ,,Der Wählerwille ist verfälscht worden'' — so predigt es auch die ,,UZ'', die Zeitung der D,,K''P, der modernen Revisionisten. Und natürlich, wenn der Wählerwille verfälscht wurde, dann heißt das doch auch, daß die Werktätigen durch die Wahlen zum Parlament die Möglichkeit hätten, ihren ,,Willen'' durchzusetzen — immer vorausgesetzt natürlich, sie wählen die richtige Partei. Und jede Partei verspricht denn auch, daß sie die richtige Politik und die richtigen Männer für diese Politik habe. Die D,,K''P nicht ausgenommen, die ihre Kandidaten als ,,ehrliche Menschen'', ,,unbestechlich'', ,,anständige Arbeiter'' anpreist. Aber keine einzige dieser Parteien rüttelt am parlamentarischen System insgesamt, jede von ihnen nimmt es in Schutz ...

Aber haben wir denn wirklich ,,die Wahl''? Daß es auf Wahlen nicht ankommt, hat Hannover ja gerade gezeigt. Und hat denn wirklich vorher der ,,Wille der Wähler'' regiert? Ist es nicht vielmehr so, daß alle vier oder fünf Jahre die Frage so steht, ob wir uns vom ,,linken'' oder ,,rechten'' Stiefel des Kapitals zertreten lassen sollen? Keine einzige der bürgerlichen Parteien vertritt doch unsere Interessen. Ganz abgesehen davon, daß die Kapitalistenklasse es niemals zulassen würde, daß eine kommunistische, eine revolutionäre Partei, eine Partei, die wirklich die Interessen der Werktätigen vertritt, auch nur über eine größere Anzahl von Sitzen im Parlament verfügen dürfte, geschweige denn die Mehrheit erringen. Angefangen von der 5%-Klausel über die Einteilung der Wahlkreise, den Behinderungen der Presse usw. usf. gibt es da eben noch die Polizei, die Armee, kurz den bürgerlichen Staat, und wir haben in unserer eigenen Geschichte gesehen, daß die Kapitalistenklasse, wenn ihre Herrschaft bedroht ist, keinen Moment zögert, die brutalste offene Diktatur über das Volk wie im Hitlerfaschismus zu errichten.

Und wir erleben gerade jetzt, daß die Kapitalistenklasse ein Gesetz nach dem anderen verabschiedet, die Polizei und ihre anderen Bürgerkriegstruppen aufrüstet wie nie zuvor, d.h. die Faschisierung vorantreibt. Sie wird keinen Moment zögern, ihre Truppen gegen die Werktätigen einzusetzen, wenn sie wirklich für ihre Interessen kämpfen.

**Wer das verschweigt, wie die revisionistische D,,K''P und stattdessen mit dem Stimmzettel winkt, der betrügt die Werktätigen, der beschönigt das kapitalistische System und kämpft — trotz aller Propagandaphrasen — in Wirklichkeit für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen durch die Kapitalistenklasse, der ist ein Feind in den eigenen Reihen.** Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen können ihre Interessen nur im revolutionären Klassenkampf gegen Lohnraub, Arbeitslosigkeit, Teuerung usw. durchsetzen. **Sie werden ihre endgültige Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung niemals mit dem Stimmzettel, sondern nur durch die gewaltsame Revolution erkämpfen können, nur durch die Zerschlagung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates, einschließlich der Schwatzbude Parlament.**

## Kurz berichtet

**KITZINGEN**

Am 12. 2. 76 fand in Kitzingen eine Veranstaltung statt unter der Parole: „Vorwärts mit dem ROTEN MORGEN! Vorwärts mir der KPD/ML!". Gleich zu Beginn spendeten die 45 Freunde und Genossen begeistert Beifall, als ein Genosse über die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML berichtete. Nach einem Referat über die Bedeutung und die Aufgaben des ROTEN MORGEN spielten 2 Genossen drei kurze Szenen zum RM-Verkauf: In der ersten wurde gezeigt, wie man aus Angst vor den Massen kaum traut, den ROTEN MORGEN anzubieten; in der zweiten Szene redete der Verkäufer eine Kollegin in Grund und Boden, so daß sie eiligst floh, nachdem sie einen ROTEN MORGEN gekauft hatte; die dritte Szene zeigte, wie der Genosse am Bewußtsein der Kollegin ansetzt und ihr so klarmacht, warum es auch für sie gut wäre, einmal den ROTEN MORGEN zu lesen. Diese drei Szenen, die Genossen der ROTEN GARDE geschrieben hatten, sorgten nicht nur für eine gute Stimmung im Saal, sondern halfen uns gleichzeitig allen, auch bei uns bestimmte Fehler zu erkennen.

Die neugeschaffene Kitzinger Singgruppe brachte zwischen den einzelnen Beiträgen einige Lieder. Am Schluß wurde der Film „Rote Raketen" gezeigt. Während der Filmvorführung wurden für den ROTEN MORGEN und die Genossen in der DDR 80 DM gesammelt.

**DUISBURG**

Am 9. 2. nachmittags führte die Ortsgruppe Duisburg der Partei zusammen mit türkischen Genossen und der GRF (KPD) eine Kundgebung gegen die Abschiebung der türkischen Genossen durch, die in Köln am 31. Januar zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind und nach der Urteilsverkündung sofort in Abschiebehaft genommen worden sind. Die Kundgebung fand auf einem Platz in der Nähe des Gefängnisses Duisburg-Ruhrort statt, in dem zur Zeit die Genossen Ömer und Mustafa in Abschiebehaft gehalten werden. Nach der Kundgebung zogen die Teilnehmer unter Rufen von Parolen zum Gefängnis. Genosse Mustafa und andere Gefangene grüßten mit erhobenen Fäusten zurück. (Das Fenster von Ömer war durch die hohen Mauern verdeckt). Direkt vor dem Gefängnis hielt ein türkischer Genosse noch eine kurze Ansprache.

**DUISBURG**

Am Freitag, den 6. 2. fand ein Arbeitertreff für den Duisburger Norden statt. 9 Freunde und Genossen der Partei und der ROTEN GARDE hörten ein Referat über die Vertrauensleutewahlen, die jetzt bei Thyssen begonnen haben. Ein Genosse aus dem Betrieb, der selbst von seinen Kollegen zum Vertrauensmann vorgeschlagen ist, berichtete über seine Erfahrungen und beantwortete Fragen der Teilnehmer. Besonders interessant war, daß die Kollegen des Genossen ihren alten IGM-Vertrauensmann schon lange zum Teufel gejagt hatten und nun einstimmig den Roten Vertrauensmann unterstützen.

Am selben Abend wurde von allen Anwesenden die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML begrüßt. Ein Genosse hob hervor, wie wichtig es sei, die Genossen in der DDR auch finanziell zu unterstützen. Die dann durchgeführte Sammlung erbrachte 101 DM.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage ,,Die Rote Garde''. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

## Balkankonferenz

# Warum fehlte die VR Albanien?

**Vor kurzem ging in Athen die erste Balkankonferenz zu Ende. Teilgenommen haben an dieser Konferenz die Vertreter der Regierungen Griechenlands, der Türkei, Bulgariens, Rumäniens und Jugoslawiens. Als einziges Land hat die Volksrepublik Albanien es abgelehnt,an einer solchen Konferenz teilzunehmen.**

Um was ging es bei dieser Konferenz? Offiziell heißt es, es ginge um die gemeinsamen Interessen an der Entwicklung ökonomischer und technischer Zusammenarbeit. Es wurde eine Wirtschafts- und Industriekammer der Balkanländer, ein Bankenkonsortium usw. gegründet, was noch von den Regierungen verabschiedet werden muß.

Aber waren die anwesenden Delegationen Vertreter der Völker und Nationen der Balkanländer? Nein, auf dieser Konferenz wurden neben den eigenen chauvinistischen Interessen vor allem die Interessen der beiden Supermächte, des USA-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus vertreten, die auch auf dem Balkan wie überall in der Welt zum Vorherrschaft und Ausweitung ihrer Einflußsphären rivalisieren.

Bulgarien und Rumänien sind Mitglieder des Warschauer Paktes und die Türkei ist Mitglied der NATO. Amerikanisches Militär ist in Griechenland stationiert. Insbesondere die Regierung Bulgariens ist Vasall Moskaus,und die Türkei hat die Interessen der anderen Supermacht repräsentiert.

Diese Konferenz hat keinen Nutzen für die Völker des Balkan, deshalb hat auch die Volksrepublik Albanien nicht daran teilgenommen. Die Haltung der Volksrepublik Albanien zu den Nachbarvölkern hat Genosse Enver Hoxha in seiner Rede vor seinen Wählern während der Wahlen zur Volksversammlung 1974 klar dargelegt.

*„Die Nachbarvölker Jugoslawien und Griechenland sind unsere Freunde. Die imperialistischen Mächte und ihre Agenturen hatten ihre Lunten und Zünder angebracht um zwischen uns Streit zu stiften (...) Wir Albaner wünschen den Völkern Jugoslawiens und Griechenlands Gutes. Entwickeln wir doch unsere Freundschaft auf dem Weg, der für jeden am geeignetsten ist, ohne uns gegenseitig in die inneren Angelegenheiten einzumischen und ohne es auf dem Territorium unserer Länder irgendjemandem zu gestatten, aus welchem Grund auch immer, Nachteile für die Interessen unserer guten Nachbarschaft zu schaffen und diese zu bedrohen. (...) Wir sagen unseren Nachbarn: Es gibt und es wird keine ausländischen Militärbasen in unserem Land geben, aber wir wünschen, daß Eurerseits in Euren Ländern die ausländischen Militärbasen ebenfalls aufgelöst werden. Kein Vorwand reicht aus, um den Flotten der Supermächte zu gestatten, nicht nur ständige Basen, sondern auch Ankerplätze in Euren Häfen zu haben und Reparaturen vorzunehmen und Verpflegung aufzunehmen ...*

*Dem bulgarischen Volk wünschen wir das Beste. Wir waren und sind mit ihm befreundet. Diese Freundschaft wird, aber nicht durch unsere Schuld, verfinstert. Das bulgarische Volk muß die Augen öffnen, denn die an seiner Spitze stehen, verwandeln Bulgarien in eine wirkliche Kolonie der sowjetischen Sozialimperialisten. Die Moskauer Herren und ihre bulgarische Agentur, voran Teodor Schiwkoff, haben Bulgarien in ein Aufmarschgebiet gegen unser Land verwandelt ...*

***Die Volksrepublik Albanien wird nach wie vor in den vordersten Reihen des Kampfes gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion stehen und allen Ländern, die für die Freiheit und nationale Unabhängigkeit, für die gesellschaftliche Emanzipation und den gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen, ihre ganze Unterstützung gewähren.**"*

## Weg mit dem Paragraphen 218

Fortsetzung von Seite 1

ginge es darum, den Frauen durch „Beratung" zu helfen. Dabei haben sie gleichzeitig betont, daß Ziel der „Beratung" solle sein, die Frau zum Austragen des Kindes zu bringen. Hilfe durch Beratung? In Wirklichkeit kann von „Beratung" keine Rede sein. Denn es ist der Arzt bzw. die Beratungsstelle, die entscheidet, ob die Gründe der Frau hinreichend sind oder nicht. Als zusätzliche Sicherung ist noch festgelegt, daß die Frau jeweils zu zwei Ärzten gehen muß, die sich gegenseitig kontrollieren.

Wie sieht es nun mit den hinreichenden Gründen für den Abbruch der Schwangerschaft aus? Wir wollen hier nicht auf die Gründe im Zusammenhang mit der Gesundheit von Mutter und Kind und mit einer Vergewaltigung eingehen. Die Praxis der letzten Zeit zeigt, daß auch hier mit den Frauen Schindluder getrieben wird. Was hat es aber mit dem von der SPD als Fortschritt gepriesenen Grund der zu erwartenden „schwerwiegenden Notlage" bei einer Geburt für die Mutter auf sich? Nicht umsonst ist ein derartiger Gummibegriff gewählt worden. Wo fängt denn diese Notlage — z. B. finanzieller Art — an? Was, wenn ein Arzt der Ansicht ist, es gäbe kein größeres Glück für eine Mutter als einen Stall voll Kinder — auch wenn sie sie nicht satt bekommen kann? Dazu kommt, daß das Gesetz zwar nicht festlegt, was eine „schwerwiegende Notlage" ist, dafür aber allen Ärzten mit Strafe droht, die eine Abtreibung vornehmen, wenn diese „schwerwiegende Notlage" nicht vorliegt. Angesichts dieser Tatsachen melden sogar bürgerliche Zeitungen Zweifel an, ob das neue Gesetz die gegenwärtige Lage ändern wird.

Beibehaltung der gegenwärtigen Lage aber bedeutet: Mindestens 300000 illegale Abtreibungen im Jahr, Tod oder Krankheit durch illegale Abtreibung, Angst, Bevormundung und Demütigung.

Auch die bürgerlichen Parteien wissen natürlich, daß sie mit diesem Gesetz deshalb auf den Widerstand der Frauen stoßen werden. Nicht umsonst betonten einige SPD-Politiker, es gelte jetzt, vor allem die soziale Lage für Mutter und Kind zu verbessern. Welch ein Hohn, wenn man bedenkt, daß die SPD/FDP-Regierung praktisch im gleichen Atemzug die Zwangsimpfung gegen Tuberkulose und Pocken bei Kleinkindern und Säuglingen gestrichen hat, weil ihr ein paar Millionen wichtiger sind als die Gesundheit der Kinder. Das spricht wie zahlreiche andere Maßnahmen der Regierung nicht für die Absicht, den Werktätigen zu helfen. Daraus spricht, daß die Regierung als Sprachrohr der Bourgeoisie für die soziale Versorgung der Werktätigen gerade die allernotwendigsten Mittel bereitstellt. Die Bundesrepublik ist kein „Wohlfahrtsstaat" für die Armen, sondern für die Reichen.

Es ist deshalb auch kein Zufall, daß in allen kapitalistischen Ländern — sowohl den westlichen als auch den östlichen — das Abtreibungsproblem existiert. Allein in den sozialistischen Ländern gibt es ein solches Problem nicht. In Europa ist Albanien das einzige Land, in dem jede Frau sich auf ihre Kinder freuen kann, in dem keine Frau aus sozialer Not zur Abtreibung gezwungen ist. Das muß sogar ein bürgerlicher Journalist zugeben. Er schreibt (in seinem Buch „Sex im Sozialismus"):

„In Albanien sind heute über 90% der erwachsenen Frauen berufstätig. Nach der Geburt eines Kindes bekommt jede Frau zwei Monate bezahlten Urlaub. Anschließend kommt das Kleinkind in einer der zahlreichen Krippen, und die Mutter geht an ihren Arbeitsplatz zurück. Allerdings darf ihre tägliche Arbeitszeit ein Jahr lang 6 Stunden nicht übersteigen. Die aus der Türkenzeit stammende Prostitution ist im heutigen Albanien unbekannt. Da die soziale Situation relativ gut ist, denkt keine Mutter an Abtreibung."

Hier zeigt sich, es gibt einen Ausweg, um die besondere Unterdrückung der Frau im Kapitalismus von Grund auf zu beseitigen. Eine solche glückliche Situation für die Frauen werden wir erreichen, wenn möglichst viele Frauen den Kampf gegen ihre besonders schlechte Lage aufnehmen und gleichzeitig mit dem Mann gemeinsam gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung aller Werktätigen, für die sozialistische Revolution kämpfen.

## Kurz berichtet

**KITZINGEN**

Am 12. 2. 76 fand in Kitzingen eine Veranstaltung statt unter der Parole: „Vorwärts mit dem ROTEN MORGEN! Vorwärts mir der KPD/ML!". Gleich zu Beginn spendeten die 45 Freunde und Genossen begeistert Beifall, als ein Genosse über die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML berichtete. Nach einem Referat über die Bedeutung und die Aufgaben des ROTEN MORGEN spielten 2 Genossen drei kurze Szenen zum RM-Verkauf: In der ersten wurde gezeigt, wie man aus Angst vor den Massen kaum traut, den ROTEN MORGEN anzubieten; in der zweiten Szene redete der Verkäufer eine Kollegin in Grund und Boden, so daß sie eiligst floh, nachdem sie einen ROTEN MORGEN gekauft hatte; die dritte Szene zeigte, wie der Genosse am Bewußtsein der Kollegin ansetzt und ihr so klarmacht, warum es auch für sie gut wäre, einmal den ROTEN MORGEN zu lesen. Diese drei Szenen, die Genossen der ROTEN GARDE geschrieben hatten, sorgten nicht nur für eine gute Stimmung im Saal, sondern halfen uns gleichzeitig allen, auch bei uns bestimmte Fehler zu erkennen.

Die neugeschaffene Kitzinger Singgruppe brachte zwischen den einzelnen Beiträgen einige Lieder. Am Schluß wurde der Film „Rote Raketen" gezeigt. Während der Filmvorführung wurden für den ROTEN MORGEN und die Genossen in der DDR 80 DM gesammelt.

**DUISBURG**

Am 9. 2. nachmittags führte die Ortsgruppe Duisburg der Partei zusammen mit türkischen Genossen und der GRF (KPD) eine Kundgebung gegen die Abschiebung der türkischen Genossen durch, die in Köln am 31. Januar zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind und nach der Urteilsverkündung sofort in Abschiebehaft genommen worden sind. Die Kundgebung fand auf einem Platz in der Nähe des Gefängnisses Duisburg-Ruhrort statt, in dem zur Zeit die Genossen Ömer und Mustafa in Abschiebehaft gehalten werden. Nach der Kundgebung zogen die Teilnehmer unter Rufen von Parolen zum Gefängnis. Genosse Mustafa und andere Gefangene grüßten mit erhobenen Fäusten zurück. (Das Fenster von Ömer war durch die hohen Mauern verdeckt). Direkt vor dem Gefängnis hielt ein türkischer Genosse noch eine kurze Ansprache.

**DUISBURG**

Am Freitag, den 6. 2. fand ein Arbeitertreff für den Duisburger Norden statt. 9 Freunde und Genossen der Partei und der ROTEN GARDE hörten ein Referat über die Vertrauensleutewahlen, die jetzt bei Thyssen begonnen haben. Ein Genosse aus dem Betrieb, der selbst von seinen Kollegen zum Vertrauensmann vorgeschlagen ist, berichtete über seine Erfahrungen und beantwortete Fragen der Teilnehmer. Besonders interessant war, daß die Kollegen des Genossen ihren alten IGM-Vertrauensmann schon lange zum Teufel gejagt hatten und nun einstimmig den Roten Vertrauensmann unterstützen.

Am selben Abend wurde von allen Anwesenden die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML begrüßt. Ein Genosse hob hervor, wie wichtig es sei, die Genossen in der DDR auch finanziell zu unterstützen. Die dann durchgeführte Sammlung erbrachte 101 DM.

## Niedersachsen Parlamentarismus - Betrug am Volk

**„Da stecken Millionen dahinter", so kommentierte der ehemalige Landwirtschaftsminister von Niedersachsen, Bruns, die Ereignisse, die in Niedersachsen zum Sturz der SPD/FDP-Landesregierung und ihre Ersetzung durch die CDU geführt haben. Es gibt wohl kaum jemanden, der den Minister der Lüge zeihen wollte.**

Es ist schon seit langem eine übliche Methode, daß die verschiedenen bürgerlichen Parteien im Kampf um die „fetten Pfründe" der Regierungsämter und Ministersessel auch zu Bestechung, Betrug und anderen kriminellen Mitteln und Methoden greifen, um sich gegenseitig auszustechen, ebenso wie es schon immer üblich war, daß die Parlamentarier, Regierungsbeamten und Minister immer eine „offene Hand" zum Empfang von Schmiergeldern aller Art hatten. Seit der Entstehung des Kapitalismus ist die Geschichte des Parlamentarismus in jedem x-beliebigen kapitalistischen Land mit einer Unzahl von Korruptions-, Bestechungs- und anderen Affären verbunden, von denen wir hier nur die „Watergate-Affäre" in den USA, den Fall „Steiner-Wienand" in der Bundesrepublik und die „Lockheed-Affäre" erwähnen wollen.

Das Parlament ist eben keine Institution, in der sich der Wille des Volkes verkörpert, in der Recht, Anstand, Menschenwürde usw. etwas gelten würden, sondern es dient dazu, unter der Parole der Demokratie, wie Lenin sagte, den „Betrug der Reichen am Volk" zu verhüllen, als Schwatzbude die Tatsache zu vertuschen, **daß im Kapitalismus nicht das Volk regiert, sondern die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse über das Volk.** Und selbstverständlich wird keine einzige wichtige Entscheidung im Parlament selbst gefällt, sondern in den Kabinetten der Finanzmagnaten, der Bankherren und Industriebarone vom Schlage eines Abs, Flick, Thyssen usw. Diese paar Blutsauger regieren in Wirklichkeit. Schon Lenin sagte, daß „im bürgerlichen Parlament die Arbeiter betrogen und Finanzdiebstähle wie allerhand andere Arten von Bestechung mit Phrasen über ‚Demokratie' verhüllt werden, denn nirgends wird die Bestechung von Schriftstellern, Abgeordneten, Advokaten usw. durch die Bourgeoisie in so ‚feiner' Art und in so großem Umfang durchgeführt, wie im bürgerlichen Parlament ..."

Es ist natürlich kein Zufall, daß nach den Ereignissen in Niedersachsen, wie immer in solchen Fällen, von den bürgerlichen Parteien, der Presse usw. eifrige Propaganda für einen „sauberen Parlamentarismus" betrieben wird.

„Der Wählerwille ist verfälscht worden" — so kann man die bürgerliche Propaganda in einem Satz zusammenfassen. „Der Wählerwille ist verfälscht worden" — so predigt es auch die „UZ", die Zeitung der D„K"P, der modernen Revisionisten. Und natürlich, wenn der Wählerwille verfälscht wurde, dann heißt das doch auch, daß die Werktätigen durch die Wahlen zum Parlament die Möglichkeit hätten, ihren „Willen" durchzusetzen — immer vorausgesetzt natürlich, sie wählen die richtige Partei. Und jede Partei verspricht denn auch, daß sie die richtige Politik und die richtigen Männer für diese Politik habe. Die D„K"P nicht ausgenommen, die ihre Kandidaten als „ehrliche Menschen", „unbestechlich", „anständige Arbeiter" anpreist. Aber keine einzige dieser Parteien rüttelt am parlamentarischen System insgesamt, jede von ihnen nimmt es in Schutz ...

Aber haben wir denn wirklich „die Wahl"? Daß es auf Wahlen nicht ankommt, hat Hannover ja gerade gezeigt. Und hat denn wirklich vorher der „Wille der Wähler" regiert? Ist es nicht vielmehr so, daß alle vier oder fünf Jahre die Frage so steht, ob wir uns vom „linken" oder „rechten" Stiefel des Kapitals zertreten lassen sollen? Keine einzige der bürgerlichen Parteien vertritt doch unsere Interessen. Ganz abgesehen davon, daß die Kapitalistenklasse es niemals zulassen würde, daß eine kommunistische, eine revolutionäre Partei, eine Partei, die wirklich die Interessen der Werktätigen vertritt, auch nur über eine größere Anzahl von Sitzen im Parlament verfügen dürfte, geschweige denn die Mehrheit erringen. Angefangen von der 5%-Klausel über die Einteilung der Wahlkreise, den Behinderungen der Presse usw. usf. gibt es da eben noch die Polizei, die Armee, kurz den bürgerlichen Staat, und wir haben in unserer eigenen Geschichte gesehen, daß die Kapitalistenklasse, wenn ihre Herrschaft bedroht ist, keinen Moment zögert, die brutalste offene Diktatur über das Volk wie im Hitlerfaschismus zu errichten.

Und wir erleben gerade jetzt, daß die Kapitalistenklasse ein Gesetz nach dem anderen verabschiedet, die Polizei und ihre anderen Bürgerkriegstruppen aufrüstet wie nie zuvor, d. h. die Faschisierung vorantreibt. Sie wird keinen Moment zögern, ihre Truppen gegen die Werktätigen einzusetzen, wenn sie wirklich für ihre Interessen kämpfen.

**Wer das verschweigt, wie die revisionistische D„K"P und stattdessen mit dem Stimmzettel winkt, der betrügt die Werktätigen, der beschönigt das kapitalistische System und kämpft — trotz aller Propagandaphrasen — in Wirklichkeit für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen durch die Kapitalistenklasse, der ist ein Feind in den eigenen Reihen.** Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen können ihre Interessen nur im revolutionären Klassenkampf gegen Lohnraub, Arbeitslosigkeit, Teuerung usw. durchsetzen. **Sie werden ihre endgültige Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung niemals mit dem Stimmzettel, sondern nur durch die gewaltsame Revolution erkämpfen können, nur durch die Zerschlagung des gesamten bürgerlichen Staatsapparates, einschließlich der Schwatzbude Parlament.**

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

## SED-Revisionisten

# Feinde der Diktatur des Proletariats

**Vor kurzem hat die französische revisionistische Partei, die ,,K"PF, ihren 22. Parteitag abgehalten. Dieser Parteitag hat erhebliches Aufsehen erregt, denn die französische revisionistische Clique um Marchais und Co. strich aus dem Programm ihrer Partei den Begriff der Diktatur des Proletariats und bekannte sich auch in ihrem Programm offen zur bürgerlichen Demokratie, d.h. zur Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen.**

Zur gleichen Zeit jedoch entfachte die revisionistische Honecker-Clique der SED eine Propaganda großen Stils über die „Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats". Beide, Marchais und Co. als auch Honecker und Konsorten sind Feinde der Diktatur des Proletariats, ihre Taktik unterscheidet sich in gewissem Grade aber ihr Ziel, die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat aufrechtzuerhalten bzw. zu festigen, ist dasselbe. Beide sind sie antimarxistische Betrüger, die die Lehre des Marxismus-Leninismus über die Diktatur des Proletariats verfälschen.

**Nach wie vor gilt der Satz von Karl Marx:** ***,,Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."*** (Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms).

Die SED-Revisionisten schreiben in ihrem Programmentwurf: „Die Politik der SED ist auf die weitere allseitige Stärkung des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats gerichtet, die die Interessen des ganzen Volkes der DDR vertritt. Er ist das Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und auf dem Wege zum Kommunismus." Zur gleichen Zeit veröffentlichte das ,,Neue Deutschland" einen Kommentar und Diskussionsbeitrag, in dem unter direkter Anspielung auf die französischen Revisionisten aber ohne ihren Namen zu nennen, von der „Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats" die Rede ist. Natürlich sind die Honecker und Stoph nun nicht etwa zu marxistisch-leninistischen Positionen zurückgekehrt, die SED ist schon lange und unwiderruflich zu einer Partei des revisionistischen Verrats, zu einer bürgerlichen, sozialfaschistischen Partei entartet. Und der ehemals erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden, ist längst zu einem kapitalistischen Staat geworden, in dem die russischen Sozialimperialisten und die neue Bourgeoisie der DDR die Arbeiterklasse und alle übrigen Werktätigen ausbeutet und unterdrücken.

Deshalb heißt es in der Gründungserklärung der Sektion unserer Partei in der DDR: **„Heute herrscht in der DDR die sozialfaschistische Diktatur einer neuen Bourgeoisie. Nur durch eine neue gewaltsame Revolution können wir die sozialfaschistische Herrschaft der Honeckerclique, die ein Vasall des russischen Sozialimperialismus ist, zerschlagen und die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und übrigen Werktätigen, die Diktatur des Proletariats wiedererrichten."** Wenn Honecker und Co. von der „Stärkung der Diktatur des Proletariats" sprechen, dann heißt das in Wirklichkeit Stärkung der sozialfaschistischen Diktatur. Dann heißt das noch schärfere Unterdrükkung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen, Verfolgung der wirklichen Revolutionäre und Marxisten-Leninisten.

Die Honecker-Clique versucht, sich mit dem Marxismus-Leninismus zu tarnen, hat diesen aber in Wirklichkeit vollständig verraten und verfälscht. Das zeigt sich auch daran, wie der Begriff der Diktatur des Proletariats in dem neuen Programmentwurf und den Artikeln des „Neuen Deutschland" verwendet wird. Dort heißt es über die Diktatur des Proletariats, sie habe vor allem die Aufgabe, „Anschläge des Imperialismus" abzuwehren und den Aufbau der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft" zu garantieren. Natürlich wird in der DDR nicht die sozialistische Gesellschaft aufgebaut, sondern es existiert die kapitalistische. Aber auch in einem sozialistischen Land wäre die von den SED-Revisionisten benutzte „Definition" Betrug und Verrat, denn in ihr fehlt das Entscheidende, der wesentliche Punkt. Auch nach dem Sieg des Proletariats gibt es Klassen und Klassenkampf, macht die Bourgeoisie Anstrengungen, ihre Herrschaft wieder zu errichten, besteht noch lange die Möglichkeit, daß der Kapitalismus wieder restauriert wird, nicht nur, weil es den Druck des Imperialismus von außen, die Sabotage und Diversion der gestürzten alten Ausbeuterklassen von innen gibt, sondern auch deshalb, weil die neue Gesellschaft noch mit den Muttermalen der alten behaftet ist, weil das Fortbestehen des bürgerlichen Rechts die Bildung neuer bürgerlicher Elemente ermöglicht, die ökonomische Grundlage für die Entstehung einer neuen Bourgeoisie ist. **Warum ist die Diktatur des Proletariats notwendig? Um die Bourgeoisie, die alte wie die neue, allseitig zu unterdrücken, um ihre Machtergreifung zu verhindern.**

Deshalb heißt es in der neuen Verfassung der Volksrepublik Albanien über die Diktatur des Proletariats im Artikel 4: „Die sozialistische VR Albanien entfaltet ununterbrochen die Revolution, indem sie am Klassenkampf festhält, und ihr Ziel ist, den endgültigen Sieg des sozialistischen Weges über den kapitalistischen Weg zu sichern, den vollständigen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu erreichen." Deshalb erklärte Genosse Mao Tsetung, daß Klassen und Klassenkampf während der ganzen geschichtlichen Periode des Kapitalismus weiter existieren und der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie noch lange andauert.

***„Die Diktatur des Proletariats ist der aufopferungsvollste und schonungsloseste Krieg der neuen Klasse gegen einen mächtigeren Feind, gegen die Bourgeoisie, deren Widerstand sich durch ihren Sturz (sei es auch nur in einem Lande) verzehnfacht und deren Macht nicht nur in der Stärke des internationalen Kapitals, in der Stärke und Festigkeit der internationalen Verbindungen der Bourgeoisie besteht, sondern auch in der Macht der Gewohnheit, in der Stärke der Kleinproduktion. Denn Kleinproduktion gibt es auf der Welt leider noch sehr, sehr viel; die Kleinproduktion aber erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie. Aus allen diesen Gründen ist die Diktatur des Proletariats notwendig und der Sieg über die Bourgeoisie ist unmöglich ohne einen langen, hartnäckigen, erbitterten Krieg auf Leben und Tod, einen Krieg, der Ausdauer, Disziplin, Festigkeit, Unbeugsamkeit und einheitlichen Willen erfordert."*** (Lenin, Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus).

**Es ist kein Wunder, daß die modernen Revisionisten der SED diese Punkte verschweigen, schließlich sind sie selbst ,,neue Bourgeois", die die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen in der DDR ausbeuten und unterdrücken. In der DDR existieren selbstverständlich Klassen und es gibt Klassenkampf. Die neue Bourgeoisie hat zwar die Macht an sich gerissen, den Kapitalismus wiederhergestellt und eine sozialfaschistische Diktatur errichtet, aber ebensowenig wie sie die Gründung der KPD/ML in der DDR verhindern konnte, werden weder Demagogie noch Unterdrückung verhindern können, daß sich die Arbeiterklasse und unter ihrer Führung die übrigen Werktätigen erneut auf den Plan treten und durch die sozialistische Revolution die Diktatur des Proletariats wiedererrichten.**

## Weitere Zuschriften zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML

**Wir drucken im Folgenden zwei weitere Leserzuschriften zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML ab.**

**Oyten, 13. 2. 1976**

**Liebe Genossen!**

**Ich möchte Euch kurz berichten, was mir heute morgen beim Verkauf des ROTEN MORGEN vor dem Zentralkrankenhaus St. Jürgen Str. in Bremen passiert ist.**

Wir standen im Schneeregen vor dem Tor; ich hatte den ROTEN MORGEN über die Gründung der Sektion DDR in einem Plastikumschlag und rief die Schlagzeilen des ROTEN MORGEN aus. Zwei ältere Kolleginnen kamen von der Nachtwache und eine gleich auf mich zu: »Paß mal auf, ich komm' aus der DDR. Und damals vor Adolf waren bei uns im Dorf auch 7 Kommunisten, alles anständige Kerle. Und die wurden dann immer eingelocht. Mein Vater hat damals immer gesagt: ,,Mach' man nicht mit den Kommunisten mit, das gibt doch nur Ärger", und trotzdem bin ich in die Partei eingetreten. Und denn, bei Honecker, da waren plötzlich einige von den 7 nicht mehr da, weg, verschwunden. Und da bin ich abgehauen. Ich sag' dir, damals, das waren anständige Kommunisten, aber jetzt ...« Ich erklärte ihr, daß die Partei mit dem Honecker-Pack nichts gemein hat, und daß die Genossen in der DDR dafür kämpfen werden, daß dieses Gesindel so schnell wie möglich an den nächsten Mast kommt. »Richtig«, sagte sie, »ich habe schon von so vielen Kommunisten gehört, daß die plötzlich verschwunden sind. Und ich bin ja auch hier gegen das Ausbeuterpack.« Ich fragte sie, ob sie den ROTEN MORGEN mitnehmen wollte,, aber sie klopfte mir auf die Schulter und sagte: »Mach' man weiter so, vielleicht nächste Woche. Heut' noch nicht.«

Dann ging sie weg und ich verkaufte weiter. Nach einer Weile kam sie dann wieder und fragte mich nochmal, was die KPD/ML denn nun genau meint, wie sie zu den Sozialfaschisten steht, zur Sowjetunion usw. Ich versuchte ihr nochmal den Standpunkt der Partei klarzumachen und als ich sagte, daß wir für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland kämpfen und daß sich die KPD/ML damals gegen die revisionistische Entartung der KPD/SED gegründet hat, nickte sie mir zu und versprach, nächste Woche wieder herzukommen und mit mir darüber zu sprechen. Dann verabschiedete sie sich.

Das hat mir noch klarer gemacht, wie sehr das deutsche Volk die Sozialfaschisten der SED und D,,K"P haßt, und daß dieser Haß revolutionär ist. Die Genossen in der DDR können sicher sein: die westdeutschen Werktätigen werden, geführt durch ihre Partei, die KPD/ML, Euch größtmögliche Unterstützung zukommen lassen und sie freuen sich ganz besonders, daß Ihr mutigen Genossen das Banner des Marxismus-Leninismus wieder erhoben habt.

**Rot Front! Ein Rotgardist aus Oyten.**

**Essen, 12. 2. 76**

Die Gründung der KPD/ML in der DDR ist ein großer Schritt für das gesamte Proletariat nach vorn, um ein vereinigtes und unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu erkämpfen.

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

W. K.

# Aus aller Welt

### ALBANIEN/ARGENTINIEN

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens schickte dem ZK der ,,Vanguardia Communista" Argentiniens anläßlich ihres 2. Parteitages ein Grußtelegramm, in dem es unter anderem heißt: ,,Die Vanguardia Communista Argentiniens ist eine würdige Erbin der besten revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und der Werktätigen Argentiniens, ihre Vorhutabteilung im Kampf um Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus, entschlossene Kämpferin zur Verteidigung und Anwendung des Marxismus-Leninismus unter den konkreten Bedingungen Argentiniens. Mit ihrer revolutionären Tätigkeit, ihrer Standhaftigkeit, um jede Schwierigkeit zu überwinden, und den ihre Kämpfer kennzeichnenden Opfergeist ist die Vanguardia Communista eine von den Massen geliebte und geachtete Partei geworden, und sie hat ständig ihre politische Rolle und ihr politisches Ansehen unter ihnen erhöht. Die Partei der Arbeit Albaniens, heißt es ferner in dem Telegramm, verfolgt mit tiefster Sympathie Eure Erfolge und Siege. Sie drückt die tiefste Zuversicht aus, daß die revolutionäre Tätigkeit Eurer Partei zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit im entschlossenen Kampf gegen den Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze und gegen den modernen Revisionismus mit dem sowjetischen an der Spitze sowie gegen die einheimische Reaktion und ihre Komplizen nach Eurem 2. Parteitag einen noch größeren Aufschwung erfahren wird. Wir wünschen Eurem 2. Parteitag und durch ihn allen Parteimitgliedern noch größere Erfolge und Siege im ruhmreichen Kampf für die nationale und soziale Befreiung des Brudervolkes Argentiniens, für den Triumph des Marxismus-Leninismus.

### ALBANIEN/SCHWEDEN

Auf Einladung des Zentralkomitees des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens ist eine Delegation der Roten Jugend und von Clarté, der marxistisch-leninistischen Jugend- und Studentenorganisationen der Kommunistischen Partei Schwedens in Albanien zu einem Freundschaftsbesuch eingetroffen. Die Delegation wird von dem Vorsitzenden der Organisation Rote Jugend geleitet.

### NORWEGEN/SPANIEN

In letzter Zeit fand zwischen den Vertretern der ZKs der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und der Kommunistischen Arbeiterpartei/Marxisten-Leninisten Norwegens ein Treffen statt, welches in herzlichem, brüderlichem Geist und der Übereinstimmung der Ansichten bei den diskutierten Fragen stattfand. Nach dem Treffen wurde eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sich die Solidarität und die gemeinsame Unterstützung für den Kampf ausdrücken, den die beiden Parteien gegen die Monopolbourgeoisie, die Oligarchie und die faschistische Reaktion sowie gegen die beiden Supermächte führen. Die Kommunistische Arbeiterpartei Norwegens, wird in der Erklärung betont, bekundet ihre Solidarität mit der Kommunistischen Partei Spaniens. Sie begrüßt die neue Kampfetappe des spanischen Volkes und der spanischen Marxisten-Leninisten gegen die Diktatur, die überzeugt sind, daß es nur durch den bewaffneten Kampf und die revolutionäre Gewalt des Volkes möglich ist, den Faschismus zu zerschlagen und den US-Imperialismus vom Heimatboden zu vertreiben. Vor dem spanischen Volk, der marxistisch-leninistischen Partei und der Revolutionären, Antifaschistischen und Patriotischen Front,FRAP stehen bedeutende Aufgaben für die Zukunft. Juan Carlos hat den Platz Francos als Führer der Diktatur eingenommen. Gleichzeitig spinnen die Reaktion und der revisionistische Verräter Santiago Carillo Intrigen, um an eine Liberalisierung der Diktatur glauben zu machen, indem sie die Notwendigkeit der Wiederaussöhnung betonen. In einer solchen Situation ist der einzige Ausweg für alle Nationalitäten des spanischen Volkes, diese Manöver zu zerschlagen und den revolutionären Kampf fortzusetzen, um die Herrschaft der Oligarchie und des US-Imperialismus zu stürzen und die Schaffung einer föderativen und demokratischen Volksrepublik zu erreichen. Die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten solidarisiert sich ihrerseits mit den Werktätigen Norwegens und der Kommunistischen Arbeiterpartei Marxisten-Leninisten Norwegens in ihrem Kampf gegen die kapitalistischen Monopole und die beiden Supermächte für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats. Die bürgerliche Propaganda versucht die werktätigen Massen zu betrügen, damit sie glauben, daß der Klassenkampf beendet sei und heute ein sozialdemokratisches Paradies für die Arbeiter entstanden sei. Tatsache ist jedoch, daß die sogenannte Wohlstandsgesellschaft nicht im geringsten die Übel des Kapitalismus geheilt hat. In Norwegen gibt es weiterhin Tausende Arbeitslose, die Fischer und Bauern werden laufend ruiniert, während die Gewalt gegen die Werktätigen, die Studenten und Marxisten-Leninisten zunimmt. Die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die Kommunistische Arbeiterpartei Marxisten-Leninisten Norwegens verurteilen, die vom US-Imperialismus und sowjetischen Sozialimperialismus verfolgte Aggressions- und Hegemoniepolitik und heben die Gefahr hervor, die dieser Politik für das spanische Volk, das norwegische Volk und den Frieden in der Welt entspringt. ,,Die beiden Supermächte", heißt es in der gemeinsamen Erklärung, ,,sind die Hauptfeinde der Völker der Welt. Gegenwärtig wächst die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Die beiden Supermächte bedrohen die Freiheit und nationale Souveränität des spanischen und norwegischen Volkes. Der US-Imperialismus hat in Spanien wichtige Militärstützpunkte errichtet und Atomwaffen stationiert. Er ist die Hauptstütze des spanischen Faschismus. Ebenso bildet Norwegen den nördlichen Stützpunkt der Nato. Andererseits unterhält der sowjetische Sozialimperialismus seine aggressive Flotte im Mittelmeer und bedroht die Mittelmeervölker und das spanische Volk. Er stützt sich auf die Revisionistenclique von Carillo, um in Spanien einzudringen. Der sowjetische Sozialimperialismus hat seinen wichtigsten Seestützpunkt in der Nähe der Grenze zu Norwegen errichtet. Er kauft sich in Norwegen ein und versucht sich die Kontrolle über die norwegische Insel Spitzbergen zu verschaffen. Die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die Kommunistische Arbeiterpartei Marxisten-Leninisten Norwegens rufen dazu auf, eine Einheitsfront der Völker der Welt zu schaffen, um den Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte zu verstärken. **Die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die Kommunistische** Arbeiterpartei Marxisten-Leninisten Norwegens sind entschlossen, die Kampfeinheit zwischen den werktätigen Massen und den Völkern Spaniens und Norwegens im Kampf gegen die Monopolbourgeoisie, die faschistische Reaktion, gegen Imperialismus und Sozialimperialismus zu festigen.

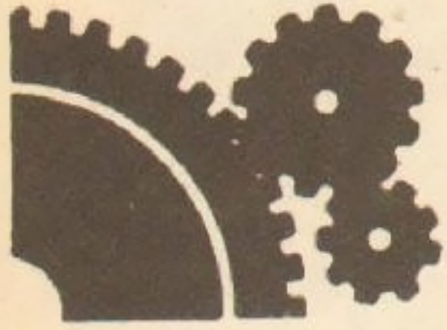
### FRANKREICH

Tausende französische Bauern stehen auf den Barrikaden des Klassenkampfes gegen die brutale kapitalistische Unterdrückung und die schwierige Lage, in der sie sich befinden. Bereits in den ersten Tagen des Jahres 1976 begannen Streiks und Demonstrationen der Weinbauern von Avignon, Monpellier, Carcassone und anderer Gegenden. In Montpellier, einem der wichtigsten Weinbauzentren Frankreichs, kam infolge einer machtvollen Demonstration, an der etwa 20000 Personen teilnahmen, die gesamte Wirtschaft zum Erliegen. Etwa **10000 Demonstranten zogen durch die** Straßen von Carcassone aus Protest gegen die brutale kapitalistische Ausbeutung und um bessere Lebensbedingungen zu fordern. Auch in Nimes kam es zu einer mächtigen Demonstration der Bauern, an der sich etwa 20000 Menschen beteiligten.

## Britische Imperialisten ermorden nordirischen Patrioten

Die britischen Imperialisten haben den nordirischen Patrioten Stagg, der sich in einem britischen Gefängnis im Hungerstreik befand, ermordet. Der Tod dieses Patrioten hat überall in Nordirland große Empörung ausgelöst und die irischen Patrioten haben ihren Kampf gegen die britischen Besatzer verstärkt. Bei einem Angriff auf die Polizei in Claudy wurde ein Polizist erschossen, ein anderer schwer verletzt. Die Patrioten legten über einhundert Brände und setzten 40 Fahrzeuge in Brand. Durch den Kampf der nordirischen Patrioten in Panik versetzt, hatten die britischen Imperialisten kurz zuvor ein Geheimtreffen in Dublin organisiert, an dem sich etwa 400 Polizeichefs, britische Beamte und einheimische Verräter beteiligen sollten. Die starke Beunruhigung der britischen Imperialisten und ihre Versuche, den Befreiungskampf in Nordirland um jeden Preis niederzuringen, sind auf die starken Schläge zurückzuführen, die sie dort täglich hinnehmen müssen. Allein in der letzten Zeit wurden in Nordirland 50 britische Soldaten getötet und viele weitere verwundet.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



**Arbeiterkorrespondenzen**

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

## Arbeitsbedingungen bei AEG ruinieren die Arbeiter

Ich will Euch mal kurz einiges über die Arbeitsbedingungen in der AEG-Kassel Isolier- und Kunststoffbau berichten. Ich war dort bis vor kurzem beschäftigt.

Kommt man morgens mit dem Bus oder Wagen, sieht niemand das Werk, aber jeder riecht es, obwohl es noch einiges entfernt ist. Der Gestank ist so groß, daß vor einiger Zeit auf einer Bürgerversammlung im benachbarten Stadtteil heftiger Protest dagegen laut wurde. Der Gestank sitzt meist so fest in den Kleidern, an Körper und Haaren, daß es fast sinnlos ist, dagegen anzukämpfen.

Produziert werden u. a. Schaltschränke, Schrankenbäume, Torpedoteile usw. Das passiert alles in einer Halle. Es gibt in ihr zwar an einigen Maschinen Absauganlagen, aber für die gesamte Halle ist keine Absauganlage oder ähnliches vorhanden. Die Kollegen an den Wickelmaschinen z. B. sind gezwungen die Dämpfe, die sich aus dem herabtropfenden Harz, dem Aceton usw. entwickeln, einzuatmen. Oft ist es so, daß Du nach 4 Stunden sehr heftige Kopfschmerzen hast. Der Ausfall und die Fluktuation von Kollegen ist deshalb auch recht groß, im Moment aber sind die meisten froh, einen Arbeitsplatz zu haben.

Wenn Kollegen aus dem Betrieb „normal" sterben, sterben sie meist recht früh. 1974 starben aber drei Kollegen nicht „normal", einer starb z. B., weil bei ihm die inneren Organe so stark angegriffen waren, daß er keine Chance mehr hatte. Ein anderer starb, weil er derartig heftige Hautausschläge hatte und sein Körper stark allergisch reagierte. Es steht so gut wie fest, daß die Kollegen in dieser Fertigungsabteilung Krebs bekommen (ein Ingenieur aus der Versuchsabteilung wies darauf hin). Es ließe sich noch einiges anführen, ich glaube aber, es reicht, um zu zeigen, daß die Kapitalisten für ihren Profit über Leichen gehen und keine Rücksicht auf die Arbeiter nehmen.

Die Kollegen sehen natürlich, was am laufen ist, die meisten meinen aber, daß es keinen Sinn hat, sich dagegen zu wehren. Viele reagieren mit recht schwarzem Humor. „Wenn Du mal unter der Erde bist, zerfressen Dich wenigstens nicht die Würmer, weil Du voller Harz bist." Aber der Krug wird nur so lange zum Brunnen gehen, ... — es wird auch ihnen eines Tages klarwerden, daß nur die sozialistische Revolution diese unmenschlichen Arbeitsbedingungen beseitigen kann.

Rot Front! Ein Genosse aus Kassel

## Neue Ausbeutungsmethoden bei Aldi-Markt

Vor einiger Zeit wurde mir Arbeit bei einer großen Ladenkette angeboten. Ich wollte als Ganztagskraft arbeiten, das heißt 40 Std. von Montag bis Samstag mit einem freien Tag in der Woche. Da erklärte man mir, daß bei Ihnen die Arbeitszeit viel „günstiger" eingeteilt wird. Es werden in der Woche 27 Std. gearbeitet und die werden so eingeteilt, wie es der Arbeitgeber für günstig hält. Da gibt es 1/3, 2/3, 1/4, 1/2, 3/4 und ganze Tage. Das sieht dann so aus, daß man bei weniger Arbeit nur 3 bis 4 Std. am Tag arbeitet, dagegen in den Stoßzeiten und an Wochenenden volle 8 Std. eingesetzt wird. Man „darf" also nur so viele Stunden arbeiten, wie es für die Kapitalisten am profitabelsten ist. Diese Methode ist ein ganz neuer Trick die Arbeiter noch mehr und besser auszubeuten.

Rot Front! Eine Genossin aus Nürnberg

## Parteisymbol auf Paletten

Neulich entdeckte ich in meiner Abteilung auf einer Palette Hammer, Sichel und Gewehr. Schön sauber mit Filzstift gemalt. Dahinter der Name einer anderen Abteilung. Ich fragte den Kollegen, der mit diesen Paletten zu tun hat, ob er das gemalt habe. Er ist nämlich begeistert von dem Parteisymbol und malt es vor allem dann, wenn er sich über den Meister ärgert. „Nee", sagt er mir, „das war ich nicht. Das sind Kollegen vom anderen Werk. Wir korrespondieren so miteinander. Schick ich mein Hammer, Sichel und Gewehr, unsere Waffen, so antworten sie damit. Alles auf den Paletten. Tja, da staunst du, was? Wir haben unsere Leute überall."

Rot Front! Ein Genosse aus Hamburg

## Tag der offenen Tür bei Siemens

31. Januar 1976: Siemens in Witten lädt ein, zum Tag der offenen Tür. Siemens wollte zeigen, wie schön es in diesem Betrieb ist. Kostenlose Erbsensuppe für die Besucher, jede Kollegin hatte einen Aschenbecher an ihren Arbeitsplatz gestellt bekommen — wohlgemerkt: zum Gebrauch — der Betrieb war poliert und ausstaffiert. Die Meister hatten ihre eigentliche Aufgabe, im Nacken der Kolleginnen zu sitzen und über den Akkord zu wachen auf einmal „vergessen". Ein Bild von lachenden Gesichtern — das wollte Siemens den Besuchern präsentieren, mit einem Haken! Die Akkordlöhnerinnen, die an diesem Samstag gearbeitet haben, werden den nächsten Monat über fast 15 Pfg. weniger in der Stunde Lohn haben, denn an diesem Tag konnte keiner arbeiten, wenn sich die Zuschauer durch die Gänge schoben.

Doch die friedliche Athmosphäre wurde gestört durch uns. Schon morgens zum Schichtanfang verteilten wir Flugblätter, in denen diese Schmierenkomödie entlarvt wurde.

Als der Betrieb zur freien Ansicht geöffnet wurde, schauten wir ihn uns auch an. Wir sprachen viele Kolleginnen an und sagten den meisten, daß wir vom Roten Lautsprecher, der Betriebszeitung der KPD/ML bei Siemens wären. Die Kolleginnen erzählten uns von ihrer Arbeit, daß sie sich die Augen kaputtmachen usw. Solche Gespräche waren hingegen von der Werksleitung so gar nicht im Programm enthalten. Immer wenn wir mit einer Kollegin näher ins Gespräch kamen, machte sich einer der Meister oder der sonstigen Betriebsspitzel an uns heran — doch leider vergebens!

Einmal kam auch wieder so ein Typ dahergeschlichen. Wir fragten ihn, wieviel die Kolleginnen hier durchschnittlich im Akkord verdienen. Er druckste dann etwas herum, weil ja in diesem Moment die Kollegen zuhörten, und seine auswendiggelernten Antworten doch nur für die stillen Auskünfte an die Besucher da waren, und sagte schließlich: „Also durchschnittlich gut 8 DM in der Stunde." Da hat er wohl die Direktorengehälter mit in die Rechnung einbezogen!!!

Im Betrieb selbst versteckten wir an vielen Orten den Roten Lautsprecher, auf dem Klo, wo sich immer eine ganze Reihe von Kolleginnen aufhielten, wurden ebenfalls Flugblätter ausgelegt, und wir diskutierten mit den Kolleginnen dort über den Lohnraub, durch diesen Tag der offenen Tür.

Draußen wurde in der ganzen Zeit an die Besucher Flugblätter von uns verteilt. Die Siemensbosse ließen die Polizei holen, die aber unsere Genossen nicht kriegten. Wir nahmen das zum Anlaß, den folgenden Besuchern immer wieder von diesem Zwischenfall zu erzählen. Ständig schwirrten um eine Genossin, die verteilte, 3 Fotographen herum, um sie zu fotographieren und die Fotos der Polizei zu geben. Auch das wurde entlarvt. Den Tag der offenen Tür haben wir im ganzen genommen den Siemensherren ganz annehmbar versalzen.

Rot Front! Betriebszelle Siemens, Witten

### KHD-Köln

# Roter Betriebsrat vom Werkschutz abgeführt

**Im letzten Monat haben die reaktionären IGM-Betriebsräte von Klöckner Humbold Deutz (KHD) Ausschlußanträge gegen die Betriebsräte der Roten Liste, die von 600 Kollegen gewählt worden ist, gestellt. Angeblich sollen die Roten Betriebsräte das BVG gebrochen haben, zur Rebellion aufgerufen haben, die IGM-Betriebsräte beleidigt haben und radikale politische Propaganda betrieben haben. Jetzt versuchen die IGM-Betriebsräte verstärkt die Roten Betriebsräte von den Kollegen zu isolieren, keinerlei Kontaktmöglichkeit sollen die Roten Betriebsräte haben.**

Wollen sie einmal die Abteilung verlassen, müssen sie sich vom Meister abmelden, der sich die Zeiten genau notiert. Gehen sie zu Betriebsratssitzungen, ruft der Meister oder Abteilungsleiter an, ob sie auch wirklich dort hingegangen sind. Sie dürfen erst kurz vor Beginn der Sitzung gehen, damit sie vorher nicht in andere Abteilungen gehen können, um mit den Kollegen zu sprechen. Sämtliche Sitze in den Betriebsratsausschüssen sowie sämtliche Abteilungen zur „Betreuung" haben die IGM-Betriebsräte unter sich verteilt, so daß die Roten Betriebsräte weder eine besondere Arbeit im Betriebsrat haben, noch für eine Abteilung zuständig sind.

Doch die Kollegen haben die Möglichkeit, bei Beschwerden usw. einen Betriebsrat ihres Vertrauens zu Rate zu ziehen, egal ob der jetzt für die Abteilung zuständig ist oder nicht. (§ 84 BVG). Diese Möglichkeit ist eine Lükke in dem arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetz, die ausgenutzt werden muß. Wie die reaktionären IGM-Betriebsräte sich in einem solchen Fall verhalten, das zeigt folgendes Ereignis.

Ein Kollege verlangte den Roten Betriebsrat zu sprechen, er ist im Motorenbau beschäftigt und sollte bestimmte Werkstücke auf seiner Maschine bearbeiten, die dafür aber nicht geeignet war. Für den Kollegen bedeutete die Arbeit auch eine große körperliche Belastung, die ihm nicht zugemutet werden konnte. Deshalb sprach er den Roten Betriebsrat an.

Der ging zu dem Kollegen an den Arbeitsplatz, um sich an Ort und Stelle das Problem erklären zu lassen. Aber kaum hatte der Rote Betriebsrat die Halle des Kollegen betreten, da kamen der Vertrauensmann und der Meister hastig angelaufen und wollten ihn aus der Halle schmeißen, woran man schon sieht, daß die Roten Betriebsräte systematisch bespitzelt werden. Der Rote Betriebsrat ließ sich aber nicht einschüchtern, er bestand darauf, das Gespräch mit dem Kollegen fortzusetzen. Deshalb lief der reaktionäre Vertrauensmann schnell ins Betriebsratsbüro um Verstärkung zu holen.

Der IGM-Betriebsrat Weber kam und hatte gleich den Betriebsleiter mitgebracht, der direkt auf den Roten Betriebsrat zustürzte und ihn anbrüllte, er solle sofort die Halle verlassen. Er hoffte mit seiner Brüllerei den Roten Betriebsrat einschüchtern zu können. Der aber fragte in aller Ruhe den Kollegen, ob er bleiben solle, worauf der Kollege auch bestand. Fragend blickte der Betriebsleiter nun seinen Betriebsratskollegen an und erhoffte sich Rat, was er jetzt machen solle. Weber hatte natürlich einen passenden Vorschlag parat. Er flüsterte dem Betriebsleiter etwas zu. Danach ließ der Betriebsleiter drei Werkschutzleute kommen, die den Roten Betriebsrat mit Gewalt an seinen Arbeitsplatz abführten.

Nachdem der Rote Betriebsrat nun weg war, versuchte Weber den Kollegen zu bearbeiten und ihn gegen den Roten Betriebsrat aufzuhetzen. Weber sagte, er solle doch nicht mit den Roten Betriebsräten sprechen, die würden ja zu denjenigen gehören, die ständig mit der Maschinenpistole herumlaufen würden, um alles kaputt zu machen. Er fragte den Kollegen auch, ob er für die Rote Liste sei, worauf der Kollege nur sagte: „Ja, das kann schon sein, bei Euch muß man sich nur ducken."

Danach wurde dem Kollegen dann gedroht, wenn er die Arbeit nicht machen würde, werde das als Arbeitsverweigerung bewertet.

Diese offene Zusammenarbeit des IGM-Betriebsrats mit dem Betriebsleiter und dem Werkschutz macht deutlich, daß diese Betriebsräte nicht auf Seiten der Arbeiterklasse stehen, sondern Feinde der Arbeiterklasse sind, Instrumente der Kapitalisten. Sie wollen mit diesem Terror verhindern, daß die Roten Betriebsräte gemeinsam mit den Kollegen gegen die Ausschlüsse vorgehen. Kein Mittel ist ihnen schmutzig genug, sie brechen selbst ihre eigenen Gesetze. Das werden die Roten Betriebsräte natürlich auch ausnutzen und eine Klage gegen den IGM-Betriebsrat führen. Das wichtigste, was dieser Fall zeigt ist, daß die Arbeiter sich mit den Roten Betriebsräten gegen den Gewerkschaftsapparat auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen müssen, um diese Angriffe zurückzuschlagen.

### HDW-Kiel

# Roter Betriebsrat gewinnt Prozess in 2. Instanz

**Der Rote Betriebsrat, Genosse Bernd, hat den Arbeitsgerichtsprozeß in 2. Instanz gegen HDW gewonnen. Bereits vor der Betriebsratswahl im März 1975 wurde er entlassen, weil er auf einer Belegschaftsversammlung einen Korruptionsskandal des IGM-Betriebsrates aufgedeckt hatte. Die IGM-Betriebsräte beantragten seine Entlassung, aber trotz der Entlassung wurde Genosse Bernd als Kandidat auf der Roten Liste in den Betriebsrat gewählt. Die Rote Liste erhielt ca. 22% der Stimmen. Auch den Arbeitsgerichtsprozeß in 1. Instanz hat der Rote Betriebsrat gewonnen. HDW ging daraufhin in Berufung. Diese Berufungsverhandlung fand vor kurzem statt.**

Während in 1. Instanz die Korruptionsaffäre noch im Mittelpunkt stand, geht HDW in seiner Berufungsbegründung darauf wohlweislich kaum noch ein, sondern versucht dem Roten Betriebsrat Produktionsstörung nachzuweisen. Da HDW aber dafür wiederum keinerlei konkrete Beweise hat, selbst der gekaufte Zeuge verwickelt sich in Widersprüche, versucht HDW, die Entlassung allein aufgrund der kommunistischen Gesinnung des Roten Betriebsrats durchzusetzen, die bereits eine Produktionsstörung in sich bergen soll.

„Wer Äußerungen tätigt, die geeignet sind den Betriebsrat bei der Belegschaft in Mißkredit zu bringen, muß sich über die möglichen Folgen im klaren sein. Er muß insbesondere damit rechnen, daß Betriebsstörungen inszeniert werden. (...) Daß er (der Rote Betriebsrat — RM) hinsichtlich des Zieles seiner Angriffe Irrtümer und die daraus resultierende Unruhe in Kauf genommen hat, stellte eine Verletzung der Arbeitsvertraglichen Pflichten dar." (Berufungsbegründung).

Also, wer etwas gegen den IGM-Betriebrat sagt, soll entlassen werden, womit gleichzeitig deutlich wird, wie wichtig der IGM-Betriebsrat für die HDW-Kapitalisten als Unterdrükkungsinstrument ist. Entlassen werden soll auch der Betriebsrat, der sich nicht auf das Betriebsverfassungsgesetz stellt, der sich nicht kaufen läßt und seine Kollegen nicht verrät. HDW führt an, daß sich der Rote Betriebsrat Bernd pflichtwidrig gegenüber der Betriebsratstätigkeit verhält, weil er „die vom BVG geforderte vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat — Friedenspflicht und Schweigepflicht schlechthin — für sich als nicht existent bezeichnet.,'

Das ist reinster Gesinnungsterror. Wer das BVG nicht anerkennt, soll entlassen werden. Noch deutlicher zeigt sich der faschistische Charakter dieser Kündigungsbegründungen im folgenden:

„Die Beklagte ist der Auffassung, daß es nicht erst zu einem wilden Streik kommen muß, um eine erhebliche Beeinträchtigung des Produktionsablaufs zu unterstellen (...) Die Aussicht in nächster Zukunft weitere wilde Arbeitskämpfe in Kauf nehmen zu müssen, ist der Beklagten einfach nicht zuzumuten. Es muß ihr eingeräumt werden, sich den Anfängen zu wehren."

Nicht allein die unmittelbare Tat solle eine Entlassung „rechtfertigen", sondern allein schon der Gedanke, z. B. an einen Streik ohne und gegen den Gewerkschaftsapparat, die HDW als „wilde" Streiks bezeichnet. Man erkennt hier ganz deutlich den Zusammenhang zu dem im Januar verabschiedeten 14. Strafrechtsänderungsgesetz, nach dem eine Befürwortung eines „wilden" Streiks bereits mit 3 Jahren Gefängnis bestraft werden kann.

Was die HDW-Kapitalisten und der Gewerkschaftsapparat fürchten, ist, daß die Arbeiter zunehmend die Rolle der IGM-Betriebsräte erkennen, und sich von der Politik der Klassenzusammenarbeit lossagen und sich auf revolutionärer Grundlage zusammenschliessen, die RGO aufbauen. Deshalb versuchen die Kapitalisten mit allen Mitteln, die Roten Betriebsräte, die Kommunisten und Revolutionäre aus den Betrieben zu entlassen und treiben die Faschisierung in den Betrieben voran.

Da HDW aber keinerlei konkrete Beweise hatte, mußte das Gericht der Klage des Roten Betriebsrates stattgeben. Der Richter betonte aber bereits zu Anfang, daß der Prozeß grundsätzlichen Charakter habe und trotz des geringen Streitwertes die Möglichkeit der Revision beinhalte. Das läßt darauf schliessen, daß hier ein Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts angestrebt wird, nachdem bereits Entlassungen betrieben werden können, wenn Arbeiter revolutionäre und kommunistische Gedanken haben.

Als der Genosse nach dem Prozeß im Betrieb erschien, um seine Betriebsratstätigkeit aufzunehmen, wurde er von seinen Kollegen beglückwünscht. HDW verpaßte ihm Hausverbot, so daß der Genosse jetzt eine Einstweilige Verfügung gegen HDW beantragt hat.

## Ibbenbüren Zechenstillegung

# Existenz von 30 000 Menschen in Gefahr!

**Ca. 1200 Kumpels der Preussag-Steinkohlenzeche in Ibbenbüren sollen ihren Arbeitsplatz verlieren. Das Westfeld der Zeche soll bis 1979 stillgelegt werden und es ist nicht auszuschließen, daß auch das Ostfeld der Zeche stillgelegt werden wird.**

Für die Bevölkerung von Ibbenbüren und des ganzen Tecklenburgerlands ist die Zeche von größter Wichtigkeit. Nicht nur, daß knappe 5000 Kumpels dort arbeiten, insgesamt leben in diesem Raum ca. 30000 Menschen von dieser Zeche. Das Tecklenburgerland ist industriearm, die Zeche ist der einzige Großbetrieb. Viele der Klein- und Handwerksbetriebe sind Zulieferer der Zeche, die von einer Stillegung also auch betroffen sind.

Die nächsten größeren Fabriken liegen erst im Raum Osnabrück, so daß die Arbeiter einen langen Anfahrtsweg hätten, wenn sie dort Arbeit bekommen würden, aber dort ist keine Arbeit zu bekommen. Dazu kommt noch, daß viele Kumpels sich kleine Häuschen gebaut haben, für die sie jahrelang hart gearbeitet haben und sich das Geld vom Munde abgespart haben oder einen billigen Kredit von der Zeche bekommen haben, den sie dann auch verlieren. Die Zechenstillegung treibt also die Verelendung der Bevölkerung im Tecklenburgerland rapide voran.

Die Stillegung des Westfeldes der Zeche gab der Vorstandsvorsitzende der Preussag, Saßmannshausen, auf der letzten Belegschaftsversammlung im Januar bekannt. Das ist bereits die vierte Massenentlassung, die auf dieser Zeche durchgeführt wird. 1000 Kumpels wurden zuletzt im März 1973 entlassen und schon damals ging das Gerücht herum, daß der ganze Pütt dichtgemacht werden soll. Es herrschte damals eine große Unruhe unter den Kumpels, so daß im September extra eine Belegschaftsversammlung einberufen werden mußte, die die Zechenbarone und der Gewerkschaftsapparat dazu benutzten, die Kumpels zu beruhigen. Damals hieß es, man wolle alles tun, um das Westfeld zu erhalten, man werde versuchen, finanzielle Mittel aus Bonn zu bekommen, um den Absatz zu steigern, man wolle versuchen, daß ein Kohlekraftwerk in der Nähe gebaut werde, das den Absatz garantiere.

Jetzt heißt es, die Lage hätte sich verschlechtert, die Kosten seien gestiegen und man hätte den Absatz nicht sichern können, so daß die Voraussetzung, um Gelder aus Bonn zu bekommen, nicht erfüllt sei, und die maßgeblichen Vertreter der Elektrizitätswirtschaft hätten sich gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes ausgesprochen. Alle Verhandlungen in diesen Fragen seien gescheitert, so daß man jetzt das Westfeld stillegen müsse.

Ist es den Zechenbaronen wirklich darum gegangen, die Arbeitsplätze zu sichern? Nein, keinesfalls. Ihnen geht es darum, möglichst hohe Profite zu machen und dafür ist ihnen die Zeche nicht mehr rentabel genug, es ist für sie günstiger, Kohlen zu importieren oder ganze Zechen in den USA zu kaufen, wie die Ruhrkohle AG es gemacht hat, oder andere Energiequellen zu nutzen wie Erdgas, das vor allem aus Moskau importiert wird. So wird unsere Energieversorgung gleichzeitig von den Supermächten abhängig gemacht. Für die Supermächte ist die zunehmende Kontrolle der Energieversorgung natürlich ein günstiges politisches Druckmittel.

Was mit den Kumpels passiert, die nach der Stillegung auf der Straße liegen, die nicht wissen, wie sie ihre Familien ernähren sollen, das interessiert diese Herrschaften einen Dreck.

Mit sozialem Getue versuchen die Kapitalisten und der Staat diese Tatsachen zu verschleiern. Bekanntlich gehört die Zeche zum Preussag-Konzern, dieser Konzern ist wiederum zu 25% im Besitz der Westdeutschen Landesbank, 75% der Aktien sind Streubesitz. Den größten Anteil an der westdeutschen Landesbank hat das Land NRW, so daß die Zeche im Besitz des Staates ist.

1973 ist Ministerpräsident Kühn von NRW höchstpersönlich bei den Kumpels und der Bevölkerung aufgetaucht, weil er die Unruhe und den Kampf einer ganzen Region „seines" Landes fürchtete. In „landesväterlicher" Art versuchte er die aufgebrachten Kumpels zu beruhigen, mit der Demagogie, der Staat bzw. er sei ja für alle da. Jahrelang haben Kühn und andere Politiker Illusionen bei den Kumpels geschürt, daß die Zechenstillegung abgewendet wird. Selbst noch im November 1975 behauptete Kühn: „Das Westfeld wird nicht stillgelegt." Auch Köppler von der CDU lehnte eine Stillegung ab und selbst das ganze Kabinett von Kanzler Schmidt sprach sich dagegen aus.

Tatsächlich war die Stillegung aber schon 1973 beschlossene Sache und das wußten auch diese Herren. Auf der letzten Belegschaftsversammlung sagte der Betriebsrat Ewe nämlich: „Substanzverluste durch zusätzliche, erst jetzt erkennbare geologische Schwierigkeiten seien weitere Gründe dafür, **das Auslaufen des Westfeldes wie 1973 beschlossen**, als endgültig anzusehen."

**Der Staat ist eben nicht neutral zwischen den Klassen stehend, sondern ist ein Instrument der Kapitalistenklasse. Das ganze Theater im Bundestag, die beschwichtigenden Worte von Kühn und Konsorten sollen doch nur die Hoffnung bei den Kumpels erzeugen, der Staat würde schon für einen Ausgleich ihrer Interessen mit denen der Kapitalisten sorgen.**

Bisher hat es bei den Kumpels keinen organisierten Widerstand gegen diesen neuen Angriff auf ihre Existenzgrundlage gegeben. Das ist aber vor allem das Werk des Gewerkschaftsapparates der IGBE und der D„K"P.

Auf der letzten Belegschaftsversammlung sprach Adolf Schmidt, der Vorsitzende der IGBE, der früher einmal behauptete: „Das Westfeld ist nicht stillegbar." Jetzt sagte er: „Damals habe ich gemeint, die schwersten Steine weggeräumt zu haben. Aber die schwersten Steine waren nicht die Bereitstellung dieser Millionen, sondern die Absatzgarantie. Die Kohle war nicht absatzsicher zu machen." Die Aufgabe einer Gewerkschaft soll es also sein, für Absatz und Millionen für die Kapitalisten zu sorgen. Deutlicher konnte Schmidt nicht sagen, auf welcher Seite der IGBE-Apparat steht, nämlich auf Seiten der Kapitalisten. Damit will er natürlich erreichen, daß die Kumpels nicht um die Existenz ihrer Arbeitsplätze gegen die Kapitalisten kämpfen.

Daß nach einer Stillegung die Kumpels nichts haben, außer vielleicht einer „müden" Unterstützung, während die Kapitalisten sich bereits Zechen in den USA gekauft haben und jetzt dort die Arbeiter ausbeuten, oder ihre Millionen in anderen Fabriken anlegen, wo es höhere Profite gibt, das soll vertuscht werden.

**Verantwortlich für die Stillegung ist dieses kapitalistische Ausbeutersystem, in dem wir verdammt sind, unsere Arbeitskraft zu verkaufen, weil wir sonst nichts besitzen und verhungern würden. Diesen Zustand können wir deshalb auch nur abschaffen, wenn wir das System der Ausbeutung, den Kapitalismus, durch die sozialistische Revoution stürzen und den Sozialismus aufbauen.**

Und was empfiehlt Schmidt den Kumpels nun zu tun? „Schließlich müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, langfristig wenigstens das Weiterbestehen des Ostfeldes sicherzustellen." Damit sind also von Seiten des IGBE-Apparates die Stillegungen abgesegnet.

Die D„K"P steht scheinbar im Widerspruch zu den Stillegungen, sie behauptet: „. . . es ist unbedingt notwendig, daß das Westfeld bleibt. Die Ansiedlung neuer Industrien ist in Angriff zu nehmen, um die Monostruktur abzubauen." „. . . ein Kraftwerk Kohlebasis ist zu bauen." Damit unterstützt die D„K"P genau die Illusionen, die der IGBE-Apparat und der Staat unter die Kumpel getragen haben, und versucht dabei den Staat so hinzustellen, als wäre er kein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse, sondern als könnte man ihn dazu bewegen, im Interesse der Arbeiter zu handeln.

Indem die D„K"P versucht, dem Kampf der Kollegen diese Stoßrichtung zu geben und nicht gegen den Staat und die Kapitalistenklasse zu kämpfen, will sie verhindern, daß die Arbeiter im unversöhnlichen Kampf für ihre Existenzgrundlage kämpfen.

**Gegen diese Feinde in den eigenen Reihen müssen sich die Kumpels auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen, das ist eine unbedingte Voraussetzung, damit ein Kampf gegen die Stillegungen überhaupt erfolgreich werden kann.**

## Arbeitslosen-Notopfer — eine unerhörte Provokation!

**Vor kurzem hat Walter Hesselbach, der Vorstandsvorsitzende der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft, vorgeschlagen, daß die Kollegen, die noch Arbeit haben, ein halbes Prozent ihres Bruttolohnes auf einen Solidaritätsfond zahlen soll, um die Arbeitslosen zu unterstützen,die Arbeitslosenhilfe erhalten.**

Er behauptet, es sei ja wohl ein demokratisches Selbstverständnis, daß die Arbeitenden die notwendigen finanziellen Voraussetzungen schaffen, um zu verhindern, daß nach dem Ablauf von 12 Monaten Arbeitslose auf den Status eines Empfängers von Fürsorgeunterstützung absinken. Die Kapitalisten sollen natürlich von solch einer Zahlung ausgenommen werden.

Hesselbach will hier den Eindruck erwecken, als hätten die Kollegen, die noch Arbeit haben, einen Vorteil gegenüber den Arbeitslosen, der sie moralisch verpflichten würde, sich jetzt um die arbeitslosen Kollegen zu kümmern. So will er erreichen, daß sich die Kollegen im Betrieb verantwortlich für die elende Lage der Arbeitslosen fühlen.

Wenn die Arbeiter sich gegenseitig unterstützen, dann tun sie das aus Klassensolidarität, die Hesselbach schamlos mißbrauchen will. Nicht die Kollegen im Betrieb sind verantwortlich für die Lage der Arbeitslosen, sondern das kapitalistische Ausbeutersystem, die unendliche Profitgier der Kapitalisten. Die Kapitalisten sind es, die die Kollegen aus den Betrieben herausrationalisieren und die übrigen noch schärfer ausbeuten, und der Staat plündert die Arbeiter zusätzlich noch aus.

Dieser Vorschlag von Hesselbach ist verwandt mit dem faschistischen Winterhilfsprogramm Hitlers, der Sammlungen bei der Bevölkerung durchführen ließ, um angeblich notleidenden Arbeitslosen und Soldaten an der Front zu helfen, die er bzw. die Krupp und Thyssen in dieses Elend gestürzt haben. Hesselbach will verhindern, daß die Kollegen im Betrieb und die Arbeitslosen sich als eine Klasse begreifen, die einen gemeinsamen Feind hat, die Kapitalistenklasse mitsamt ihrem Staatsapparat, und sich gegen die zunehmende Unterdrükkung und Verelendung gemeinsam zur Wehr setzen. Aber die Arbeiter werden Klassensolidarität üben, gerade zu dem Zweck, gegen die Kapitalistenklasse und den Staat zu kämpfen, sie werden sich nicht von solchen Finanzkapitalisten, die sich auch noch als „Arbeiterfreunde" ausgeben, vor deren Karren spannen lassen.

# Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

## Schmutz statt Gesundheitsschutz



Stadtteilzeitung der KPD/ML für Friedrichsort

Wenn man die bürgerliche Propaganda hört, meint man, in der Deutschen Bundesrepublik gäbe es nur glückliche Kinder; ja hier und dort gibt es vielleicht Mißstände, aber im Großen und Ganzen . . . Nun, die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. So z.B. im KWW-Viertel im Norden Friedrichsorts.

Die Ruinen im Innern des Häuserblocks sind verfallene Spielplätze für Kinder. Für ein Kind ist es lebensgefährlich dort zu spielen. Der Inhalt der „Sand"kisten ist eine Mischung aus Erde, Scherben, Kot und andere Abfälle. Die Ränder der „Sand"kisten sind völlig abgenagt, es gibt keine Bänke. Nach Angaben von Bewohnern dieses Viertels sind diese Anlagen seit mindestens 10 bis 12 Jahren nicht mehr renoviert worden. Aber gerade im Frühjahr und im Sommer sind die Familien mit Kindern auf diese Spielmöglichkeiten angewiesen, denn auf der Straße zu spielen ist zu gefährlich, und der Abenteuerspielplatz ist zu weit weg. In diesem Viertel wohnen viele jüngere Ehepaare mit Kindern, und wenn man ein oder zwei Kinder hat, die lebhaft spielen, dann wird es eng in der kleinen Wohnung.

Aber diese Zustände sind keine Ausnahmen, sondern die Regel: Nach einer Untersuchung des „Stern" im Sommer letzten Jahres fand man in den Sandkisten der öffentlichen Spielplätze in der BRD außer Scherben und Kot auch eine Anzahl von Krankheitserregern: z.B. Coli-Bakterien, die schwere Darminfektionen hervorrufen, oder Erreger von Hirnhautentzündungen. In Spielplätzen, in der Nähe von stark befahrenen Straßen, wurde ein gesundheitsgefährdender Gehalt an Kohlenmonoxyd (sehr giftiges Autoabgas) gemessen. In den Zeitungen häufen sich die Nachrichten, daß Spielplätze geschlossen werden, so Mettenhof, daß für öffentliche Kindergärten weniger Geld zur Verfügung gestellt wird.

Aber mit Kinderspielplätzen und Kindergärten kann man eben keinen Profit machen, im Gegenteil, man muß Geld investieren. Die Kinderfreundlichkeit dieses Staates zeigt sich, wenn Kinder gemeinsam mit ihren Eltern es wagen, ihre Spielplätze zu verteidigen oder sogar welche zu fordern. Da scheut sich der Staat nicht davor, sogar die Polizei gegen Kinder einzusetzen, so in Frankfurt im Sommer 75, wo sogar Tränengas eingesetzt wurde, oder in Dortmund-Rahm, wo die Kinder von der Polizei bespitzelt wurden. Für die Kapitalisten sind die Arbeiterkinder nur als zukünftige Lohnsklaven interessant, für sie wird nicht mal das allernotwendigste gemacht.

So existiert in Friedrichsort nur ein Kinderarzt. Sonst gibt es nur Mütterberatung, einmal am Anfang und am Ende des Monats. Wenn man zur Sprechstunde gehen muß, muß man mit einer langen Wartezeit rechnen, was eine Zumutung ist, vor allem wenn die Kinder krank sind und die Geschwister mitgenommen werden müssen. Wenn man in dringenden Notfällen zur Kinderklinik nach Kiel gehen muß, dauert die Fahrt mindestens 20 Minuten und wenn ein Krankenwagen kommen muß entsprechend länger.

Im sozialistischen Albanien und der VR China werden die Kinder als zukünftige Mitkämpfer für den Sozialismus betrachtet: Kinderkrippen und Kindergärten gibt es nicht nur in Stadtteilen, sondern auch in den Betrieben und in den landwirtschaftlichen Kooperativen. In Albanien ist die medizinische Versorgung kostenlos; sowohl ärztliche Untersuchungen, Laboruntersuchungen wie Krankenhausaufenthalt und Medikamente. So wurde die Säuglingssterblichkeit auf 16 Tausendstel reduziert (in der BRD: 23 Tausendstel), vor der Befreiung starb jeder 5. Säugling im ersten Lebensjahr. Die ganze sozialistische Gesellschaft bemüht sich, die Eigenschaften und Fähigkeiten der Kinder zu entwickeln, denn wie Mao Tsetung sagt: „Die Welt gehört Euch. Chinas Zukunft gehört Euch." (Rotes Buch, S. 341).

## Kampf der arbeiterfeindlichen Rationalisierung!




Auf der Betriebsversammlung Ende Dezember gab Generaldirektor Riedel höchstpersönlich den Bericht der Geschäftsleitung. Was er da von sich gab, das war nichts Neues. Den Vorteil für uns von der gegründeten Einheitsgesellschaft war seiner Ansicht nach die Tatsache, daß er nunmehr auch in Nordenham auf den Betriebsversammlungen leeres Stroh dreschen kann. Mit den eigentlichen Plänen der F&G-Kapitalisten rückte er natürlich nicht heraus, daran wird wiederum einmal deutlich, wie die Kapitalisten mit uns umspringen, während wir mit ihnen „vertrauensvoll" zusammenarbeiten sollen.

Diese Pläne sind nun erst bekannt geworden, wo sie schon einen Wahrscheinlichkeitsgrad von 99% haben. Dazu haben die F&G-Kapitalisten auch allen Grund, denn die Aussicht für uns Arbeiter heißt nach diesen Plänen: Ca. 500 von uns werden schon in der ersten Phase arbeitslos, wir anderen sollen einer verschärften Arbeitshetze unterworfen werden.

Doch zuerst wollen wir uns einmal näher diesen arbeiterfeindlichen Plan ansehen. Die F&G-Kapitalisten wollen mit Hilfe dieses Planes ihre Produktion einheitlicher ausrichten und konzentrieren. Sie sollen möglichst unbeschadet aus der Krise kommen, mit verstärkter Arbeitshetze versuchen sie, die Krisenlast auf unseren Rücken abzuwälzen.

Kernstück dieses Planes ist die Veräußerung der Pohlig-Heckel-Bleichert Vereinigte Maschinenfabriken AG, kurz PHB, aus dem F&G-Konzern. Dafür wird eine österreichische Elektrofirma in den Konzern eingegliedert. Die Werke in Braunschweig und Herford werden aufgelöst, ein ähnliches Schicksal wird in der zweiten Phase dem Werk in Köln-Nippes erfahren. Der Produktionsumfang bleibt erhalten, soll sogar noch ausgebaut werden. In der ersten Phase aber mit ca. 500 Kollegen weniger, in der zweiten Phase evtl. sogar mit ca. 1200 Kollegen weniger!

Nun jubelt unser Betriebsrat und posaunt heraus, wir in Nordenham sind gut weggekommen. Zwar wird die Produktion der Halle 3 nach Krefeld ausgelagert, dafür kommen aber die E-Motoren von Braunschweig, sowie die Lasthebemagneten. Zum Jubeln, Kolleginnen und Kollegen, ist wahrlich kein Anlaß. Einmal fliegen 500 unserer Klasse auf die Straße und wir sind nicht so borniert, daß wir nur unser Werk in Nordenham sehen. Zum anderen aber, und dies werden wir nur zu schnell zu spüren bekommen, wird die Arbeitshetze weiter erhöht werden. So kommt der Motorenbau aus Braunschweig nicht mit allen Maschinen herüber und so wird der Motorenbau der Halle 1 wohl in Schicht gehen, zumindest an den Drehmaschinen und den Großbohrwerken. Doch nicht nur durch Schichtarbeit soll uns die Arbeitskraft weiter ausgesaugt werden, wie toll laufen heute schon die Zeitaufnehmer durch die Halle und versuchen die Akkorde zu drücken, wie es nur irgend geht.

Gegen diese arbeiterfeindlichen Rationalisierungen im F&G-Konzern müssen wir, Kolleginnen und Kollegen, entschlossen den Kampf aufnehmen. Keine Entlassung, keine Lohngruppensenkung, keine Akkordsenkung darf kampflos hingenommen werden. Dieser Kampf muß organisiert sein, auf die IGM-Betriebsräte und den IGM-Apparat können wir dabei nicht bauen. Diese Aufgabe können wir nur erfüllen, wenn wir uns auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen, denn eine Gemeinsamkeit zwischen uns und den Kapitalisten gibt es nicht, dies wird an den zutiefst arbeiterfeindlichen Plänen der F&G-Kapitalisten noch einmal so recht verdeutlicht. Darum ist es für uns alle ein dringendes Gebot, den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, diesen Zusammenschluß auch bei Felten anzupacken. Nur so können wir erfolgreich die arbeiterfeindlichen Pläne zunichte machen und nur so können wir in den Tarifrunden die Lohnraubabschlüsse verhindern.

## Revisionistisches

### POLEN — KORRUPTION FEIERT TRIUMPHE

Polen ist eines der Länder, das von der D„K“P als sozialistisch, als Vorbild für die Arbeiterklasse und die Werktätigen hier gepriesen wird. In Wirklichkeit ist Polen ein kapitalistisches Land. Kennzeichnend für den polnischen Kapitalismus sind auch die Erfahrungen, die uns ein Seemann berichtet:

„Als Seemann bin ich jetzt das erste Mal nach Polen gekommen. Wir lagen in Kolberg, einem kleinen Hafen. Doch die Zustände sind wohl überall gleich. Wenn man einläuft, kommen sofort Zoll- und Stadtbeamte an Bord, dazu noch einer von der revisionistischen Partei. Diese Leute schaffen es, sich 2 Stunden mit der Kontrolle von Photoapparaten, Radios u. ä. aufzuhalten und sie gehen erst dann von Bord, wenn jeder von ihnen eine Flasche Whisky bekommen hat. Das ist inzwischen schon fester Brauch. Wenn der Kapitän das nicht macht, gibt es Schikanen bis zum geht-nicht-mehr.

Wenn man dann an Land gehen kann — vor jedem Schiff steht ein mit MP bewaffneter Posten, der kontrolliert, daß kein „Unbefugter“ das Schiff betritt — so kommt die nächste Überraschung: Die Zöllner, die an Land stehen und überwachen sollen, daß kein Seemann Devisen mit an Land nimmt, tauschen (nach offiziellem Kurs) in ihre eigenen Taschen und verkaufen das ausländische Geld dann auf dem Schwarzmarkt weiter.

Weiter fällt einem auf, daß es in Polen praktisch das gleiche „Nachtleben“ gibt wie bei uns — Strip-tease und sogenannte „käufliche“ Damen eingeschlossen.

In einem ist Polen sogar noch westlicher als der kapitalistische Westen. Sieht man sich im polnischen Fernsehen die Nachrichten an, glaubt man seinen Augen nicht zu trauen: Die Sprecherin sitzt mit einer Flasche Coca Cola vor der Kamera!

### WAS EIN MÄDCHEN KÖNNEN MUSS — UNTERDRÜCKUNG DER FRAU IN DER SOWJETUNION

Immer wieder finden sich in der „UZ“, der Zeitung der D„K“P, Berichte, die von der Gleichberechtigung der Frau vor allem in der Sowjetunion schwärmen. Glaubt man diesen Berichten, so ist in der Sowjetunion die Fesselung der Frau an die drei K (Küche, Kinder, Kirche) entgültig beseitigt, gibt es dort in wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen.

Wie es in Wirklichkeit dagegen aussieht, zeigt in besonders krasser Weise ein Erziehungsplan für Mädchen, der sich auf einem sowjetischen Abreißkalender, speziell für Frauen, befand. Dieser Plan stammt von der Rückseite des Blattes für den 7. Januar 1976.

**Was ein Mädchen können muß**

Mit 3 Jahren: sich anziehen und waschen, beim Tischdecken helfen, sein Spielzeug aufräumen

Mit 4 Jahren: Schuhe zuschnüren, Staub wischen, Blumen gießen

Mit 5 Jahren: einen Knopf annähen, Betten machen, Bändchen und Kleider seiner Puppe waschen, der Mutter beim Einkaufen helfen

Mit 6 Jahren: Teegeschirr abwaschen, unter Aufsicht der Mutter bügeln, den Boden fegen, einen kleinen Kissenbezug nähen, aus fertigem Teig mit Förmchen Gebäck zubereiten

Mit 7 Jahren: Gemüse für Salat säubern und schneiden, Obst für Kompott zubereiten, Getreide für Grütze auslesen, Anhänger an Nachthemden und Handtücher nähen

Mit 8 Jahren: Lebensmittel (Brot, Milch) einkaufen, mit einem Staubsauger umgehen, für die Schuluniform sorgen: Manschetten und Kragen waschen und annähen, Mantel bürsten und Schuhe putzen

Mit 9 bis 10 Jahren: sticken, Eier und Kartoffeln kochen, Fußboden wischen.

(Aus einem sowjetischen Abreißkalender, speziell für Frauen, für das Jahr 1976 — in Worten: neunzehnhundertsechsundsiebzig. Die Anweisung für die Erziehung von kleinen Mädchen stand auf der Rückseite vom 7. Januar-Blatt. Übersetzt von G. Prydrych.)

# Schulstreik in Worpswede

**Immer wieder kommt es gerade in der letzten Zeit zu Kämpfen gegen die Misere an den Schulen. Eine Genossin aus Bremen berichtet von einem Schulstreik in Worpswede.**

Die Eltern der Grundschule in Worpswede haben vom 28. Januar bis zum 6. Februar ihre Kinder nicht in die Schule geschickt, weil sie sich nicht mehr länger damit abfinden wollen, daß ihre Kinder von 4 Grundschuljahren eigentlich nur 3 Jahre Unterricht bekommen. Es fehlen nämlich seit Jahren so viele Lehrer, daß praktisch 25% des Unterrichts nicht gegeben wird. Das ist natürlich nicht nur in Worpswede so, sondern fast überall.

Jetzt hat neuerdings die Schulbehörde eine Technik entwickelt, die diesen Mißstand irgendwie verschleiern soll. Wenn an einer Schule das Unterrichtsfehl besonders groß ist, dann ordnet sie einen Lehrer, der an einer anderen Schule, die nicht ganz so viel Unterrichtsfehl hat, unterrichtet, dahin ab. Dadurch soll es so aussehen, als täte die Schulbehörde etwas gegen die Misere. An der Grundschule Worpswede wurde nun auch ein Lehrer nach Grasberg (Nachbarort) abgeordnet, weil dort noch mehr Unterricht ausfällt. **Da hatten die Eltern die Nase voll und sind in einen unbefristeten Streik getreten gegen diese Maßnahme. Dieser Streik war sehr geschlossen, nur drei Kinder (von ca. 400) kamen an einem Tag in die Schule.**

Die zuständige Bezirksregierung in Stade hat auf den Streik der Eltern mit wilden Drohungen reagiert: Alle Eltern sollten Bußgeldbescheide bis zu 1000 DM bekommen, weil der Streik ungesetzlich sei und z. B. wurde den Eltern verboten, in der Schule weiterhin ihre Versammlungen abzuhalten, sogar die Schlösser wurden ausgetauscht, weil die Lehrer ja Schlüssel dafür hatten.

2 Streikversammlungen fanden statt, die zweite in einem Worpsweder Hotel, weil die Schule gesperrt war. Die Eltern wollten zwar trotzdem ihre Versammlung dort machen, aber der Elternrat wiegelte das ab. („Wir sind friedliebende Bürger, und die Regierung kann uns nicht provozieren!“) Auf der 2. Versammlung, zu der fast alle Eltern erschienen, ist es dann dem Elternrat auch gelungen, die Streikfront zu spalten (anfangs hatten sie sich natürlich an die Spitze der Bewegung gestellt). Sie behaupteten, daß sie jetzt mal „Luft“ brauchten, um in Ruhe Gespräche mit den Politikern führen zu können und daß deshalb der Streik unterbrochen werden sollte und eventuell nach den Gesprächen wieder weiter gehen sollte. Obwohl die meisten Eltern eine unheimliche Wut im Bauch hatten, daß auf ihre berechtigten Forderungen nur Drohungen und Einschüchterungsversuche von der Regierung als Antwort kamen, hat der Elternrat es diesmal noch erreicht, den Streik abzuwürgen und weitere Kampfmaßnahmen der Eltern zu verhindern (der Elternrat besteht aus CDU-orientierten Mitgliedern und Jusos, meist Intellektuelle, die Elternratsvorsitzende ist die Frau des Hauptaktionärs von Warncke-Eiskrem).

Aber viele Eltern haben auch erkannt, was da gespielt wurde, sie haben laut in die Versammlung gerufen: „Ihr da vorne macht unsere Einheit kaputt!“ oder „Ihr da vorne habt dafür gesorgt, daß die Regierung erreicht hat, was sie wollte!“ Ein Vorschlag des Elternrats, die Eltern sollten doch einen arbeitslosen Lehrer anstellen und selber bezahlen, wurde empört zurückgewiesen. Ein Vater ist nach der Versammlung zu mir gekommen und hat gesagt: „Wenn wir mit unseren Interessen durchkommen wollen, müssen wir die da vorne erstmal absägen!“ Ich bin sicher, daß vielen Eltern durch diesen Streik ein Stück mehr klargeworden ist, daß der Staat nicht auf ihrer Seite steht und daß sie ihre Interessen nur im Kampf gegen ihn durchsetzen können.“




**Der Kampf an den Schulen richtet sich nicht nur gegen Stundenausfall und Lehrerarbeitslosigkeit, sondern auch gegen die verschärfte politische Unterdrückung. Hier Demonstration der Schüler der „Kleinen Helle“ in Bremen gegen das Berufsverbot gegen den Lehrer Jürgen Janz.**

# Das fette Geschäft mit der Krankheit

**Es ist bekannt, daß gerade die pharmazeutische Industrie mit ihren Pillen, Sälbchen und Säften auch in der Wirtschaftskrise immer noch verhältnismäßig gut abschneidet — besser gesagt, unverhältnismäßig gut. Denn die Herstellungskosten der Pülverchen und Dragees sind gering, die Preise dagegen knackig und die Krankenkassen und -versicherungen zahlen alles. Die Unkosten landen doch bei den Werktätigen, denen eben immer wieder einige Prozent mehr abgeknöpft werden unter großem Gestöhne über die „Kostenexplosion im Gesundheitssektor“ an der — wie sollte es anders sein — die zu hohen Löhne im Öffentlichen Dienst schuld sein sollen.**

Was die pharmazeutische Industrie anderen Branchen voraus hat, ist, daß sie sich keine Sorgen zu machen braucht, daß es vielleicht einmal eine Krankheits„flaute“ im Kapitalismus geben könnte. Dafür wird mitAkkordhetze, Streß, Umweltverschmutzung und nicht zuletzt mit der Nebenwirkung der eigenen Pillen, Dragees und Tropfen ausreichend gesorgt.

**Ein Arzt berichtet dazu aus eigenen Erfahrungen von einem Sektor des Gesundheitswesens, der jetzt öfters in den Spalten der Illustrierten auftaucht und in dem zur Zeit von einigen Ärzten, Managern und Industriellen das dicke Geld gescheffelt wird: die Dialyse-Institute (Künstliche Nierenstationen — RM).**

Wodurch haben die Menschen (zwischen 11 und 70 Jahren), die regelmäßig 3 x wöchentlich für etwa 6 Stunden zur „Blutwäsche“ in das Dialyse-Institut kommen müssen, ihre Nierenfunktion eingebüßt? Ihre Krankheit ist zum überwiegenden Teil Ergebnis der kapitalistischen Profitgier. So gibt es bei uns 8 Patienten — die jüngste ist 28 — die nachweislich durch die jahrelange Einnahme von Kopfschmerztabletten ihre Nieren zerstört haben. Mit Tabletten übrigens, wie sie zahlreiche Ärzte bedenkenlos rezeptieren und Apotheker langjährigen Käufern auch ohne Rezept aushändigen (Enmed, Thomapyrin, Dolviran, Treupel, die früheren Spalttabletten usw.).

Das in diesen Tabletten enthaltene Phenacetin zerstört bei regelmäßiger Einnahme über Jahre hinweg unweigerlich die Nieren. Aber zur Rechenschaft gezogen wird niemand. Nein, das Phenacetin darf auch weiter für Schmerztablettenherstellung verwandt werden.

Der größte Teil der Patienten liegt an der künstlichen Niere, weil Nieren und Harnwegsentzündungen bei ihnen nicht konsequent behandelt worden sind, bis schließlich die Nieren den Dienst versagen. Es kommen pro Jahr Tausende von neuen Patienten mit Nierenversagen dazu. Grund genug für finanzkräftige Mediziner — und die gibt es reichlich — ihr Geld in Dialyse-Instituten anzulegen. Wie Pilze schießen sie zur Zeit aus dem Boden. Mit 10 bis 30 Maschinen — ob in den Großstädten oder an Ferienorten, Patienten werden schon kommen.

Diese Dialysemaschinen sind teuer. Sie kosten zwischen 25- und 40000 DM. Nicht billig ist auch das Material, das gewöhnlich nur einmal benutzt wird (die Blutschläuche, die Salzwasserkonzentrate, die Nierenplatten- oder Spulen, die Infusionsflaschen usw.) Bezahlt werden müssen natürlich auch Schwestern und Pfleger. Wenn man diesen Kosten aber einmal die Einnahmen gegenüberstellt, dann weiß man, warum Dialyse-Institute so beliebt sind.

Pro Blutwäsche wird von der Krankenkasse 600 DM gezahlt. Das wäre bei — sagen wir — 50 Patienten, die regelmäßig 3 x wöchentlich dialysiert werden, bereits 360000 DM Einnahmen pro Monat. Da bleiben eine ganze Anzahl Tausender übrig.

Die Geldgierigen unter den Ärzten arbeiten wie kleine Kapitalisten: Möglichst viele Krankenschwestern, Laborantinnen oder Masseusen und Krankengymnastinnen einstellen, einige Apparate dazu und reichlich Patienten auffischen und nicht mehr aus den Krallen lassen — dann läuft der Laden schon fast von selbst und man kann sich an's Geldzählen machen.

So ist es auch bei uns. Der Arzt, der das Dialyse-Institut aufgemacht hat, hat selbst keine Ahnung von künstlichen Nieren, den Komplikationen usw. — dafür hat er einige junge Ärzte eingestellt. Er selbst geht nur täglich kurz mal durch, guckt, ob alles sauber ist, nervt die Patienten mit einfallslosem „Na, geht's gut“ und verschwindet wieder.

Wenn mal ein Notfall ist, ein Patient bewußtlos geworden ist oder Blut aus einem Schlauch spritzt, dann schlägt er nur die Hände über dem Kopf zusammen und verdrückt sich.

Vor kurzem hatten wir einen Patienten zur Nierentransplantation angemeldet und erfreulicherweise klappte es schnell und er bekam eine Niere, die paßte. Er braucht nicht mehr an die künstliche Niere und alles ist in Ordnung. Wir alle haben uns sehr gefreut. — Nur nicht der Chef. Er knurrt seit Wochen herum, daß er nun 90000 DM pro Jahr weniger hat, daß ihn die Unkosten auffressen und er bald ganz dicht machen muß, wenn wir noch mehr Patienten eine Niere einpflanzen lassen. Man glaubt es kaum, wenn man es nicht täglich selbst erlebt!

— Apropos Unkosten. Der Chef baut gerade sein drittes Haus und will noch eine Filiale in einem Urlaubsort aufmachen…

## Vom Aufbau des Sozialismus

### BEMERKENSWERTE FORTSCHRITTE BEIM KAMPF GEGEN DAS SCHNECKENFIEBER

Vor dem Sieg der Revolution war das Schneckenfieber (Schistosomiasis) eine Seuche, die das chinesische Volk furchtbar quälte und große Opfer forderte. Ganze Dörfer wurden von dieser Krankheit ausgerottet, die von Schnecken übertragen wird. Eine Statistik aus dem Jahre 1949 bezifferte die Zahl der Kranken auf über 10 Millionen. Wasserschnecken wurden in einem Gebiet gefunden, das von mehreren hundert Millionen Menschen bewohnt war.

Sofort nach der Befreiung nahm das Volk unter Führung der Partei den Kampf gegen diese Plage auf. Genosse Mao Tsetung persönlich gab die Losung aus: „Das Schneckenfieber muß ausgerottet werden.“ In allen Provinzen, die unter dem Schneckenfieber litten, wurde große medizinische Kampagnen durchgeführt zur Heilung der Kranken. Das Wichtigste aber, um diese Seuche auszurotten, war, daß die Wasserschnecken selbst, die Krankheitsträger, ausgerottet wurden. So wurde z. B. während der Kulturrevolution in 11 Provinzen, einer Gemeinde und einem autonome Gebiet eine breite Massenbewegung zur Ausrottung der Schnecken durchgeführt. Diese Anstrengungen wurden verbunden mit der Begradigung von Flüssen, mit der Trockenlegung von Sümpfen und Mooren, die in gutes Ackerland verwandelt wurden. Die Provinz Kwangtung etwa, in der mehrere 10000 Hektar Land von Wasserschnecken verseucht waren, befreite sich vollständig von dieser Plage. Das Volk errichtete Deiche in einer Gesamtlänge von 700 km, es bewegte 38 Millionen Kubikmeter Erde und Stein während des Baus dieses schneckenfreien wasserspeichernden Forstgebietes. In den Provinzen Kiangsu und Schekiang, wo die Flüsse ebenfalls mit Wasserschnecken verseucht waren, unternahm die Bevölkerung große Anstrengungen zu ihrer Vernichtung. Zehntausende von Barfußärzten standen dabei dem Volk zur Seite, um einerseits die Kranken zu heilen, und andererseits die Wasserschnecken auszurotten.



**Im Kampf gegen die Bilharziose ist im Kreis Ningguo ein Kontingent von Gesundheitspflegern ausgebildet worden.**

Während dieser Kampagnen gab es großartige Beispiele gegenseitiger Hilfe unter dem Volk. Als z. B. 10 Volkskommunen in der Provinz Szechwan Schwierigkeiten hatten bei der Bekämpfung der Wasserschnecken, erhielten diese Kommunen die freiwillige Unterstützung von 40000 Menschen aus Gebieten, wo diese gefährlichen Krankheitsträger bereits ausgerottet waren.

Heute ist die Wasserschnecke in mehr als 100 Landkreisen und Gemeinden ausgerottet. Das sind rund zwei Drittel der Gebiete, in denen sie früher vor der Befreiung lebte. Auch die Erkrankungen an Schneckenfieber gingen um zwei Drittel zurück. Überall im Land wurden Institute für Schistosomiasisforschung eingerichtet. Eine neuartige Therapie gegen das Schneckenfieber verbindet traditionelle Medizin mit westlicher Medizin, um die Kranken besser heilen zu können. Dies alles sind die Erfolge der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao im Bereich der Volksgesundheit und der medizinischen Arbeit.

## Revisionistisches

### POLEN — KORRUPTION FEIERT TRIUMPHE

Polen ist eines der Länder, das von der D„K"P als sozialistisch, als Vorbild für die Arbeiterklasse und die Werktätigen hier gepriesen wird. In Wirklichkeit ist Polen ein kapitalistisches Land. Kennzeichnend für den polnischen Kapitalismus sind auch die Erfahrungen, die uns ein Seemann berichtet:

„Als Seemann bin ich jetzt das erste Mal nach Polen gekommen. Wir lagen in Kolberg, einem kleinen Hafen. Doch die Zustände sind wohl überall gleich. Wenn man einläuft, kommen sofort Zoll- und Stadtbeamte an Bord, dazu noch einer von der revisionistischen Partei. Diese Leute schaffen es, sich 2 Stunden mit der Kontrolle von Photoapparaten, Radios u. ä. aufzuhalten und sie gehen erst dann von Bord, wenn jeder von ihnen eine Flasche Whisky bekommen hat. Das ist inzwischen schon fester Brauch. Wenn der Kapitän das nicht macht, gibt es Schikanen bis zum geht-nicht-mehr.

Wenn man dann an Land gehen kann — vor jedem Schiff steht ein mit MP bewaffneter Posten, der kontrolliert, daß kein „Unbefugter" das Schiff betritt — so kommt die nächste Überraschung: Die Zöllner, die an Land stehen und überwachen sollen, daß kein Seemann Devisen mit an Land nimmt, tauschen (nach offiziellem Kurs) in ihre eigenen Taschen und verkaufen das ausländische Geld dann auf dem Schwarzmarkt weiter.

Weiter fällt einem auf, daß es in Polen praktisch das gleiche „Nachtleben" gibt wie bei uns — Strip-tease und sogenannte „käufliche" Damen eingeschlossen.

In einem ist Polen sogar noch westlicher als der kapitalistische Westen. Sieht man sich im polnischen Fernsehen die Nachrichten an, glaubt man seinen Augen nicht zu trauen: Die Sprecherin sitzt mit einer Flasche Coca Cola vor der Kamera!

### WAS EIN MÄDCHEN KÖNNEN MUSS — UNTERDRÜCKUNG DER FRAU IN DER SOWJETUNION

Immer wieder finden sich in der „UZ", der Zeitung der D„K"P, Berichte, die von der Gleichberechtigung der Frau vor allem in der Sowjetunion schwärmen. Glaubt man diesen Berichten, so ist in der Sowjetunion die Fesselung der Frau an die drei K (Küche, Kinder, Kirche) entgültig beseitigt, gibt es dort in wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Hinsicht keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen.

Wie es in Wirklichkeit dagegen aussieht, zeigt in besonders krasser Weise ein Erziehungsplan für Mädchen, der sich auf einem sowjetischen Abreißkalender, speziell für Frauen, befand. Dieser Plan stammt von der Rückseite des Blattes für den 7. Januar 1976.

#### Was ein Mädchen können muß

Mit 3 Jahren: sich anziehen und waschen, beim Tischdecken helfen, sein Spielzeug aufräumen

Mit 4 Jahren: Schuhe zuschnüren, Staub wischen, Blumen gießen

Mit 5 Jahren: einen Knopf annähen, Betten machen, Bändchen und Kleider seiner Puppe waschen, der Mutter beim Einkaufen helfen

Mit 6 Jahren: Teegeschirr abwaschen, unter Aufsicht der Mutter bügeln, den Boden fegen, einen kleinen Kissenbezug nähen, aus fertigem Teig mit Förmchen Gebäck zubereiten

Mit 7 Jahren: Gemüse für Salat säubern und schneiden, Obst für Kompott zubereiten, Getreide für Grütze auslesen, Anhänger an Nachthemden und Handtücher nähen

Mit 8 Jahren: Lebensmittel (Brot, Milch) einkaufen, mit einem Staubsauger umgehen, für die Schuluniform sorgen: Manschetten und Kragen waschen und annähen, Mantel bürsten und Schuhe putzen

Mit 9 bis 10 Jahren: sticken, Eier und Kartoffeln kochen, Fußboden wischen.

(Aus einem sowjetischen Abreißkalender, speziell für Frauen, für das Jahr 1976 — in Worten: neunzehnhundertsechsundsiebzig. Die Anweisung für die Erziehung von kleinen Mädchen stand auf der Rückseite vom 7. Januar-Blatt. Übersetzt von G. Prydrych)

# Schulstreik in Worpswede

**Immer wieder kommt es gerade in der letzten Zeit zu Kämpfen gegen die Misere an den Schulen. Eine Genossin aus Bremen berichtet von einem Schulstreik in Worpswede.**

Die Eltern der Grundschule in Worpswede haben vom 28. Januar bis zum 6. Februar ihre Kinder nicht in die Schule geschickt, weil sie sich nicht mehr länger damit abfinden wollen, daß ihre Kinder von 4 Grundschuljahren eigentlich nur 3 Jahre Unterricht bekommen. Es fehlen nämlich seit Jahren so viele Lehrer, daß praktisch 25% des Unterrichts nicht gegeben wird. Das ist natürlich nicht nur in Worpswede so, sondern fast überall.

Jetzt hat neuerdings die Schulbehörde eine Technik entwickelt, die diesen Mißstand irgendwie verschleiern soll. Wenn an einer Schule das Unterrichtsfehl besonders groß ist, dann ordnet sie einen Lehrer, der an einer anderen Schule, die nicht ganz so viel Unterrichtsfehl hat, unterrichtet, dahin ab. Dadurch soll es so aussehen, als täte die Schulbehörde etwas gegen die Misere. An der Grundschule Worpswede wurde nun auch ein Lehrer nach Grasberg (Nachbarort) abgeordnet, weil dort noch mehr Unterricht ausfällt. **Da hatten die Eltern die Nase voll und sind in einen unbefristeten Streik getreten gegen diese Maßnahme. Dieser Streik war sehr geschlossen, nur drei Kinder (von ca. 400) kamen an einem Tag in die Schule.**

Die zuständige Bezirksregierung in Stade hat auf den Streik der Eltern mit wilden Drohungen reagiert: Alle Eltern sollten Bußgeldbescheide bis zu 1000 DM bekommen, weil der Streik ungesetzlich sei und z. B. wurde den Eltern verboten, in der Schule weiterhin ihre Versammlungen abzuhalten, sogar die Schlösser wurden ausgetauscht, weil die Lehrer ja Schlüssel dafür hatten.

2 Streikversammlungen fanden statt, die zweite in einem Worpsweder Hotel, weil die Schule gesperrt war. Die Eltern wollten zwar trotzdem ihre Versammlung dort machen, aber der Elternrat wiegelte das ab. („Wir sind friedliebende Bürger, und die Regierung kann uns nicht provozieren!") Auf der 2. Versammlung, zu der fast alle Eltern erschienen, ist es dann dem Elternrat auch gelungen, die Streikfront zu spalten (anfangs hatten sie sich natürlich an die Spitze der Bewegung gestellt). Sie behaupteten, daß sie jetzt mal „Luft" brauchten, um in Ruhe Gespräche mit den Politikern führen zu können und daß deshalb der Streik unterbrochen werden sollte und eventuell nach den Gesprächen wieder weiter gehen sollte. Obwohl die meisten Eltern eine unheimliche Wut im Bauch hatten, daß auf ihre berechtigten Forderungen nur Drohungen und Einschüchterungsversuche von der Regierung als Antwort kamen, hat der Elternrat es diesmal noch erreicht, den Streik abzuwürgen und weitere Kampfmaßnahmen der Eltern zu verhindern (der Elternrat besteht aus CDU-orientierten Mitgliedern und Jusos, meist Intellektuelle, die Elternratsvorsitzende ist die Frau des Hauptaktionärs von Warncke-Eiskrem).

Aber viele Eltern haben auch erkannt, was da gespielt wurde, sie haben laut in die Versammlung gerufen: „Ihr da vorne macht unsere Einheit kaputt!" oder „Ihr da vorne habt dafür gesorgt, daß die Regierung erreicht hat, was sie wollte!" Ein Vorschlag des Elternrats, die Eltern sollten doch einen arbeitslosen Lehrer anstellen und selber bezahlen, wurde empört zurückgewiesen. Ein Vater ist nach der Versammlung zu mir gekommen und hat gesagt: „Wenn wir mit unseren Interessen durchkommen wollen, müssen wir die da vorne erstmal absägen!" Ich bin sicher, daß vielen Eltern durch diesen Streik ein Stück mehr klargeworden ist, daß der Staat nicht auf ihrer Seite steht und daß sie ihre Interessen nur im Kampf gegen ihn durchsetzen können."



**Der Kampf an den Schulen richtet sich nicht nur gegen Stundenausfall und Lehrerarbeitslosigkeit, sondern auch gegen die verschärfte politische Unterdrückung. Hier Demonstration der Schüler der „Kleinen Helle" in Bremen gegen das Berufsverbot gegen den Lehrer Jürgen Janz.**

# Das fette Geschäft mit der Krankheit

**Es ist bekannt, daß gerade die pharmazeutische Industrie mit ihren Pillen, Sälbchen und Säften auch in der Wirtschaftskrise immer noch verhältnismäßig gut abschneidet — besser gesagt, unverhältnismäßig gut. Denn die Herstellungskosten der Pülverchen und Dragees sind gering, die Preise dagegen knackig und die Krankenkassen und -versicherungen zahlen alles. Die Unkosten landen doch bei den Werktätigen, denen eben immer wieder einige Prozent mehr abgeknöpft werden unter großem Gestöhne über die „Kostenexplosion im Gesundheitssektor" an der — wie sollte es anders sein — die zu hohen Löhne im Öffentlichen Dienst schuld sein sollen.**

Was die pharmazeutische Industrie anderen Branchen voraus hat, ist, daß sie sich keine Sorgen zu machen braucht, daß es vielleicht einmal eine Krankheits„flaute" im Kapitalismus geben könnte. Dafür wird mitAkkordhetze, Streß, Umweltverschmutzung und nicht zuletzt mit der Nebenwirkung der eigenen Pillen, Dragees und Tropfen ausreichend gesorgt.

**Ein Arzt berichtet dazu aus eigenen Erfahrungen von einem Sektor des Gesundheitswesens, der jetzt öfters in den Spalten der Illustrierten auftaucht und in dem zur Zeit von einigen Ärzten, Managern und Industriellen das dicke Geld gescheffelt wird: die Dialyse-Institute (Künstliche Nierenstationen — RM).**

Wodurch haben die Menschen (zwischen 11 und 70 Jahren), die regelmäßig 3 x wöchentlich für etwa 6 Stunden zur „Blutwäsche" in das Dialyse-Institut kommen müssen, ihre Nierenfunktion eingebüßt? Ihre Krankheit ist zum überwiegenden Teil Ergebnis der kapitalistischen Profitgier. So gibt es bei uns 8 Patienten — die jüngste ist 28 — die nachweislich durch die jahrelange Einnahme von Kopfschmerztabletten ihre Nieren zerstört haben. Mit Tabletten übrigens, wie sie zahlreiche Ärzte bedenkenlos rezeptieren und Apotheker langjährigen Käufern auch ohne Rezept aushändigen (Enmed, Thomapyrin, Dolviran, Treupel, die früheren Spalttabletten usw.).

Das in diesen Tabletten enthaltene Phenacetin zerstört bei regelmäßiger Einnahme über Jahre hinweg unweigerlich die Nieren. Aber zur Rechenschaft gezogen wird niemand. Nein, das Phenacetin darf auch weiter für Schmerztablettenherstellung verwandt werden.

Der größte Teil der Patienten liegt an der künstlichen Niere, weil Nieren und Harnwegsentzündungen bei ihnen nicht konsequent behandelt worden sind, bis schließlich die Nieren den Dienst versagen. Es kommen pro Jahr Tausende von neuen Patienten mit Nierenversagen dazu. Grund genug für finanzkräftige Mediziner — und die gibt es reichlich — ihr Geld in Dialyse-Instituten anzulegen. Wie Pilze schießen sie zur Zeit aus dem Boden. Mit 10 bis 30 Maschinen — ob in den Großstädten oder an Ferienorten, Patienten werden schon kommen.

Diese Dialysemaschinen sind teuer. Sie kosten zwischen 25- und 40000 DM. Nicht billig ist auch das Material, das gewöhnlich nur einmal benutzt wird (die Blutschläuche, die Salzwasserkonzentrate, die Nierenplatten- oder Spulen, die Infusionsflaschen usw.) Bezahlt werden müssen natürlich auch Schwestern und Pfleger. Wenn man diesen Kosten aber einmal die Einnahmen gegenüberstellt, dann weiß man, warum Dialyse-Institute so beliebt sind.

Pro Blutwäsche wird von der Krankenkasse 600 DM gezahlt. Das wäre bei — sagen wir — 50 Patienten, die regelmäßig 3 x wöchentlich dialysiert werden, bereits 360000 DM Einnahmen pro Monat. Da bleiben eine ganze Anzahl Tausender übrig.

Die Geldgierigen unter den Ärzten arbeiten wie kleine Kapitalisten: Möglichst viele Krankenschwestern, Laborantinnen oder Masseusen und Krankengymnastinnen einstellen, einige Apparate dazu und reichlich Patienten auffischen und nicht mehr aus den Krallen lassen — dann läuft der Laden schon fast von selbst und man kann sich an's Geldzählen machen.

So ist es auch bei uns. Der Arzt, der das Dialyse-Institut aufgemacht hat, hat selbst keine Ahnung von künstlichen Nieren, den Komplikationen usw. — dafür hat er einige junge Ärzte eingestellt. Er selbst geht nur täglich kurz mal durch, guckt, ob alles sauber ist, nervt die Patienten mit einfallslosem „Na, geht's gut" und verschwindet wieder.

Wenn mal ein Notfall ist, ein Patient bewußtlos geworden ist oder Blut aus einem Schlauch spritzt, dann schlägt er nur die Hände über dem Kopf zusammen und verdrückt sich.

Vor kurzem hatten wir einen Patienten zur Nierentransplantation angemeldet und erfreulicherweise klappte es schnell und er bekam eine Niere, die paßte. Er braucht nicht mehr an die künstliche Niere und alles ist in Ordnung. Wir alle haben uns sehr gefreut. — Nur nicht der Chef. Er knurrt seit Wochen herum, daß er nun 90000 DM pro Jahr weniger hat, daß ihn die Unkosten auffressen und er bald ganz dicht machen muß, wenn wir noch mehr Patienten eine Niere einpflanzen lassen. Man glaubt es kaum, wenn man es nicht täglich selbst erlebt!

— Apropos Unkosten. Der Chef baut gerade sein drittes Haus und will noch eine Filiale in einem Urlaubsort aufmachen...

## Vom Aufbau des Sozialismus

### BEMERKENSWERTE FORTSCHRITTE BEIM KAMPF GEGEN DAS SCHNECKENFIEBER

Vor dem Sieg der Revolution war das Schneckenfieber (Schistosomiasis) eine Seuche, die das chinesische Volk furchtbar quälte und große Opfer forderte. Ganze Dörfer wurden von dieser Krankheit ausgerottet, die von Schnecken übertragen wird. Eine Statistik aus dem Jahre 1949 bezifferte die Zahl der Kranken auf über 10 Millionen. Wasserschnecken wurden in einem Gebiet gefunden, das von mehreren hundert Millionen Menschen bewohnt war.

Sofort nach der Befreiung nahm das Volk unter Führung der Partei den Kampf gegen diese Plage auf. Genosse Mao Tsetung persönlich gab die Losung aus: „Das Schneckenfieber muß ausgerottet werden." In allen Provinzen, die unter dem Schneckenfieber litten, wurde große medizinische Kampagnen durchgeführt zur Heilung der Kranken. Das Wichtigste aber, um diese Seuche auszurotten, war, daß die Wasserschnecken selbst, die Krankheitsträger, ausgerottet wurden. So wurde z. B. während der Kulturrevolution in 11 Provinzen, einer Gemeinde und einem autonome Gebiet eine breite Massenbewegung zur Ausrottung der Schnecken durchgeführt. Diese Anstrengungen wurden verbunden mit der Begradigung von Flüssen, mit der Trockenlegung von Sümpfen und Mooren, die in gutes Ackerland verwandelt wurden. Die Provinz Kwangtung etwa, in der mehrere 10000 Hektar Land von Wasserschnecken verseucht waren, befreite sich vollständig von dieser Plage. Das Volk errichtete Deiche in einer Gesamtlänge von 700 km, es bewegte 38 Millionen Kubikmeter Erde und Stein während des Baus dieses schneckenfreien wasserspeichernden Forstgebietes. In den Provinzen Kiangsu und Schekiang, wo die Flüsse ebenfalls mit Wasserschnecken verseucht waren, unternahm die Bevölkerung große Anstrengungen zu ihrer Vernichtung. Zehntausende von Barfußärzten standen dabei dem Volk zur Seite, um einerseits die Kranken zu heilen, und andererseits die Wasserschnecken auszurotten.


**Im Kampf gegen die Bilharziose ist im Kreis Ningguo ein Kontingent von Gesundheitspflegern ausgebildet worden.**

Während dieser Kampagnen gab es großartige Beispiele gegenseitiger Hilfe unter dem Volk. Als z. B. 10 Volkskommunen in der Provinz Szechwan Schwierigkeiten hatten bei der Bekämpfung der Wasserschnecken, erhielten diese Kommunen die freiwillige Unterstützung von 40000 Menschen aus Gebieten, wo diese gefährlichen Krankheitsträger bereits ausgerottet waren.

Heute ist die Wasserschnecke in mehr als 100 Landkreisen und Gemeinden ausgerottet. Das sind rund zwei Drittel der Gebiete, in denen sie früher vor der Befreiung lebte. Auch die Erkrankungen an Schneckenfieber gingen um zwei Drittel zurück. Überall im Land wurden Institute für Schistosomiasisforschung eingerichtet. Eine neuartige Therapie gegen das Schneckenfieber verbindet traditionelle Medizin mit westlicher Medizin, um die Kranken besser heilen zu können. Dies alles sind die Erfolge der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao im Bereich der Volksgesundheit und der medizinischen Arbeit.

# Ein Giftgas für den Bürgerkrieg

# "Chemische Keule" jetzt auch in NRW

**Auch in Nordrhein-Westfalen soll die „Chemische Keule" jetzt von der Polizei eingesetzt werden. Führende Politiker und Polizeibeamte behaupten, der Einsatz der „Chemischen Keule" sei humaner als der oft kritisierte Schlagstockeinsatz der Polizei. Das sei auch der Grund für die Einführung dieser neuen Waffe. Aber das ist nicht wahr. Die Einführung dieser neuen Waffe bedeutet nicht, daß die Polizei in Zukunft etwa weniger brutal gegen Demonstranten und Streikende vorgehen wird. Im Gegenteil. Die Innenministerkonferenz der Länder beschloß 1974 den Einsatz dieser neuen Waffe aus einem anderen Grund. „Chemical Mace", das in der „Chemischen Keule" enthaltene Gas, ist das Kampfgas CN (Chloracetophenon), das zur Weißkreuzgruppe gehört. Kampfgas aber ist eine Waffe, die im Gegensatz zum Polizeiknüppel, speziell zum Einsatz gegen Menschenmengen erfunden wurde. Es ist eine Waffe für den Krieg und für den Bürgerkrieg.**

Als in Hessen die „Chemische Keule" eingeführt wurde, war der Widerstand der Bevölkerung so groß, daß sich der Frankfurter Oberbürgermeister Arndt sogar zunächst gezwungen sah, ihren Einsatz zu verbieten. Außerdem brachten Frankfurter Zeitungen immer wieder Photos, auf denen man Polizisten sehen konnte, die sich mit der „Chemischen Keule" gegen Messerstecher usw. zur Wehr setzten. Die „Chemische Keule" dient der Polizei zur Notwehr gegen Verbrecher — sollte damit der Bevölkerung weisgemacht werden.

Wie sehen aber die Tatsachen aus? Die „Chemische Keule" wurde bisher unter anderem bei einer Demonstration von Frauen gegen den § 218 angewandt. Eine ähnliche Waffe, das Pepper-Fog-Gerät, wurde in Heidelberg gegen Fahrpreisdemonstranten eingesetzt. Im Juli 1975 wurde diese Waffe schließlich sogar gegen Frankfurter Kinder eingesetzt, die für bessere Spielmöglichkeiten demonstrierten. 13 Kinder wurden verletzt.

„Chemical Mace", das in der „Chemischen Keule" enthaltene Giftgas, wird bereits seit 1973 mit Wasserwerfern gegen Demonstranten und Passanten gesprüht.

Die Tatsachen beweisen, daß das Giftgas „Chemical Mace" nicht zum Schutz der Bevölkerung gegen Verbrechen von der Polizei eingesetzt wird, sondern um die Bevölkerung anzugreifen, wenn sie im Kampf für ihre Interessen auf die Straße geht. Die Polizei und die bürgerlichen Politiker wissen das natürlich genau. Man kann es sogar bei dem Polizeiexperten Stammel nachlesen. Er schreibt in seinem Buch: „Polizeiwaffen — heute und morgen" im Kapitel „Gewalttätiger Aufruhr" über die Vorteile des Pepper-Fog-Geräts: „Dieses Universal-Gerät...hat sich innerhalb der letzten beiden Jahre bei Massenaufruhr und bei Häuserblock-Barrikadenbesetzungen geradezu phänomenal bewährt. Es ist einfach unglaublich, welche Unmassen an Reizstoff-Nebel ein mit diesem Gerät bewaffneter Polizist verbreiten kann."

Ist es aber nicht vielleicht trotzdem übertrieben, „Chemical Mace" und damit die „Chemische Keule" und das „Pepper-Fog-Gerät" als Kriegswaffe zu bezeichnen? Der Leserbrief eines Münchner Diplom-Chemikers, am 5 August 1975 in der „Frankfurter Rundschau" abgedruckt, zeigt, daß von einer Übertreibung keine Rede sein kann:

**Chemical mace**

Es scheint an der Zeit, der Verharmlosung der Verwendung chemischer Kampfstoffe im Polizeieinsatz gegen die eigene Bevölkerung ein Ende zu setzen und das „humane Einsatzmittel" (so die Polizeigewerkschaft) als das zu erkennen, was es ist: eine militärische Kriegswaffe. Chloracetophenon, der chemische Name für „Chemical mace", wurde während des Ersten Weltkrieges in den USA als Kampfstoff entwickelt. Zum Einsatz in den Giftgasschlachten in Flandern und Frankreich kam es nur deshalb nicht mehr, weil sich die industriellen Produktionsstätten bei Kriegsende noch im Aufbau befanden.

In der gesamten Fachliteratur wird Chloracetophenon seitdem als chemischer Kampfstoff beschrieben, so zum Beispiel in „Die chemische Waffe", Berlin 1932, „Wehr und Wissenschaft", Bd, 26, Leipzig 1941, Lehrbuch der Militärchemie, Berlin 1967. Auch in Handbüchern der Organischen Chemie fehlt nicht der Hinweis auf den Kampfstoffcharakter dieser Verbindung. So im Beilstein-Handbuch der Organischen Chemie, Bd. VII, S. 152.

Es ist jedenfalls eindeutig Lüge zu behaupten, „Chemical mace" sei kein chemischer Kampfstoff.

Dipl.-Chem. Alfred Schrempf,
Institut für anorganische Chemie
der Universität München

In einem der im Leserbrief erwähnten Lehrbuch der Organischen Chemie heißt es, daß Chloracetophenon „ein wirksamer Augenreizstoff" sei, der als „Kampfmittel für militärische und polizeiliche Zwecke verwendet" wird und „schon bei einer Konzentration von 0,0003 Milligramm pro Kubikmeter seine Wirkung tut." Als Richtwert in Hessen wird aber für die „Chemische Keule" eine Konzentration von 0,9 Gramm angegeben, für Wasserwerfer eine Konzentration von 150 Milligramm pro Liter. Schließlich sei noch eine Dienstvorschrift der Bundeswehr zitiert. Dort heißt es im Zusammenhang mit diesem Kampfgas: „Eingeatmet kann es tödlich wirken."

Und „Chemical Mace" ist nicht die einzige Waffe zum Einsatz gegen eine rebellierende Volksmenge, mit der die Polizei ausgerüstet werden soll. Das neue geplante Polizeigesetz, das sogenannte „Todesschußgesetz", sieht auch den Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten vor, wenn der Gegner entsprechend ausgerüstet ist und herkömmliche Waffen erfolglos geblieben sind.

**Für den Einsatz in „Notwehr", so die Propaganda der Poizei, sei die „Chemische Keule" angeschafft worden. Unser Bild zeigt, wie es in Wirklichkeit mit der angeblichen „Notwehr" aussieht...**

Sogar bürgerliche Kritiker dieses Gesetzentwurfes stellen fest, daß auf dieser gesetzlichen Grundlage der Polizist ein Soldat wird. Tatsächlich bildet dieses Gesetz die legale Handhabe für einen blutigen Krieg gegen das Volk. Mögen bürgerliche Politiker bei dem jetzigen Polizeiterror gegen die Bevölkerung noch so oft von „Übergriffen" und „Einzelfällen" sprechen. Dieser Gesetzesentwurf, genauso wie die bundesweite Einführung des chemischen Kampfgases „Chemical Mace", sind Beweis genug dafür, daß die Polizei nicht unser „Freund und Helfer" ist, sondern eine bewaffnete Armee, mit der die Kapitalistenklasse ihre wirtschaftliche und politische Macht gegen das Volk verteidigt. Gegen Maschinengewehre und Giftgas aber kann man nicht argumentieren. Angesichts dieses Gewaltapparates der Kapitalistenklasse ist es eine Illusion, zu glauben, man könne auf „friedlichem Weg" den Sozialismus erkämpfen. Wer solche Illusionen verbreitet wie die D„K"P, will in Wirklichkeit die Arbeiterklasse ideologisch, politisch und schließlich auch militärisch entwaffnen. Gegen Gewalt hilft nur Gewalt. Deshalb kann sich die Arbeiterklasse nur auf revolutionärem Weg, durch den gewaltsamen Sturz des imperialistischen Staates, von Ausbeutung und Unterdrückung befreien.



**Gegen diese demonstrierenden Kinder setzte die Polizei brutal die „Chemische Keule" ein.**

## KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

**OBERHAUSEN**

Am 27. 1. 76 fand in Oberhausen ein Prozeß gegen Genossen Joachim H. statt. Er war angeklagt, das Extrablatt des ROTEN MORGEN zum Polizeiüberfall auf den Trauermarsch in Duisburg verteilt und damit die „Bundesrepublik verächtlich gemacht" und die Duisburger Polizei „beleidigt" zu haben. Alle drei Polizeizeugen, die vernommen werden, müssen zugeben, daß sie nicht gesehen haben, wer damals Flugblätter verteilt hat. Trotzdem wird der Genosse als Flugblattverteiler verurteilt. Er erhält 300 DM Geldstrafe, außerdem wird im Urteil die Einziehung der Extrablätter festgelegt. Der Genosse legt gegen dieses Urteil Berufung ein.

**KASSEL**

Am 28. 1. 76 fand in Kassel ein Prozeß gegen zwei Genossen statt, die zum Roten Antikriegstag 1975 Plakate der Roten Garde auf dem Gelände von VW geklebt haben sollen. Die Genossen wurden zu je 320 DM Geldstrafe verurteilt.

**ESSEN**

Der Gefangene Karl-Heinz Dellwo, der im Zusammenhang mit dem Attentat auf die deutsche Botschaft in Schweden verhaftet wurde und in Essen in Untersuchungshaft sitzt, ist vom dortigen Gefängnispersonal gefoltert worden. In einer Strafanzeige, die Rechtsanwalt Croissant deshalb erstattet hat, heißt es unter anderem: »Am 4. 2. 1976 erschien gegen 15 Uhr der Stockwerksbeamte der JVA Essen in der Zelle des Gefangenen und erklärte ihm, er habe Besuch. Auf die Frage des Gefangenen, von wem er Besuch habe, erwiderte der Vollzugsbedienstete, daß wisse er nicht. Der Gefangene verließ darauf die Zelle, weil er dachte, er habe Besuch von seiner Schwester.

Der Gefangene wurde zu einem Raum gebracht, der — wie er sofort sah — voll mit Zivilbeamten war. Er versuchte deshalb, sofort zurückzugehen. In diesem Augenblick erhielt der Gefangene von einem Beamten einen Fußtritt neben die Hoden und wurde kurzerhand in den „Besuchsraum" geschleift. Das Ansinnen eines Beamten, „ein paar Bilder" und Fingerabdrücke aufzunehmen, lehnte der Gefangene ab, wobei er zur Verhinderung von Fotoaufnahmen seine Hände vor das Gesicht hielt.

Daraufhin wurde der Gefangene von 4 bis 5 Beamten gepackt, die versuchten, ihn auf einen Stuhl zu ziehen. Zwei Beamte drehten ihm hierbei die Arme bis zum Halswirbel hoch, ein dritter faßte ihm in die Haare und ein vierter drückte ihm den Hals zu. Sein rechter Arm wurde nunmehr nach vorne gebogen und zwar so, daß er mit einer weiteren kleinen Drehung auszukugeln gewesen wäre.

Dem Gefangenen gelang es dennoch, die Abnahme von Fingerabdrücken zu verhindern, in dem er die Fingerkuppen anzog, ehe sie vom Blatt genommen wurden. Die Beamten reagierten darauf so, daß sie mit der Faust auf die Finger schlugen. Als auch diese Maßnahme keinen Erfolg hatte, gab ein Beamter die Weisung: „Fester zudrükken!"

Der Gefangene, dessen Hals ohnehin die ganze Zeit über von einem Beamten zugedrückt worden war, bekam durch das festere Zudrücken überhaupt keine Luft mehr. Sein Versuch, zu schreien, schlug fehl: Aus seinem Hals kam nur noch ein Quietschen. Die Beamten zeigten sich über diesen „Erfolg" belustigt: Sie rissen über den fast erstickenden und sich windenden Gefangenen Witze.

Um der widerwärtigen Quälerei ein Ende zu setzen, ließ der Gefangene die weitere Prozedur über sich ergehen.

**Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:**

**Vorstand der KPD/ML**
**— Spendenkonto —**
**Sparkasse Dortmund**
**Kto Nr. 321 004 547**
**Stichwort: SOLIDARITÄT**

**AUGSBURG**

Korrespondenz. Vor kurzem wurden in der „Augsburger Allgemeinen" unter der Rubrik „Amtliche Bekanntmachungen" die rechtskräftigen Strafbefehle gegen 3 Augsburger Genossen wegen „Beleidigung" bekanntgegeben. Die Veröffentlichung war vom Duisburger Polizeipräsidenten erwirkt worden, weil die Genossen Zeitungen und Flugblätter zum Tod unseres Genossen Günter Routhier verkauft und verteilt haben sollen. Im Text heißt es u. a.: „Der... hat... die Zeitschrift „Roter Morgen" der KPD/ML verteilt bzw. verkauft, in der die Polizei in Duisburg wider besseren Wissens beschuldigt wird, den Frührentner Günter Routhier bei einem Einsatz im Arbeitsgericht in Duisburg am 5. 6. 1974 aus niederen Beweggründen vorsätzlich getötet zu haben. Diese Beleidigung z. N. der Polizei in Duisburg überschreitet jedes vertretbare Maß."

Natürlich hat es die Klassenjustiz nicht versäumt, Namen und volle Adressen der Genossen anzugeben, von denen eine Genossin erst vor einiger Zeit aufgrund der polizeilichen Ermittlungen Berufsverbot als Lehrerin bekommen hatte und erst kürzlich eine neue Arbeitsstelle gefunden hat. Umso mehr konnte sie sich über folgenden Brief freuen, den sie kurz nach der Veröffentlichung erhielt:

„Mit Abscheu und Ekel habe ich das Inserat in der Zeitung gelesen. Dies ist der letzte Versuch der verfluchten Klassenjustiz, Arbeiter zu schikanieren und auszubeuten und vor allem zu unterdrücken. Ich wurde bei der Polizei geschlagen, daß ich am ganzen Körper blau war. Wer sich gegen die Foltermethoden sträubt, wird um seine Existenz gebracht. Staatliche Arbeiter bekommen Berufsverbot, bei anderen Arbeitern ruft die Kripo ohne Grund im Betrieb an, daß die Menschen ihre Arbeit verlieren und ihre Existenz. Aber es wird der Tag kommen, wo die Schweine...aufgehängt werden, wo die Arbeiter siegen werden. Verliert **nicht** den Mut, nur weiter so, ich bewundere Euch.

Viel Erfolg bei Eurer Arbeit!
Rot Front!
Solidarität hilft siegen!"

Das zeigt wieder einmal: Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.

Genossen aus Augsburg

# Keine Abschiebung der inhaftierten türkischen Patrioten!

400 Kollegen, Freunde und Genossen demonstrierten am Samstag in Köln gegen die Abschiebung der drei von vier türkischen Patrioten, die am 31. 1. zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Begründung: „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung", die sich „marxistische Ideologie maoistischer Prägung" zu eigen gemacht habe und den gewaltsamen Umsturz in der Türkei plane. Als Beweis diente dem Gericht marxistisch-leninistische Literatur u.a. von Mao Tsetung, die bei ihnen gefunden wurde, aber öffentlich erhältlich ist. Die drei türkischen Patrioten sind nach der Urteilsverkündung sofort in Abschiebehaft genommen worden, obwohl sie Antrag auf politisches Asyl gestellt haben, denn in der Türkei erwartet sie faschistischer Terror.

An der Demonstration haben verschiedene deutsche und ausländische revolutionäre Organisationen teilgenommen. Es wurden Parolen gerufen wie: „Keine Abschiebung der 4 türkischen Patrioten!" „Sofortige Bewilligung des politischen Asyls!" „Solidarität mit dem Befreiungskampf des türkischen Volkes!" „Keine Unterstützung des faschistischen Regimes in der Türkei durch den BRD-Imperialismus!" (die von der GRF [KPD] abgelehnt wurde); „Deutsche und ausländische Arbeiter eine Kampffront!", „Weder USA noch UdSSR, für eine unabhängige, demokratische Türkei!" (die vom KBW abgelehnt worden ist); „Hoch die internationale Solidarität!"

Die Partei konnte 66 ROTE MORGEN verkaufen. Es wurden Gespräche mit vielen Menschen geführt, die diese Abschiebung abgelehnt haben. Gegen die Abschiebung, für Asyl sind Protestbriefe an das Innenministerium und verschiedene Behörden geschickt worden.

# Presseerklärung

Der niederländische Rechtsanwalt und Dozent für Strafrecht, Pieter Bakker-Schut, ist am 11. 2. 1976 auf dem Weg zu einem Besuch bei seinem Mandanten Ronald Augustin, einem holländischen Staatsangehörigen, am Grenzübergang Berg zur BRD nach einer Paßkontrolle durch Beamte des Bundesgrenzschutzes mit Pistolen bedroht und gezwungen worden, seinen PKW zu verlassen — ebenso wie sein Begleiter, der holländische Jurastudent Ger Mols. Beide mußten sich mit gespreizten Beinen und Armen gegen den PKW stützen und sich vollständig abtasten lassen.

Danach wurden sie — weiterhin mit gezückter Pistole — in das Grenzschutzgebäude geführt und dort in getrennte Arrestzellen verbracht. Dort wurde beiden befohlen, sich nackt auszuziehen. Als Rechtsanwalt Bakker-Schut sich weigerte und nach den Gründen für diese Behandlung fragte, erklärte ihm der Beamte, dies seien grenzschutzpolizeiliche Befugnisse. Auf das Verlangen, ihm die gesetzliche Grundlage nachzuweisen, schloß der Beamte wortlos die Türe zur Arrestzelle ab.

Nach 10 Minuten wurden Rechtsanwalt Baaker-Schut und sein Begleiter zu ihrem PKW geführt, den die Beamten gründlich durchsuchten. Auf die Forderung von Bakker-Schut, das Durchlesen seiner Verteidigerunterlagen zu unterlassen, erklärten ihm die Bundesgrenzschutzbeamten: „Wir sind hier auf deutschem Boden!" Erst nach einer weiteren Wartezeit von 20 Minuten erhielten Bakker-Schut und sein Begleiter ihre Reisepässe zurück.

Der Rat der juristischen Fakultät der Universität Utrecht hat noch am gleichen Tage nachdrücklich und einstimmig gegen die Behandlung seiner Mitglieder Mols und Bakker-Schut mit folgender Erklärung protestiert:

„Ein solches Vorgehen kann keine andere Funktion haben als eine weitere Einschüchterung und Kriminalisierung von jedem, der die tatsächliche und rechtliche Entwicklung in der Bundesrepublik öffentlich kritisiert. Es zeigt außerdem, daß eine öffentliche kritische Haltung — unter anderem von Holland aus — mehr denn notwendig ist. Das Präsidium der Fakultät beauftragt, diese Resolution der Deutschen Botschaft in Den Haag zur Kenntnis zu bringen."

Internationales Komitee für die Verteidigung politischer Gefangener in Europa

# Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

## Hausbewohner setzen sich gegen Mietwucher zur Wehr

**Liebe Genossen!**

Im Herbst wurden in Westberlin vom Senat zinsgünstige Darlehen an Hausbesitzer zweckgebunden für „Modernisierungsmaßnahmen" vergeben. 30% des Darlehens brauchen nicht zurückgezahlt werden, die bekommen die Hausbesitzer aus den Steuergeldern zugeschustert.

Es wurden so viel Anträge gestellt, daß die Mittel, die der Senat zur „Ankurbelung der Konjunktur" zur Verfügung gestellt hatte, gar nicht ausreichten. Unser Hausbesitzer konnte nicht für alle seine Häuser was ergattern, für unseres angeblich auch nicht, aber er läßt doch Heizung legen, da er die Kosten ja laut §11 der AMVOB auf die Mieter umlegen darf (14% der Baukosten als Wertverbesserungszuschlag auf die Miete).

Das bedeutet für uns, daß wir statt bisher 200 DM in Zukunft 330 DM und Heizungskosten zahlen müssen. Und das für eine 3 Zimmer-Wohnung ohne Bad in einem ollen Haus mit stinkiger Straße.

Alle Mieter waren furchtbar sauer, insbesondere darüber, daß sich die Kosten seit dem Kostenvoranschlag um 50% verteuert hatten.

Daraufhin setzten eine Hausbewohnerin und ich ein Schreiben an den Hausbesitzer auf, in dem wir klar stellten, daß wir erstens nicht zahlen, bevor die Heizung in Betrieb ist (die Rechnung bekamen wir schon für den 1. 2.), und zweitens nur so viel, wie im Ankündigungsschreiben angekündigt war und nicht 50% mehr.

Dieses Schreiben unterschrieben 17 Mieter im Vorderhaus und im Hinterhaus, das sind alle, außer den Hauswartsleuten, die mietfrei wohnen und einer Frau, die am 1. 3. auszieht.

Wir sind uns im klaren, daß die Unterschrift noch der leichteste Schritt war. Der Hausbesitzer hat „das Recht" auf seiner Seite. Das wurde uns von der Mietpreisstelle des Senats und vom Mieterschutzbund bestätigt.

Es kommt jetzt darauf an, hart zu bleiben und vor allem einig, denn nur so können wir unseren Entschluß in die Tat umsetzen und verhindern, daß er uns auf die Straße setzt.

Rot Front! Eine Genossin.

## Kennt Ihr Schichtkartoffeln?

Das ist ein gutes deutsches Gericht, dessen Ursprung in Schlesien liegt, das aber auch im Westfalenland weit verbreitet ist.

Man nehme für 4 Personen ca. 4 Pfund Kartoffeln, 1 Pfund Rindfleisch (Suppenfleisch), 1 Pfund Zwiebeln, Salz und Pfeffer. Die Kartoffeln und die Zwiebeln schält man und schneidet sie in Scheiben. Das Suppenfleisch wird in mundgerechte Stücke geschnitten. Man nimmt einen hohen Topf, legt als unterste Schicht Kartoffeln hinein, gibt Salz und Pfeffer hinzu. Dann werden die Zwiebeln aufgeschichtet und es folgt eine kleine Schicht Fleisch, das ebenfalls gewürzt wird. So schichtet man den Topf voll. Kartoffeln, Zwiebeln, Fleisch. Die oberste Schicht sollten Kartoffeln sein. Nun wird Wasser hinzugeschüttet, etwa so viel, daß die unterste Schicht Kartoffeln und Zwiebeln bedeckt ist. Deckel drauf und bei kleiner Flamme dünsten, bis die Kartoffeln weich sind. Nicht umrühren.

Ist das Essen gar, wird von oben nach unten mit einem Fleischwender o. ä. Gerät gestochen und man erhält eine Portion „Schichtkartoffeln".

Das war letztes Jahr noch ein preiswertes und wohlschmeckend nahrhaftes Essen, das bei uns in der Woche oft gekocht wurde. Nun, da die Kartoffeln bei 5 Pfund über 3 DM kosten, Suppenfleisch über 4 DM und Zwiebeln bei 1,50 DM, essen wir das nur noch sonntags.

An diesem Beispiel kann man leicht erkennen, wie die Kapitalistenklasse den Werktätigen bis in den Kochtopf packt, wie sie außerdem verhindert, daß wir traditionelle Gerichte essen können. Sie werden sich ihre gierigen Finger aber schon verbrennen, weil bei uns nämlich auf Feuer gekocht wird.

**Rot Front! W. aus Köln.**

## Jusos und 14. Strafrechtsänderungsgesetz

Ich bin Sympathisantin der KPD/ML. Informiere mich aber nebenbei auch bei den Jusos. Bei einem der letzten Treffs war das Thema „Was trägt unsere Ortsgruppe für die kommenden Bundestagswahlen zur Wahlpropaganda bei?" gegeben. Der Diskussionsleiter schlug vor, über Berufsverbote, die ja in letzter Zeit auch gegen SPD-Mitglieder gerichtet sind, eine öffentliche Diskussion zu veranstalten. Die Mehrzahl der Anwesenden schien für diesen Vorschlag zu sein, da keiner eine Alternative brachte. Ich meinte aber, daß es den Werktätigen mehr brächte, wenn über das 14. Strafrechtsänderungsgesetz, mit vorherigen Erläuterungen natürlich, diskutiert würde. Einige fragten nun, was es mit dieser Änderung überhaupt auf sich hätte. Jemand kannte sie und bekannte sofort, daß damit ein weiterer Weg zur Faschisierung gemacht würde. Die Resonanz auf meinen Vorschlag war jedoch ablehnend mit der so sinnlichen Begründung, daß dieses Thema nicht tragbar für den Wahlkampf ist.

Dabei hatten sie ganz recht; denn wenn erst einmal die werktätigen Massen über den Inhalt der 14. Strafrechtsänderung erfahren und daß diese Gesetze mit Zustimmung der SPD geändert wurden, dürfte daß eine empfindliche Anzahl von Wählerstimmen kosten.

Eine Genossin aus Nürnberg.

## Sogenannte Allgas-Herde

Liebe Genossen,

wir wohnen in Hamburg-Altona. Dort werden gegenwärtig viele Haushalte auf Erdgas umgestellt. Deshalb kam neulich ein Techniker von den Hamburger Gaswerken zu uns und sah sich unseren Gasherd an. Dieser Gasherd ist vom Typ „Junker und Ruh — Allgas". Er sagte, wir müßten uns einen neuen Herd kaufen. Als wir ihm sagten, dies sei aber doch ausdrücklich ein „Allgas-Herd", den man nur umzustellen brauche, sagte er: Dies sei nur ein sogenannter Allgas-Herd, man muß ihn von den richtigen Allgas-Herden unterscheiden. Die „sogenannten Allgas-Herde" hätten damals nur diesen Namen erhalten.

Wie uns eine Verkäuferin im Kaufhaus Hertie erzählte, sind viele in Altona in der gleichen Lage wie wir.

Bei der Finanzierung des neuen Gasherdes wollen uns die Hamburger Gaswerke jetzt „helfen", sprich: uns Geld leihen und die Zinsen für das geliehene Geld kassieren.

Ein Genosse aus Hamburg

# Verboten in der DDR

Die Vorbeugung ...

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 2 vom 10. Januar 1976

50 Pfennig

Verab... im J...

# im Westen beschlagnahmt

## *Weil er die Wahrheit schreibt:*

- ***über Ausbeutung und Unterdrückung in Ost und West***
- ***über die größten Kriegstreiber, die beiden imperialistischen Supermächte UdSSR und USA***

## *Weil er den Ausweg weist:*

- ***Sozialistische Revolution in Ost und West***
- ***für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland***

**BESTELLUNGEN AN VERLAG G. SCHUBERT 46 DORTMUND 30 POSTFACH 30 05 26**

# KPD/ML

Das oben abgebildete Plakat „Verboten in der DDR — im Westen beschlagnahmt" ist eines der Mittel, mit denen die Partei und die ROTE GARDE in den nächsten Wochen gezielt unter den Werktätigen für den ROTEN MORGEN, das Zentralorgan der KPD/ML, werben werden. Ziel dieser Kampagne ist es, den ROTEN MORGEN breit unter den Werktätigen bekanntzumachen, neue Leser und neue Abonnenten zu gewinnen.

— Vielleicht gehören Sie zu denjenigen, die den ROTEN MORGEN jetzt als Werbeexemplar in Ihrem Briefkasten gefunden haben. Der ROTE MORGEN ist deshalb jetzt in einer höheren Auflage gedruckt und bei einer Reihe von Haushalten gesteckt worden, weil wir wollten, daß möglichst viele Gelegenheit haben sollen, den ROTEN MORGEN kennenzulernen und sich selbst ein Urteil über diese Zeitung zu bilden.

— Vielleicht gehören Sie aber auch zu denjenigen, die den ROTEN MORGEN bereits kennen und ab und zu oder regelmäßig kaufen. In diesem Fall möchten wir Sie bitten, uns bei der weiteren Verbreitung des ROTEN MORGEN zu unterstützen: indem Sie selber den ROTEN MORGEN abonnieren, falls das bisher nicht der Fall ist; indem Sie ihn einmal an Bekannte oder Verwandte weitergeben; indem Sie die Möglichkeit der Geschenkabonnements ausnutzen; indem Sie den ROTEN MORGEN mit Beiträgen — Leserbriefen, Kritiken, Informationen oder Artikeln — oder auch mit Spenden unterstützen.

# Norman Bethune in China

**Bildergeschichte aus China**
**Text: Dschung Dschi-teng / Illustrationen: Hsü Jung-tschou, Hsü-Yung, Gu Liän-tang, Wang Yi-scheng**
Verlag für fremdsprachige Literatur Peking 1975

4. Folge. Im September 1937 rüsteten sich die japanischen Imperialisten zum Großangriff auf das Stützpunktgebiet Schansi-Tschahar-Hopeh. Genosse Norman Bethune mußte das von ihm geplante vorbildliche Krankenhaus verlassen. Der Großangriff der Feinde wurde wurde jedoch zurückgeschlagen, sie erlitten eine vernichtende Niederlage. Genosse Norman Bethune studiert die Schrift des Vorsitzenden Mao Tsetung: „Über den langwierigen Krieg". Er sagt: „Wo es Verwundete gibt, müssen wir hin." Im Winter bricht er an der Spitze eines Sanitätstrupps in das Dorf Yangdjiadschuang auf. Dort angekommen, macht er sich sofort an die Arbeit.

(Die Geschichte ist leicht gekürzt — RM).



Hier verwandelte Genosse Bethune eine Sanitätsstelle in ein „Krankenhaus für spezielle Chirurgie", das sich den Besonderheiten des Partisanenkriegs anpaßte. Die Wohnräume der Dorfbewohner dienten als Krankenzimmer, der Kang (Ofenbett) als Krankenbett. Ein derartiges Krankenhaus, das inmitten der Massen errichtet worden war, konnte nur schwer vom Feind zerstört werden.



Um in kurzer Zeit eine größere Zahl medizinischen Personals auszubilden, veranstaltete Genosse Bethune einen „Praktikum-Wochenkurs für spezielle Chirurgie". An diesem Kurs nahmen Funktionäre des Gesundheitswesens im Militärbezirk teil. Genosse Bethune stand seinen praktizierenden Schülern mit Rat und Tat bei.



Die Vorlesungen des Genossen Bethune waren anregend und verbanden Theorie mit Praxis; sie waren allgemein verständlich und immer sehr lebhaft.



In den Zwischenpausen lehrte Genosse Bethune seine Schüler, Flaschenkürbisse zu „scheren", damit sie sich im Umgang mit dem Skalpell üben und auf Kopfoperationen vorbereiten konnten.



Um das Niveau der Betäubungstechnik zu heben, benutzte er die Gelegenheit, da seine Zehe vereitert war, an sich selbst Versuche vorzunehmen. Er ließ die Genossen beim Aufschneiden seiner Eiterbeule anstatt lokaler Betäubung die Narkose anwenden.



Es blieb den Genossen nichts übrig, als danach zu handeln. Die Operation war kaum zu Ende, da stand Genosse Bethune auch schon lächelnd auf und sagte: „Wenn Narkose und Operation gut aufeinander abgestimmt sind, dann nimmt die Betäubung geringere Zeit in Anspruch, und die Verwundeten haben weniger zu leiden." Von diesem Geist Doktor Bethunes — sein Können unermüdlich zu vervollkommnen — waren die Genossen tief beeindruckt.



Als die Praktikumswoche abgeschlossen war, nahmen die Genossen nur ungern von Genosse Bethune Abschied. Durch ihn hatten sie viele medizinische Kenntnisse gewonnen. Sie beteuerten alle: „Unser einwöchiges Praktikum im Krankenhaus übertrifft bei weitem ein siebenmonatiges Studium."

(Wird fortgesetzt).

# D''K''P-Revisionisten umgarnen den KBW

**Mit einer ausgesuchten Truppe von Demagogen reist die revisionistische D,,K''P seit einigen Monaten von Stadt zu Stadt, um Hetzveranstaltungen unter dem Thema ,,Zur Politik und Praxis der Maoisten" durchzuführen. Zu dieser Truppe gehören Revisionistenführer wie Willi Gerns vom Präsidium, Steigerwald und Weiß vom Parteivorstand und andere.**

**Geladen zur Diskussion auf diesen Veranstaltungen wird von den Revisionisten zumeist der KBW, bisweilen auch der KABD, die beide nicht nur die Diskussion, sondern auch die Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten suchen. Genossen der KPD/ML, aber auch der Gruppe Rote Fahne (KPD) hingegen werden von den D,,K''P-Revisionisten oft schon vor der Saaltür am Zutritt gehindert.**

Wie sind diese Veranstaltungen der Revisionisten einzuschätzen? Sollte den modernen Revisionisten etwa Zweifel an ihrem Verrat gekommen sein? Keineswegs! Der moderne Revisionismus bedeutet Reaktion auf der ganzen Linie. Ihre Absichten und Ziele sind völlig konterrevolutionär. Soweit sie sich mit sozialistischen Phrasen tarnen, so tun sie dies nur, um als Agenten innerhalb der Arbeiterbewegung besser gegen die sozialistische Revolution kämpfen zu können. Ihr Ziel ist es, den Kapitalismus zu erhalten und sie stehen bereit, dazu eine sozialfaschistische Diktatur gegen die Arbeiterklasse, eine faschistische Terrorherrschaft getarnt durch sozialistische Phrasen zu errichten — ganz nach dem Vorbild der revisionistischen Länder.

Auch ihre Veranstaltungsreihe in den verschiedenen Städten dient dem Ziel, den Kampf für die sozialistische Revolution niederzuwerfen. Nur mit dem Unterschied, daß sie entgegen sonstigen Anlässen nicht vor allem mit ihren Schlägertrupps gegen den Marxismus-Leninismus vorgehen, sondern daß sie unter dem Anstrich der ,,Sachlichkeit" dem ,,Willen zur Auseinandersetzung" versuchen, in der marxistisch-leninistischen Bewegung Fuß zu fassen, um ihr revisionistisches Gift zu verspritzen, die marxistisch-leninistische Bewegung zu spalten und zu schwächen. — Es ist eine besonders gefährliche Methode, da sie von Opportunisten in der Bewegung, die die Revisionisten ja gerade für sich gewinnen wollen, nicht leicht durchschaut wird.

Aber nicht umsonst arbeiten revisionistische Chef,,theoretiker" wie Steigerwald ständig daran, sich Informationen über die Entwicklung der marxistisch-leninistische Bewegung zu verschaffen, jeden möglichen Widerspruch zwischen verschiedenen Organisationen herauszufinden — vor allem da, wo Opportunisten Konzessionen an die modernen Revisionisten machen, um so den Kampf gegen die marxistisch-leninistische Bewegung noch hinterhältiger führen zu können. Nicht umsonst werden Leute wie Gerns dafür bezahlt, daß sie berufsmäßig die Literatur der Klassiker des Marxismus-Leninismus studieren, um sie besser verfälschen zu können und den vollständigen Verrat am Marxismus-Leninismus auch noch als dessen ,,theoretische Weiterentwicklung" ausgeben zu können.

So ist es auch kein Zufall, wenn die D,,K''P-Revisionisten sich auf diesen Veranstaltungen ,,revolutionärer" als gewöhnlich geben, um ,,attraktiv" zu erscheinen. Erzrevisionisten wie Steigerwald und Gerns gehen auf diesen Veranstaltungen sogar soweit, vom ,,Lebenswerk Lenins und Stalins" zu sprechen, Stalin zu zitieren — obgleich sie sonst stets kübelweise Dreck über Stalin und sein Werk ausschütten. Bisweilen stellen sie auf diesen Veranstaltungen plötzlich nicht einmal in Abrede, daß ab und zu auch revolutionäre Gewalt notwendig sei — wo sie sonst stets die Propagierung der gewaltsamen proletarischen Revolution als ,,Chaotengeschrei" diffamieren. Der Zweck ist klar: Schwankende Kräfte in der marxistisch-leninistischen Bewegung sollen umgarnt werden, der konterrevolutionäre Charakter des Revisionismus noch geschickter als sonst getarnt werden.

## *Warum gerade der KBW?*

Angesichts dessen bezeugt es den Opportunismus der KBW-Führung, diese Gefahr zu mißachten und diese Veranstaltungen der Revisionisten sowie die Einladung des KBW dazu als ,,Erfolg" ihrer Politik auszugeben. Den eigentlichen Grund, den KBW bei den Veranstaltungen zu Wort kommen zu lassen, gab Revisionistenführer Gerns bei der Veranstaltung in Bremen an: Die D,,K''P würde nicht übersehen, daß es zwischen der KPD/ML und der GRF (KPD) einerseits und dem KBW andererseits ,,Unterschiede gibt". Wer bewußt die KPD/ML oder die GRF unterstützt, stellt sich für Gerns ,,*in vollem Wissen auf die Seite der äußersten Reaktion, der ist für die revolutionäre Bewegung verloren*". Allerdings — für das, was die Revisionisten der D,,K''P ,,revolutionäre Bewegung" nennen, für ihren revisionistischen Verrat, für ihre sozialfaschistische Politik sind die Genossen unserer Partei ,,verloren" dafür wird man sie nicht gewinnen können! Im übrigen kann uns ihre Hetze nicht schrecken. ,,***Wenn uns der Feind energisch entgegentritt***", sagt Mao Tsetung, ***,,uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser; denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat.***"

Wie aber beurteilt Revisionist Gerns den KBW? Die Politik des KBW dient nur ,,*objektiv der Reaktion*". Zwar sei auch die Politik des KBW ,,*antisowjetisch, antikommunistisch*" (richte sich also gegen den russischen Sozialimperialismus und gegen die revisionistische D,,K''P), allerdings sei das ,,*für im Klassenkampf noch wenig erfahrene junge Menschen*" ,,*nicht so offensichtlich, wie bei anderen maoistischen Gruppen*". **Wahrhaftig ist diese Schmeichelei der modernen Revisionisten, der Todfeinde der Revolution, keine Sache, derer man sich noch rühmen sollte!** ,,***Ich bin der Meinung***", heißt es bei Mao Tsetung, ***,,daß es für uns — sei es für den einzelnen, für eine Partei, eine Armee oder eine Schule — schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht, denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, daß wir mit dem Feind unter einer Decke stecken.***" **Das sollte jeder Genosse des KBW einmal gründlich durchdenken.**

Zweifellos sind diese Diskussionsveranstaltungen nicht ein ,,Erolg" des KBW und seiner Politik, sondern Ausdruck dessen, daß die modernen Revisionisten Hoffnungen hegen, den KBW ins Lager des Revisionismus, ins Lager der Konterrevolution zu ziehen: ,,Um diese Mitglieder und Anhänger des KBW wollen wir ringen. Sie wollen wir überzeugen. Für sie sind wir jederzeit zur Diskussion bereit", betonte Gerns. Und wem das noch nicht deutlich genug ist, der sollte in den Diskussionsprotokollen, die die Revisionisten herausgegeben haben, noch einmal nachlesen, daß die modernen Revisionisten für eine Zusammenarbeit ganz klar Bedingungen an die KBW-Führung stellen: Keine Entlarvung mehr der Sowjetunion und der DKP. Man müsse sich ,,*revidieren*", heißt es da. Soll vielleicht jemand glauben, dieses Angebot käme aus heiterem Himmel? Warum ist uns denn bisher noch nie ein solches Angebot zugegangen? Weil die Revisionisten genau wissen, daß sie bei der KPD/ML da auf Granit beißen. Doch die Genossen der KBW sollten sehr wachsam sein über die weitere Entwicklung ihrer Organisation!

## *Der KBW betreibt eine Politik der Versöhnung*

Es ist also kein Zufall, daß die modernen Revisionisten die ,,Diskussion" mit dem KBW suchen und es ist erst recht kein ,,Erfolg" des KBW, sondern eher die logische Konsequenz aus der Politik des KBW. Wer den Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus versöhnen will, der weckt natürlich die Aufmerksamkeit der D,,K''P-Revisionisten (was ebenso für den KABD zutrifft).

Am ehesten zu durchschauen ist dieses Versöhnlertum in der Frage der Aktionseinheit mit dem modernen Revisionismus. Der Standpunkt der Marxisten-Leninisten in dieser Frage ist eindeutig, und wir meinen, daß die albanischen Genossen den Kern der Frage treffen, wenn sie feststellen: ,,*Im Kampf gegen den Imperiailsmus kann es nur Einheit geben, nämlich die Einheit mit den Marxisten-Leninisten und mit allen Kräften, die auf richtigen antiimperialistischen Positionen stehen und das mit Tatsachen und nicht nur mit Worten zeigen. Aber nie kann es eine Einheit mit den Revisionisten, die eine Ausgeburt des Imperialismus sind und ihm dienen, geben.*" Wie aber ist die Haltung des KBW dazu? Immer wieder hat der KBW Aktionseinheiten mit der KPD/ML abgelehnt, weil die KPD/ML entschieden zurückwies, in die Aktionseinheit auch die modernen Revisionisten oder Trotzkisten einzubeziehen. Was kann deutlicher die Position des KBW zum Ausdruck bringen, als sein Vorgehen, mit den Marxisten-Leninisten Aktionseinheiten abzulehnen, um freie Hand für die Aktionseinheit mit dem modernen Revisionismus zu haben? Aber die Führung des KBW sollte die Revisionisten nicht unterschätzen — sie geben sich nicht mit Versöhnlertum zufrieden, sie wollen eine vollständige Revision, vollständige Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Und so müssen sich denn die KBW-Führer sogar den Hohn der Revisionisten gefallen lassen: ,,*Der KBW bezeichnet, wie ich das in meinem Einleitungsreferat zitiert habe, die DKP als Agentur und fünfte Kolonne des ,sowjetischen Sozialimperialismus'. Die chinesischen Führer sagen, die Sowjetunion sei die gefährlichste und aggressivste imperialistische Macht. Mehr noch, sie sei eine faschistische Diktatur vom Schlage Hitler-Deutschlands. Wie verkommen muß man eigentlich sein, wenn man mit der Agentur einer solchen Macht Aktionseinheit machen will?*" **Der KBW ist dem Revisionisten Gerns bis heute darauf die Antwort schuldig geblieben.**

Die Position des KBW, den Marxismus-Leninismus mit dem modernen Revisionismus zu versöhnen, zeigt sich deutlich auch in der Frage des demokratischen Kampfes, den der KBW in den Mittelpunkt seiner gesamten Tätigkeit gestellt hat. Zweifellos hat der Kampf um Demokratie große Bedeutung. Die entscheidende Frage aber ist, wie man diesen Kampf führt. Lenin sagt dazu: ,,***. . . man muß alle diese Forderungen nicht reformistisch, sondern revolutionär entschieden formulieren, sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken, sondern diesen Rahmen zerbrechen, sich nicht mit dem parlamentarischen Auftreten und äußerlichen Protesten begnügen, sondern die Massen mit in den Kampf hineinziehen, den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm auf die Bourgeoisie verbreiten und anfachen, das heißt ihn zur sozialistischen Revoution, die die Bourgeoisie expropriiert*** (enteignet), ***führen.***" Das bedeutet Unterordnung des Kampfes um Demokratie unter den Kampf für den Sozialismus, bedeutet, im demokratischen Kampf die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen auf revolutionärer Grundlage zusammenzuschließen und im Geist der proletarischen Revolution zu erziehen.

Wie aber geht der KBW an diese Frage heran? In Worten erkennt er die Unterordnung der demokratischen Aufgaben unter die sozialistischen an. Doch wie sieht das in der Praxis aus? Beispiel dafür ist der Kampf gegen den § 218. Hat der KBW, der in dieser Bewegung breit arbeitete, vor allem die Notwendigkeit hineingetragen, sich für die proletarische Revolution zusammenzuschlhießen, die letztlich allein die Unterdrückung der Frau beseitigen kann? In der Propaganda des KBW hat dies kaum eine nennenswerte Rolle gespielt.

Statt den Schwerpunkt auf die Frage des Auswegs durch die sozialistische Revolution zu legen, propagierte der KBW als Ausweg den Volksentscheid: Nicht das Bundesverfassungsgericht, sondern das Volk solle über den § 218 entscheiden. Daß dies eben darauf hinausläuft, Illusionen über den demokratischen Kampf zu verbreiten, Schindluder damit gegen die proletarische Revolution zu betreiben, zeigt nur allzu deutlich ein ,,Protestbrief" von Kreuznacher KBW-Mitgliedern an unsere Partei, in dem es zum Volksentscheid heißt: ,,*Volksentscheid bedeutet vor allen Dingen Entmachtung des bürgerlichen Staatsapparates. Wenn auch vorerst in einzelnen Fragen.*" Eben das ist das Ergebnis des ,,demokratischen Kampfes" des KBW: Entmachtung des bürgerlichen Staatsapparates nicht mehr durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie und die Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates, sondern Schritt für Schritt Einschränkung durch den Volksentscheid! Das ist der Kern dieser Propaganda, das ist das Versöhnlertum des KBW.

Doch auch in dieser Frage mußte der KBW bei seinen Diskussionen mit der D,,K''P erfahren, daß Versöhnlertum sich bitter auszahlt: Wiederum höhnten die modernen Revisionisten über den KBW und seine Illusionspolitik. Wie gefährlich derartige Zugeständnisse an den modernen Revisionismus sind, zeigte sich darin, daß die D,,K''P-Revisionisten sogleich anhand der Illusionspolitik des KBW sich als ,,konsequentere" Partei hinzustellensuchten, da sie doch „realistische Forderungen" stellen würde. Gemeint ist damit nichts anderes, als daß ihre ,,realistischen Forderungen" von vornherein mit der Kapitalistenherrschaft vereinbar sind und ihr sogar dienen — insofern sind die modernen Revisionisten in der Tat ,,noch konsequenter". **Hier zeigt sich, wie der Opportunismus den modernen Revisionismus nicht nur schont, sondern ihm sogar äußerst dienlich ist.**

## *Marxismus-Leninismus oder moderner Revisionismus*

Wer die Grundlagen des Marxismus-Leninismus verläßt, wer die Aussöhnung mit dem modernen Revisionismus betreibt — wie sollte der sie gegen die modernen Revisionisten verteidigen können? Das Vorgehen des KBW gegen die modernen Revisionisten bei der Bremer Veranstaltung hat bewiesen, daß das unmöglich ist. So griffen die Genossen des KBW die Steigerwald und Co. nicht als Konterrevolutionäre an und entlarvten deren vollständige Abkehr vom Marxismus-Leninismus, sondern sie beschränkten sich darauf, ,,nachzuweisen", daß die Politik der D,,K''P ***,,nicht taugt zur*** *erfolgreichen Vertretung der Interessen der Massen . . .*" (obwohl die Politik der Revisionisten gerade eine solche Politik zu **sabotieren** sucht), daß sie ***,,nicht geeignet ist, nicht dazu führt****, daß die proletarische Staatsmacht errichtet, der Kapitalismus beseitigt wird*" (obwohl es in Wahrheit das Ziel der D,,K''P-Revisionisten ist, durch sozialfaschistische Terrorherrschaft den Kapitalismus gewaltsam aufrechtzuerhalten), daß die D,,K''P-Politik stattdessen ,,*zur Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Herrschaft der Kapitalistenklasse* ***führt***" (statt zu entlarven, daß diese Politik dies genau **beabsichtigt**). Dieses Vorgehen bedeutet, nicht die entscheidende Frage — Marxismus-Leninismus oder moderner Revisionismus — zu stellen, sondern die Widersprüche zu verschleiern, den konterrevolutionären Charakter des modernen Revisionismus zu verharmlosen.

Die KBW-Genossen geben sogar offen zu, die Fragen nicht grundsätzlich aufwerfen zu wollen. In einem Flugblatt zur Diskussionsveranstaltung mit den Revisionisten in Tübingen heißt es: ,,*Wir sind überhaupt nicht gegen Auseinandersetzungen mit anderen* (!) *Auffassungen!*" ,,*Wir sind allerdings gegen allgemeine Grundsatzdebatten.*" Damit bestätigt der KBW direkt, ganz im Sinne des Revisionismus Togliatti, die modernen Revisionisten zu schonen. Die albanischen Genossen schrieben dazu 1964: ,,***Um die völlige Entlarvung des Revisionismus zu vermeiden, fordert er, daß man die Polemik von den prinzipiellen Fragen entferne und sie auf unwichtige Diskussionen, auf Fragen des Alltags konzentriere.***" **Und die albanischen Genossen schreiben weiter dazu:** ***,,Mit diesem Vorschlag wirft Palmiro Togliatti eine sehr gefährliche Idee auf . . . Die auf prinzipienfester Basis geführte Polemik ist der sichere Tod für die Revisionisten, weil sie die flagrante Entfernung der Revisionisten von den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus offen zeigt, weil sie ihr wahres Gesicht als Renegaten enthüllt.***"

Es ist offensichtlich: Die angeblichen Erfolge des KBW im Kampf gegen den modernen Revisionismus sind nur Scheinerfolge. Tatsächlich befinden sich die Genossen des KBW in einer engeren Umarmung des Revisionismus als zuvor: Die Absicht der D,,K''P-Revisionisten, in der marxistisch-leninistischen Bewegung Fuß fassen zu wollen, ist vom KBW nicht nur nicht zurückgeschlagen worden, sondern verharmlost und gedeckt worden.

Dies zu erkennen, sich aus dieser revisionistischen Umarmung zu lösen, die Angriffe des modernen Revisionismus zurückzuweisen und einen entschiedenen Trennungsstrich zum Revisionismus zu ziehen — das ist die Aufgabe der Genossen im KBW. Ob sie diese Aufgabe wahrnehmen, davon hängt in entscheidendem Maße die weitere politische Entwicklung des KBW ab. Denn im Kampf für den Marxismus-Leninismus, auf prinzipienfester Grundlage dem modernen Revisionismus den Tod zu bereiten, das kann nur geschehen im Kampf gegen den vorherrschenden Opportunismus im KBW, gegen die Politik der Versöhnung von Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus.

## Die Verfassung des Demokratischen Kambodscha

# Die Errungenschaften der Revolution werden gefestigt

**Am 5. 1. 76, knapp ein dreivierteljahr nach dem Sieg im Befreiungskampf und in der Revolution, verkündete der Informations- und Propagandaminister Hu Nim über den Sender „Stimme der Nationalen Einheitsfront Kampucheas" den Wortlaut der neuen Verfassung. Diese Verfassung von Kambodscha, das ab sofort den Namen „Demokratisches Kambodscha" trägt, ist ein großer Sieg bei der Konsolidierung der Volksmacht und beim Wiederaufbau des Landes. In knapper Form legt sie die Herrschaft der Arbeiter, Bauern und der übrigen Werktätigen fest, umreißt die politische, wirtschaftliche und kulturelle Ordnung, bestimmt die Rechte und Pflichten jedes Staatsbürgers und gibt die Prinzipien für die revolutionäre Außenpolitik des Demokratischen Kambodscha an. Diese Verfassung ist ein schwerer Schlag gegen alle, die noch darauf hofften, den jungen Staat durch Aggression und Sabotage zerstören zu können.**

Das Volk war es, das in Kamdodscha die ausländischen Imperialisten im langdauernden Volkskrieg bekämpfte und vertrieb, und in der nationaldemokratischen Revolution die einheimischen Reaktionäre der Lon Nol-Clique stürzte und ihren Staatsapparat zerschlug. Die Arbeiter, Bauern und Soldaten waren es, die den Aufbau eines neuen Kambodscha unter unendlichen Opfern in die Hand nahmen, die schon zur Zeit des Volkskrieges darangingen, einen neuen, demokratischen Staat zu schaffen, die Volkswirtschaft aufzubauen. Dabei errangen sie so großartige Erfolge, daß schon heute, noch nicht ein Jahr nach der Befreiung, die Volksmassen besser leben können als unter der Herrschaft der alten, korrupten Ausbeuterklasse. Und so ist diese neue Verfassung nicht nur ein Ausdruck des Triumphes über den US-Imperialismus, sondern zugleich, wie es in ihrem Untertitel heißt, Ausdruck *„der grundlegenden und geheiligten Hoffnungen der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen, der Kämpfer und Kader der revolutionären Armee von Kambodscha."* Sie beginnt mit den Worten:

***„In Anbetracht der entscheidenden Rolle, die das Volk, insbesondere die Arbeiter, die armen und mittleren Bauern sowie die anderen werktätigen Schichten in Stadt und Land, die mehr als 95% der gesamten Nation von Kambodscha ausmachen, gespielt haben, die die schwerste Last im Krieg um die Befreiung der Nation und des Volkes getragen haben, die unaufhörlich die größten Opfer an Leben, Gut und Gefühlen brachten, um der Front zu dienen, die ohne Zögern ihre Kinder und Gatten zu zehn- und hunderttausenden auf das Schlachtfeld schickten;***

***in Anbetracht der ungeheuren Opfer, die die drei Kategorien der revolutionären Armee von Kambodscha gebracht haben, die in den heißen Flammen des Krieges um die Befreiung der Nation und des Volkes tapfer kämpften, bei Tag und bei Nacht, in der Trockenperiode und in der Regenzeit, die alle Schwierigkeiten und Entbehrungen auf sich nahmen, auch wenn es ihnen an allem fehlte, an Medikamenten, Kleidung und Munition;***

***in Anbetracht der Hoffnungen des gesamten Volkes von Kambodscha, und der gesamten revolutionären Armee von Kambodscha, die ein unabhängiges, vereintes, friedliches, neutrales, blockfreies Kambodscha wünschen, das souverän ist in seiner territorialen Integrität, wo eine Gesellschaft besteht, in der Glück, Gleichheit, Gerechtigkeit und wahre Demokratie herrschen, in der es weder arm noch reich, weder ausbeutende noch ausgebeutete Klassen gibt, eine Gesellschaft, in der das ganze Volk einträchtig in der großen nationalen Gemeinschaft zusammenlebt und sich zusammenschließt um teilzunehmen an der Produktionsarbeit, am Aufbau und der Verteidigung des Landes;***

***in Anbetracht der Beschlüsse des Außerordentlichen Nationalkongresses, der am 25., 26. und 27. April 1975 abgehalten wurde, der feierlich erklärte, daß er die obengenannten Wünsche des ganzen Volkes und der gesamten Armee von Kambodscha anerkennen und respektieren werde;***

*legt die Verfassung von Kambodscha folgendes fest:*

*Artikel I:*

*Der Staat Kambodscha ist ein unabhängiger, vereinter, friedlicher, neutraler, blockfreier, demokratischer Staat, souverän in seiner territorialen Integrität.*

*Der Staat Kambodscha ist der Staat der Arbeiter, Bauern und aller anderen Schichten der Werktätigen von Kambodscha.*

*Er trägt die offizielle Bezeichnung „Demokratisches Kambodscha."*

Mit diesen Sätzen, in denen die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes, das fünf Jahre lang bewaffnet kämpfte, zur obersten Richtschnur für den neuen Staat erklärt werden, ist bereits das Wichtigste gesagt. Kambodscha ist ein Staat, in dem das Volk die Macht in den Händen hält. Das Volk hat sich in den Besitz aller Produktionsmittel gesetzt (Artikel 2 der Verfassung:

*„Alle wichtigen Produktionsmittel sind kollektives Eigentum des Volksstaates und kollektives Eigentum des gesamten Volkes"*) und es hat den Aufbau und die Verteidigung seines Staates entschlossen in die Hand genommen. So gehört es zu den Rechten und Pflichten jedes Kambodschaners, *„das Land gemäß seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten aufzubauen und zu verteidigen."* (Artikel 9). Dabei wenden Volk und Staat, wie es in Artikel 4 heißt, das *„Prinzip kollektiver Führung und kollektiver Arbeit an."*



**Die Solidaritätsgruppen zur Steigerung der Produktion kämpfen mit großem Eifer für die Errichtung von Dämmen.**

Man sieht: Diese Prinzipien der Volksdemokratie sind nicht grundsätzlich neu. Schon während des Befreiungskrieges organisierte das Volk in den befreiten Gebieten unter Führung der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) die staatliche und wirtschaftliche Ordnung auf eben dieser Grundlage. Fabriken und Äcker lagen in der Hand des Staates und somit des gesamten Volkes. Die Produktion war kollektiv organisiert. So arbeiteten z.B. die Bauern in den befreiten Gebieten in den Gruppen gegenseitiger Hilfe zur Steigerung der Produktion zusammen. Auch der Aufbau und die Verteidigung der befreiten Gebiete war Aufgabe jedes einzelnen Arbeiters, Bauern und Soldaten. Damals zeigte sich auch: in einer solchen Gesellschaft, wo die Ausbeuterklassen, die Unterdrücker geschlagen sind, wird Elend und Arbeitslosigkeit überwunden. Diese Herrschaft, die Volksdemokratie, ist nach der vollständigen Befreiung jetzt im ganzen Land durchgesetzt. So kann Artikel 9 der Verfassung über die Rechte und Pflichten der Bürger stolz festlegen:

*„Jeder Bürger von Kambodscha genießt das Recht auf materielles, geistiges und kulturelles Leben, für das sich die Voraussetzungen ständig verbessern. Jedem Bürger von Kambodscha sind alle Existenzmittel zugesichert.*

*Jeder Arbeiter ist Herr der Fabriken.*

*Jeder Bauer ist Herr der Reisfelder und der Äcker.*

*Alle anderen Werktätigen haben das Recht auf Arbeit.*

*Es gibt im demokratischen Kambodscha keine Arbeitslosigkeit.*

*Im Rahmen der großen nationalen Einheit zur gemeinsamen Verteidigung und zum gemeinsamen Aufbau des Landes besteht unter den Bürgern von Kambodscha vollkommene Gleichberechtigung in einer Gesellschaft, in der Gleichheit, Recht, Demokratie, Harmonie und Glück herrschen. Mann und Frau sind in allen Bereichen gleichberechtigt."*

Aber nicht nur den Bereichen der Politik und der Wirtschaft widmet die neue Verfassung große Aufmerksamkeit. Auch der kambodschanischen Kultur, die die US-Imperialisten und ihre Lakaien jahrelang zu unterdrücken versuchten, wird in der neuen Verfassung ihre volle Bedeutung für Aufbau und Verteidigung der Volksdemokratie zugewiesen: *„Die Kultur des demokratischen Kambodscha hat nationalen, volkstümlichen und gesunden Charakter und steht im Dienste der Verteidigung und des Aufbaus eines täglichen blühenderen Landes."*

Ein Staat wie Kambodscha jedoch, wo Demokratie für das Volk herrscht, ist immer zugleich auch eine Diktatur — die Diktatur über die alten Ausbeuter, gegen die Feinde des Volkes im Inneren und im Ausland. So legt die neue Verfassung ausdrücklich fest, daß Feinde des Staates, in welchen Bereichen sie auch auftauchen mögen, bekämpft werden müssen, um die neue Gesellschaft zu schützen. *„Feindliche und destruktive Tätigkeiten, die den Volksstaat gefährden, werden mit den schwersten Strafen belegt"*, heißt es in Artikel 7, während zugleich Vergehen des Volkes gegen das Gesetz *„im Rahmen der Staatsmacht und der Organisationen des Volkes als Erziehungsfälle"* behandelt werden sollen. Auch in den Bereichen der Kultur und der Religion sagt die Verfassung allen Schädlingen und Volksfeinden den Kampf an: *„Die neue Kultur bekämpft entschlossen die verdorbene und reaktionäre Kultur der verschiedenen Ausbeuterklassen, des Kolonialismus und Imperialismus in Kambodscha* (Artikel 3). Und während jedem Kambodschaner das Recht auf freie Religionsausübung zugesichert wird, heißt es ausdrücklich: *„Religionen, die das demokratische Kambodscha und das Volk bedrohen, sind streng verboten."* (Artikel 20). Auch die Aufgaben der Armee werden ausdrücklich bestimmt als solche der Verteidigung und des Aufbaus des Landes: *„Die revolutionäre Armee von Kambodscha hat drei Kategorien: reguläre, regionale und Guerilla-Einheiten. Sie ist eine Volksarmee, deren Kämpfer, Kämpferinnen und Kader Söhne und Töchter der Arbeiter, Bauern und der übrigen Werktätigen sind. Sie verteidigt die Volksmacht in Kambodscha, das unabhängige, vereinte, friedliche, neutrale, blockfreie und souveräne Kambodscha, das demokratisch ist in seiner territorialen Integrität, und nimmt gleichzeitig teil am Aufbau eines täglich ruhmvolleren Landes, an der ständigen Steigerung des Lebensniveaus des Volkes, das immer besser wird."*

Die gleichen Prinzipien, die für die Volksmacht im Innern gelten, bestimmt die Verfassung auch für die Außenpolitik: Freundschaft und Einheit mit allen Freunden des Volkes, aber unerbittlichen Kampf gegen alle, die danach streben, die alte Ausbeuterordnung wieder zu errichten und Kambodscha seine Unabhängigkeit zu rauben. Im letzten Artikel der Verfassung heißt es: ***„Das demokratische Kambodscha ist entschlossen, mit allen Ländern, mit denen es gemeinsame Grenzen hat, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, sowie mit allen Ländern der Welt, ob nah oder fern, und zwar auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität.***

***Das demokratische Kambodscha verfolgt eine Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Blockfreiheit. Es wird in keinem Fall einem anderen Land die Errichtung von Militärstützpunkten auf seinem Territorium gestatten; es widersetzt sich entschlossen jeder fremden Einmischung in seine inneren Angelegenheiten; es bekämpft entschieden alle subversiven und aggressiven Akte von außen, ob sie militärischer, politischer, kultureller, wirtschaftlicher, sozialer, diplomatischer Natur seien, oder sich unter der Form der sogenannten humanitären Hilfe tarnen..."*** (Artikel 16)

Daß die Arbeiter, Bauern, Soldaten und die übrigen Werktätigen die Macht im Demokratischen Kambodscha haben, das zeigt sich auch in der Regierung, Verwaltung und Rechtssprechung des jungen Staates. Die oberste Regierungsgewalt liegt in den Händen der Vertreter der Arbeiter, Bauern und Soldaten, der „Versammlung der Volksvertreter von Kambodscha". Alle 5 Jahre wird dieses Regierungsorgan gewählt — die ersten Wahlen sind für den 20. März ausgeschrieben. Die Bauernschaft entsendet 150, die Arbeiter und anderen Werktätigen 50 und die revolutionäre Armee ebenfalls 50 gewählte Vertreter in die Versammlung der Volksvertreter. Sie erläßt die Gesetze, sie setzt die Regierung und die Justizorgane ein und kontrolliert sie. Auch das Präsidium des Staates, das sich aus dem Präsidenten und seinem ersten und zweiten Stellvertreter zusammensetzt, wird von ihr eingesetzt.

**Die Verfassung des Demokratischen Kambodscha zeigt, daß nicht nur im langdauernden Volkskrieg die US-Imperialisten und ihre Lakaien aus dem Land vertrieben wurden und ein Volk seine nationale Unabhängigkeit erkämpfte. Sie ist auch ein Dokument dafür, daß die volksdemokratische Revolution in Kambodscha siegreich durchgeführt wurde, und daß das Land vorwärtsschreitet, hin zum Sozialismus.**

# Zwei Räuber, die sich um die Beute streiten

Fortsetzung von Seite 1

**der am 15. Januar unterzeichnet wurde, war das Ergebnis des bewaffneten Kampfes des angolanischen Volkes und wurde möglich, weil die drei Befreiungsorganisationen gemeinsam auftraten und handelten.** Angola ist ein reiches Land von großer strategischer Bedeutung.

Mit der Unterzeichnung des Abkommens von Alvor hatten die US-Imperialisten, die hauptsächlichen Unterstützer und Finanziers der portugiesischen Kolonialisten, eine große Niederlage erlitten. Die russischen Sozialimperialisten aber, die schon lange ein Auge auf Angola geworfen hatten, witterten Morgenluft, sich an der Stelle der alten Imperialisten als neue imperialistische Blutsauger in Angola breit zu machen.

Heute stehen auf Befehl der russischen Sozialimperialisten über 11000 kubanische Soldaten in Angola. Waffen und Ausrüstungen im Wert von über 300 Mio. Dollar wurden in das Land geschafft. Eintausend russische „Berater" nehmen an den Kämpfen teil und vor den Küsten kreuzen sowjetische Kanonenboote. Auf den Haß des angolanischen Volkes und der Völker der ganzen Welt auf den US-Imperialismus und die südafrikanischen Rassisten spekulierend erklären sie: *„Wir helfen dem angolanischen Volk, sich vom Imperialismus zu befreien, unsere Hilfe ist uneigennützig, vom Geist des proletarischen Internationalismus getragen."* In Wirklichkeit sind das Lügen, um die eigene imperialistische Aggression zu vertuschen. Einige Tatsachen:

1974, als der Befreiungskrieg des angolanischen Volkes in einer schwierigen Lage war, stellte die Sowjetunion die Militärhilfe, die sie bis dahin der MPLA gegeben hatte, am Neujahrstag mit einem Schlag ein. Nach der Unterzeichnung des Vertrages von Alvor aber begannen sie Waffen und Ausrüstungen vorher nie dagewesenen Ausmaßes an die MPLA zu liefern, gleichzeitig eine Propagandakampagne gegen FNLA und UNITA zu beginnen und die MPLA anzustiften, die alleinige Macht zu übernehmen. „Teile und herrsche", diese alte imperialistische Devise — das war die Politik der russischen Sozialimperialisten.

**Wahrhaft internationalistisch und revolutionär war dagegen die Politik der VR China. Nach der Unterzeichnung des Abkommens von Alvor stellte sie die militärische Unterstützung an die Befreiungsorganisationen ein, behandelte alle drei Befreiungsorganisationen gleich, bevorzugte weder die einen noch die anderen und unterstützte alles, was der Einheit des angolanischen Volkes in seinem Kampf gegen den Imperialismus nützte. Die VR China unterstützte auch die Beschlüsse der Organisation der Afrikanischen Einheit, in denen zur Beilegung der Differenzen, der Einstellung des Krieges und zum Abzug aller ausländischen Truppen aufgerufen worden war. Die russischen Sozialimperialisten versuchten jedoch mit allen Mitteln die OAU zu spalten, die Anerkennung der MPLA zu erzwingen und scheute dabei selbst vor Erpressung und Bestechung nicht zurück.**

Die Einmischung und Aggression der russischen Sozialimperialisten hat auch die US-Imperialisten nicht ruhen lassen und sie haben ebenfalls ihre Einmischung verstärkt, Söldner, Agenten und Waffen geliefert und nicht zuletzt die südafrikanischen Rassisten angestiftet, Angola zu überfallen und, wenn schon nicht alles erobert werden kann, sich wenigstens einen Teil zu sichern.

In Angola zeigt sich klar, was von der Parole über die „Entspannung in der Welt" zu halten ist, die die beiden Supermächte und vor allem die russischen Sozialimperialisten predigen. In Wirklichkeit ist es so, daß die beiden Supermächte überall auf der Welt miteinander rivalisieren, Unruhe stiften, die Spannungen erhöhen und um Einflußsphären, d. h. um die Unterjochung anderer Völker, letzten Endes um die Weltherrschaft kämpfen. Dies wird unvermeidlich zum Krieg zwischen ihnen führen.

Die beiden Supermächte sind die größten Unterdrücker und Räuber der Nationen. Kein Volk, keine Nation, das um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, kann sich im Kampf gegen die eine auf die andere stützen. Nur der entschlossene Kampf gegen beide, gegen alle imperialistischen und kolonialistischen Interventionen und Aggressionen, kann auch dem angolanischen Volk Freiheit und Unabhängigkeit bringen.

# DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

### Radio Tirana interviewt Genossen Osvaldo

## Über den Kampf der RKP Uruguays

**Auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens stattete vor kurzem eine Delegation der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays (RKPU) Albanien einen Freundschaftsbesuch ab. Aus diesem Anlaß sendete Radio Tirana am 26. Januar ein Interview mit Genossen Osvaldo vom ZK der Revolutionären KP Uruguays, das wir im folgenden abdrucken.**

„Uruguay", **betonte Genosse Osvaldo**, „erlebt heute die finsterste Periode seiner Geschichte. Der Staatsstreich vom Juli 1973 brachte dem Vaterland eine blutige und das Vaterland verkaufende Militärdiktatur. Sie hat für die Familien der Werktätigen Elend gebracht, alle demokratischen Freiheiten beseitigt. Sie hat die Söhne des Volkes gemordet und gefoltert und das Land den US-Imperialisten zur Verfügung gestellt. Die Auslandsschulden haben eine Mrd. Dollar überschritten. Der Reallohn der Werktätigen ist in diesen Jahren auf die Hälfte gesunken, und die Inflation erreichte nach offiziellen Angaben die Rekordzahl von 110%. Wegen der Arbeitslosigkeit und der politischen Verfolgung sind mehr als 800000 Uruguayer ausgewandert, aus einem Land, dessen Bevölkerung nur zweieinhalb Millionen zählt. Im Land herrscht eine wilde, politische Unterdrückung und die vom Volk im Kampf errungenen demokratischen Freiheiten sind beseitigt. Die Kräfte des Regimes verhaften willkürlich Mitglieder politischer und gewerkschaftlicher Organisationen sowie gewöhnliche Bürger, die unbeschreiblichen Foltern ausgesetzt sind. Es gibt mehr als 7000 politische Gefangene und Dutzende Patrioten wurden in den Gefängnissen des Regimes ermordet.

Doch wo Unterdrückung herrscht, gibt es Widerstand. Eine äußerst tiefe Empörung brodelt im uruguayischen Volk, das stets für ein freies und souveränes Vaterland gekämpft hat. So beantwortete die Arbeiterklasse den Staatsstreich mit einem 15 Tage dauernden Generalstreik, der zur Besetzung von Fabriken und zu Demonstrationen auf den Straßen führte. Von dem Augenblick an dauerte der Volkswiderstand gegen die Diktatur trotz der bestehenden brutalen Unterdrückung in verschiedenen Formen ununterbrochen an. Es fanden Streiks in verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen sowohl für Lohnerhöhungen als auch gegen arbeiterfeindliche Angriffe statt. Ebenso fanden Demonstrationen des Volkes am 1. Mai 1974 sowie 1975 statt, trotz der Drohungen der Diktatur und ihrer Bemühungen, sie zu unterbinden.

Im allgemeinen ist die heutige politische Situation in Uruguay von zwei Hauptcharakteristiken gekennzeichnet: Einerseits stürzt die Diktatur von einer Krise in die andere. Sie ist vom Volk isoliert, hat keine Unterstützung bei ihm und wird von inneren Widersprüchen zerfressen. Andererseits konsolidieren das Volk und die fortschrittlichen Kräfte ihren Kampf, sie suchen den Weg auf dem sie die das Vaterland verkaufende Diktatur zerschlagen werden. Der Generalstreik zeigte die große Kraft der Volksbewegung. Die RKP Uruguays analysierte die Ereignisse selbstkritisch und bekämpfte die opportunistischen Tendenzen, die es verhinderten, daß sie sich an die Spitze dieses mächtigen Streiks stellte.

Eine der revolutionären Kräfte, die gegen die Diktatur kämpft, ist die *Union A. de Liberacion*, eine revolutionäre Allianz mit einem demokratischen und antiimperialistischen Programm. Die RKP Uruguays unterstützt diese Front und ihr Programm und stellt allen fortschrittlichen Kräften und gesellschaftlichen Klassen die dem das Vaterland verkaufenden Regime entgegenstehen und die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, die Aufgabe, sich breit zusammenzuschließen. Die Partei bekämpft die Haltung der revisionistischen Führung, die kein Vertrauen in den Kampf der Volksmassen hat, sondern die versucht, in ihnen unnütze Illusionen zu wecken und den Kampf des Volkes zu schwächen. Die Volksmassen jedoch verstärken ihr Vertrauen in ihren Kampf und wenden sich von diesen opportunistischen Haltungen ab."

**Ferner sprach Genosse Osvaldo über die Hauptaufgabe, die sich der RKP Uruguays in der gegenwärtigen Situation stellen und über die Lehren, die sie aus den Schlägen, die sie von der Reaktion, dem Revisionismus und Trotzkismus erhalten hat, gezogen hat.**

„Die Hauptaufgabe ist, der Entfaltung des subjektiven Faktors der Revolution einen Anstoß zu geben, der im Vergleich mit den objektiven Faktoren zurückgeblieben ist. In erster Linie kämpfen die Marxisten-Leninisten für die Stärkung der Partei der Arbeiterklasse. Ebenso setzen sie sich für die Entwicklung der *Union A. de Liberacion*, der politischen Front der Massen ein, deren Ziel es ist, die faschistische pro-amerikanische Diktatur zu zerschlagen. Gleichzeitig wirken die Partei und die Front auf eine Reorganisierung der Arbeiterklasse hin, indem sie neue Organisationsformen für die Gewerkschaften initiieren und eine Linie für den Kampf ausgeben, die den Interessen der Arbeiterklasse dient, damit sie die Führung des Kampfes gegen die Diktatur, die Führung des demokratischen und antiimperialistischen Kampfes der breiten Volksmassen übernimmt."

**Genosse Osvaldo sagte weiter:** „Die Schläge, die uns der Feind versetzt hat, zeigen uns, daß nicht nur der Imperialismus und die Reaktion, sondern auch der Revisionismus und der Trotzkismus geschworene Feinde der Arbeiterklasse und des Volkes sind und daß sie nicht zögern, auf jede Art und Weise den Marxismus-Leninismus und die Revolution zu bekämpfen. So setzten die Revisionisten im Mai 1973 als die Partei einen entschlossenen Kampf gegen faschistische Elemente entfaltete, in ihrer Presse eine Kampagne gegen die marxistisch-leninistische Partei in Gang, wodurch sie versuchten, die Massen dem Einfluß der marxistisch-leninistischen Partei zu entziehen. Die trotzkistischen und revisionistischen Elemente, die in die RKP Uruguays eingedrungen waren, entfalteten eine versteckte Tätigkeit und versuchten, die Partei zu spalten und anschließend zu zerschlagen. Gleichzeitig war die RKP Uruguays Gegenstand der Angriffe der internationalen Reaktion, die mit der inneren Reaktion zusammenarbeitet. Das zeigt die Festnahme des Generalsekretärs der Partei, Genossen Mario Echenique in Argentinien unter Teilnahme der Polizei Uruguays, die ihn grausam folterte, wie auch die Festnahme weiterer Revolutionäre und Patrioten aus Uruguay in Argentinien.

Unter diesen Umständen hat die RKP Uruguays wichtige und wertvolle

**ÜBER DEN KAMPF DER RKP URUGUAYS**

Lehren gezogen, um die Wachsamkeit in der Partei zu erhöhen, die Regeln der Konspiration zu befolgen und der ideologischen Arbeit und der Schulung der Kader zu hohem politischem Bewußtsein große Aufmerksamkeit zu schenken, um die Arbeit unter den Volksmassen zu verstärken, sie eng zusammenzuschließen und so die Reihen der Partei durch entschlossene und opferbereite Kämpfer zu vergrößern.

Gleichzeitig ist die RKP Uruguays entschlossen, die freundschaftlichen Verbindungen, die Einheit und internationalistische Zusammenarbeit mit allen marxistisch-leninistischen Parteien zu verstärken, um der Bourgeoisie, dem Imperialismus und modernen Revisionismus, der ganzen Reaktion eine vereinte kommunistische und revolutionäre Bewegung entgegenzustellen, um Schulter an Schulter zu marschieren und wie mit einer einzigen Faust alle Feinde des Marxismus-Leninismus und der Revolution zu zerschlagen."

### Westsahara

## Das Volk kämpft für seine Befreiung

**Am 14. November letzten Jahres unterzeichneten die Regierungen von Spanien, Marokko und Mauretanien ein Abkommen, in dem sie die Aufteilung der ehemaligen spanischen Kolonie Saguiat el Hamra und Rio de Oro, der Westsahara, beschlossen. Seit dieser Zeit führt das Volk der Sahara, die Saharauis, mit dem Gewehr in der Hand einen erbitterten Krieg gegen seine Vernichtung, die Spaltung der Nation, ihre Unterjochung für seine nationale Befreiung und Unabhängigkeit.**

**Der Krieg, den das Volk der Sahara unter der Führung seiner Befreiungsorganisation FPOLISARIO gegen seine Unterdrücker führt, ist ein gerechter Krieg. Jedes Volk, jede Nation und sei sie auch noch so klein, hat ein Recht darauf, frei und unabhängig über ihr Schicksal selbst zu bestimmen und gegen seine Unterdrücker zu den Waffen zu greifen, um sich zu befreien.**

Das Volk der Sahara kämpft nicht erst seit dem 14. November mit der Waffe in der Hand. Es begann seinen nationalen Befreiungskrieg gegen die spanischen Kolonialherren vor mehr als fünf Jahren, stählte und erprobte sich im Kampf und brachte dem Feind einen Schlag nach dem anderen bei. Um den Befreiungskampf zu unterdrücken, wurde die Aufteilung beschlossen. Aber die Regimes von Mauretanien und Marokko, die geglaubt hatten, die Sahare im Handstreich zu erobern, sahen sich getäuscht. Von dem Tag an, wo ihre Truppen die Grenzen überschritten, fügten ihnen die Befreiungskämpfer große Verluste zu. In einem Kommunique der FPOLISARIO wird mitgeteilt, daß ihre Kämpfer allein seit dem 18. Januar 425 feindliche Soldaten getötet, 180 gefangengenommen haben und außerdem viele Waffen erbeuteten. In diesem Kommunique wird außerdem mitgeteilt, daß die marokkanischen Truppen grausame Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begehen. **Willkürliche Massenverhaftungen und Geiselerschießungen sind an der Tagesordnung. In den Flüchtlingslagern werden die Frauen und Kinder von der marokkanischen Luftwaffe mit Napalm bombardiert.** Die marokkanischen und mauretanischen Invasoren haben sich dadurch nur noch mehr den Haß des ganzen Volkes zugezogen, das angesichts solcher Verbrechen seine Entschlossenheit bis zum Sieg zu kämpfen, noch mehr erhöht.

Das Volk der Sahara kämpft gegen marokkanische und mauretanische Invasionstruppen, es kämpft gegen die spanischen Kolonialtruppen, die immer noch im Land stehen und den Invasoren zu Hilfe kommen. **Aber die Regie im Krieg gegen das Volk der Sahara führt der Imperialismus und vor allem der amerikanische Imperialismus.** Die Tatsache, daß die spanische Regierung auf Befehl Washingtons handelte, als sie den Vertrag über die Aufteilung der Sahara unterzeichnete, ist kein Geheimnis. Die amerikanischen Imperialisten sind die wirklichen Herren in Spanien, die die entscheidenden Sektoren der Wirtschaft des Landes kontrollieren, vier Stützpunkte und 10000 Besatzungssoldaten im Land haben und denen verschiedene Verträge Privilegien garantieren. Und nicht zuletzt besteht die jetzige spanische Regierung zu einem Großteil aus solchen Lakaien des US-Imperialismus, wie dem Außenminister Areilza, Mitglied der von Rockefeller gegründeten Hispanic Society, mit einer Enkelin Nelson Rockefellers verheiratet, Präsident der Rockefeller Bank Liga Financiera in Spanien usw. usf. Der König von Marokko, Hassan II. ist ebenfalls für seine ausgezeichneten Beziehungen zum US-Imperialismus bekannt, nicht umsonst besteht seine Armee aus amerikanischen Waffen, sind die Panzer, die in die Sahara einmarschierten und die Bomber, die die Flüchtlingslager bombardieren, amerikanischer Herkunft.

Die Sahara ist zwar ein kleines, aber sehr reiches Land. Im Norden, in der Gegend von Tarfaya gibt es reiche Erdölvorkommen und die zweitgrößten Phosphatlager der Welt. Diese Reichtümer werden von den internationalen imperialistischen Monopolen geplündert — und die amerikanischen sind dabei die ersten. **Gulf Oil, Mobil Oil, Esso, Texako, aber auch Rothschild und** ***Krupp*** **sind die größten Räuber.** Außerdem ist die Sahare strategisch günstig gelegen, und von hier zu den amerikanischen Stützpunkten auf den Kanarischen Inseln ist es nur ein Katzensprung.

**SPENDEN FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!**
**VORSTAND DER KPD/ML**
**— Spendenkonto —**
**Stadtsparkasse Dortmund**
**Kto-Nr. 321 004 547**
**Stichwort: KAMBODSCHA**

Die amerikanischen Imperialisten haben also ein Hauptinteresse daran, die nationale Befreiung und Unabhängigkeit der Sahara zu verhindern, mit der, wie es im Programm der FPOLISARIO heißt, die Bodenschätze nationalisiert würden, alle Formen des Kolonialismus beseitigt würden und sich die Sahara verpflichtet, alle Völker in ihrem Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Apartheit (Rassendiskriminierung — RM) zu unterstützen. Aber auch die französischen Imperialisten unterstützen die marokkanischen Invasoren mit Lieferung von Nahrungsmitteln, Kleidern, Waffen und, wie die Gefangennahme zweier Franzosen auf der Seite der marokkanischen Truppen zeigt, auch mit Menschen.

**Wir dürfen auch nicht vergessen, daß der westdeutsche Imperialismus, der an der Ausplünderung der Reichtümer der Sahara beteiligt ist, an einer unabhängigen Sahara kein Interesse hat, auch wenn sie sich jetzt nicht offen einmischen. Unsere Pflicht ist, den gerechten Krieg des Volkes der Sahara gegen seine Unterdrücker und ihre imperialistischen Oberherren für seine nationale Befreiung und Unabhängigkeit zu unterstützen.**

Das Volk der Sahara ist entschlossen, seine Freiheit zu erkämpfen und es wird, auch wenn es Schwierigkeiten und Rückschläge gibt, letzten Endes doch den Sieg erringen.

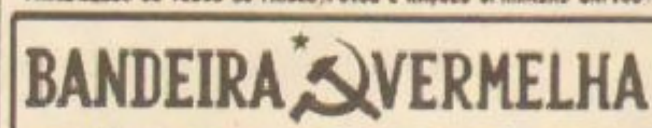
**Revolutionäre Zeitschriften für die ausländischen Kollegen:**



**Spanien**



**Italien**



**Portugal**



**Türkei**

**Bestellungen, auch anderer Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML und weiterer revolutionärer Zeitschriften befreundeter ausländischer Organisationen an: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

## HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

**RADIO TIRANA**

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE |
|---|---|
| **1. Programm** | |
| 13.00-13.30 | 32 m und 41 m (KW) |
| 16.00-16.30 | 32 m und 41 m (KW) |
| 19.00-19.30 | 41 m und 50 m (KW) |
| **2. Programm** | |
| 14.30-15.00 | 32 m und 41 m (KW) |
| 18.00-18.30 | 32 m und 41 m (KW) |
| 21.30-22.00 | 41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW) |
| **3. Programm** | |
| 6.00-6.30 | 41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW) |
| 23.00-23.30 | 41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW) |

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,30 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



**RADIO PEKING**

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE |
|---|---|
| 19.00-20.00 | 43,3m, 42,7m und 38,5m (KW) |
| 21.00-22.00 | ebenso |

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7 m entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

## 80.000 Opel in die Werkstätten beordert

# Bremsversagen jederzeit möglich

**In der letzten Zeit hat Opel 80000 brandeilige Briefe verschicken müssen, in denen alle Besitzer der Ascona- und Manta-Modelle, die seit September letzten Jahres ausgeliefert wurden, aufgefordert werden, ihre Wagen umgehend in eine Werkstatt zu schicken, um die Bremsen zu überprüfen.**

Der Grund für diese Aktion ist ein gefährlicher Fabrikationsfehler an den vorderen Bremsschläuchen. Wenn das Lenkrad stark eingeschlagen wird — wie es im Stadtverkehr jeden Tag vorkommt — scheuern die Vorderreifen an den Bremsschläuchen und wetzen sie mit der Zeit durch. Die Folgen lassen sich leicht vorstellen: Bremsversagen, Unfall. Opel hat natürlich sofort Beruhigungsmeldungen herausgegeben, wie das in solchen Fällen üblich ist. Es hieß, die Gefahr sei nicht sehr groß, da viele ungünstige Umstände zusammentreffen müßten. Es hieß weiter, daß nur ein kleiner Teil der ausgelieferten Wagen von dem Fabrikationsfehler betroffen sei.

Dagegen spricht jedoch, daß von September bis jetzt immerhin vier der betroffenen Wagen infolge von Bremsversagen verunglückt sind, zum Glück kamen dabei Menschen nicht zu Schaden. Dagegen spricht auch die Eile, mit der Opel jetzt, nachdem der Fabrikationsfehler bekannt wurde, alle Wagen in die Werkstätten gerufen hat.

**Ein zufälliger Fehler, ein Einzelfall?** Im Gegenteil, Fabrikationsfehler dieser Art sind in der kapitalistischen Gesellschaft keine Seltenheit. Denn für die Kapitalisten zählt nur der Höchstprofit. Auf der Jagd nach Höchstprofiten steigern sie die Ausbeutung, verschärfen sie die Akkordhetze ins Unerträgliche, wie zur Zeit bei Opel, rationalisieren sie die Betriebe durch. Darüberhinaus konstruieren sie Verschleißteile ein, machen z. B. das Blech der Autos immer dünner, um Kosten zu sparen usw. usf. Fehler der Art, wie sie jetzt bei Opel aufgetreten sind, sind in einem solchen System unvermeidlich.

Und in der Tat, ein Blick allein auf die Autoindustrie und ihre Zulieferer genügt. Ford mußte im vergangenen Jahr 30000 Autos in die Werkstätten rufen lassen. Grund: defekte Bremsschläuche. Ebenfalls im letzten Jahr mußten die Conti- und Metzelerreifenwerke nach einer Serie schwerer Unfälle mit mehreren Toten 40000 Reifen aus dem Verkehr ziehen. Bei dieser Gelegenheit wurde bekannt, daß in der Bundesrepublik in jedem Jahr 20000 Reifen durch Fabrikationsfehler zerstört werden. **Und so ließe sich die Liste weiterführen, Zeugnis des menschenfeindlichen kapitalistischen Ausbeutersystems.**

# Freispruch für schiesswütigen Regierungsdirektor

Im Mai 1975 lud Dr. Bekaan, Regierungsdirektor beim Deutschen Bundestag, zu einer Grill-party ein. Wegen einer Lappalie nahm diese Party ein furchtbares Ende. Weil sich seine Gäste über geplatzte Grillwürstchen und zu warmes Bier lustig machten, fuhr Dr. Bekaan zurück in seine Wohnung, holte eine Schrotflinte, eine Pistole, ein Luftgewehr und eine Kiste Munition und schoß mit der Schrotflinte wild hinter seinen Gästen her. 13 von ihnen wurden verletzt.

Was passiert mit einem „normalen Menschen", wenn er ein ganzes Waffenlager zu Hause hat und plötzlich wie wild um sich ballert? Er wandert ins Kittchen oder in die Irrenanstalt. Erst im letzten ROTEN MORGEN haben wir berichtet, daß ein Bauer 500 DM Strafe zahlen mußte, weil er NATO-Offiziere, die mit Hubschraubern auf seiner Wiese gelandet waren, mit einer Spielzeugpistole(!) bedrohte.

Dr. Bekaan aber passierte nichts. Er läuft weiter frei herum. Zwar wurde er vom Dienst suspendiert, aber sein Waffenlager blieb offensichtlich unangetastet. Ein Bonner Gericht sprach Dr. Bekaan frei, weil Gutachter Laakmann vom Landeskrankenhaus in Bonn bescheinigte, daß der Regierungsdirektor zur Tatzeit „unter seelischen Störungen gelitten" und deshalb unzurechnungsfähig gewesen sei. Eine Einweisung in eine psychiatrische Anstalt sei allerdings nicht erforderlich, da Bekaan keine „Gefahr für die Allgemeinheit darstelle". Der gleiche Gutachter Laakmann, der bei einem schießwütigen Regierungsdirektor „wissenschaftlich" Harmlosigkeit feststellt, hat vor anderthalb Jahren sieben Angeklagten bescheinigt, sie seien „dumpf-aggressiv" und durchaus eine Gefahr für die Allgemeinheit. Diese sieben Angeklagten hatten auf niemanden geschossen, niemanden verletzt. Sie hatten versucht, Teilnehmer einer Faschistenkundgebung zu vertreiben. Aber sie wurden alle sieben als „Gewalttäter" zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Moral: Bei uns gelten die gleichen Gesetze für alle, Kleine und Große. Das ist ein Prinzip unserer „freiheitlichen Demokratie". Aber die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen.



**Schrotkugeln an Schläfe und Stirn. Eines von 13 Opfern des schießwütigen Regierungsdirektors Dr. Heinrich Bekaan.**

# 52jährige Frau von US-Panzer getötet

**In dem kleinen Dorf Obermoschel in der Nähe von Bad Kreuznach ereignete sich vor kurzem ein grauenhafter Unfall, für den einzig und allein die US-Imperialisten verantwortlich sind. Obermoschel liegt in der Nähe von Baumholder, dem berüchtigten US-Truppenübungsplatz im Hunsrück. Dort wurde eine 52-jährige Frau von einem US-Panzer getötet.**

Tag für Tag rollt die amerikanische Besatzerarmee durch den kleinen Ort. Am Donnerstag den 29. Januar wurde ein 12 Tonnen schwerer, beschädigter Panzer von einem anderen Panzer durch Obermoschel geschleppt. Mitten im Ort löste sich der beschädigte Panzer und rollte über den Bürgersteig. Dabei wurde die 52jährige Frau frontal erfaßt und gegen eine Hauswand gedrückt. Sie war augenblicklich tot. Der US-Soldat, der den ersten Panzer gefahren hatte, merkte gar nichts davon, daß der beschädigte 2. Panzer sich gelöst hatte. Obwohl ihm andauernd Leute auf der Straße Zeichen machten, anzuhalten, hielt er es nicht für nötig, anzuhalten. So kam es, daß die Frau 2 Stunden zwischen dem Panzer und der Hauswand hing, bevor sie geborgen werden konnte.

Die näheren Umstände des Unfalls beleuchten noch mehr wie wenig es den US-Besatzern auf Menschenleben ankommt. Der beschädigte 12 Tonnen schwere Panzer war nur mit einer fingerdicken Verbindung an den ersten angehängt. Er hatte noch nicht einmal eine Besatzung. Kein Wunder, daß die Verbindung beim Abschleppen brach und die Frau erfaßt wurde.

Dieses grauenhafte Unglück hatte sich unter den 800 Einwohnern von Obermoschel in Windeseile herumgesprochen. Als die Frau beerdigt wurde, besaßen die US-Besatzer noch den Zynismus, am Grab eine Rede halten zu wollen. Die Verwandten untersagten dies jedoch. Aber sie hatten noch nicht die volle Schuld der US-Besatzer an dem Tod dieser Frau erfaßt, sonst hätten sie ebenso verbieten müssen, daß von diesen ein Kranz niedergelegt wurde.

Die Gefährlichkeit der ständig durch die enge Ortsdurchfahrt in Obermoschel durchfahrenden US-Militärfahrzeuge ist den deutschen Behörden zwar bekannt, aber auch für sie zählt ein Menschenleben aus dem werktätigen Volk nichts. So „erinnerte" sich erst nach dem Unfall der aus dem Wahlbezirk stammende Bundestagsabgeordnete an schon längst bestehende Pläne, eine Umgehungsstraße um das Dorf bauen zu lassen!

Sowohl für die US-Imperialisten als auch für den westdeutschen kapitalistischen Staat und die eigenen Interessen alles, für die Sicherheit der Werktätigen nichts.

**Amis raus aus Westdeutschland! Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!**




**Bereits seit geraumer Zeit kämpft die Bevölkerung der Gemeinde Pödeldorf, Landkreis Bamberg, gegen den Plan, einen US-Schießplatz in die Nähe ihrer Gemeinde zu verlegen. Das nebenstehende Plakat, an allen Ortseingängen angebracht, ist eines der Mittel, mit denen die Bevölkerung ihren Kampf führt.**

# Lockheed-Affäre: Ein Sumpf von Korruption

Fortsetzung von Seite 1

der staatlichen Fluggesellschaft KLM, wo er dafür sorgte, daß sie ebenfalls mit Lockheed-Flugzeugen ausgerüstet wurde. Als Aufsichtsratsmitglied der Fokker-Werke verschaffte er sich schließlich die Lizenz für den Serienbau der Starfighter für die niederländische und westdeutsche Luftwaffe. Dieses ehemalige SS-Mitglied, während des Krieges Vertreter des berüchtigten IG-Farben-Konzerns in Holland, ist gut bekannt mit Franz-Josef Strauß, der als damaliger Verteidigungsminister nach Angaben seines einstigen Freundes und Lockheed-Vertreters in der Bundesrepublik, Hauser, mit 10 Mio. Dollar dafür bestochen wurde, Lockheed den Auftrag der Ausrüstung der Bundeswehr mit dem Starfighter zuzuschanzen. Was er wie man weiß, ja auch getan hat.

Strauß streitet heute ab, jemals auch nur einen einzigen Pfennig erhalten zu haben. Tatsache aber ist, daß er ein guter Freund des Lockheed-Präsidenten Gross war. Tatsache ist auch, daß Strauß während seiner verschiedenen Reisen in die USA als Verteidigungsminister auf Lockheed-Spesen lebte, eingeschlossen seine Abenteuer in den Freudenhäusern von Los Angeles und San Francisco. Die Zeitschrift „Deutsches Panorama" hat im April 1966 im einzelnen enthüllt, daß Strauß log, als er behauptet hatte, Hauser zwischen 1945 und 1961, wo er ihn zufällig getroffen habe, nicht gesehen zu haben und auch keinen Kontakt zu ihm unterhalten zu haben. Strauß hielt im Gegenteil ständig Kontakt zu ihm, vermittelte ihm sogar den Posten des Lockheed-Vertreters in der Bundesrepublik. Hauser war es auch, der die Gelder an Strauß zahlte und zwar auf das „Sonderkonto II CSU, Nr. 12010, Verfügungsberechtigt: Franz Strauß" bei dem Düsseldorfer Bankhaus Marx, Poensgen und Co. Es existiert sogar ein Brief Hausers, in dem er schreibt, daß Strauß Geld erhalten hat. **Strauß behauptet jetzt, Hauser sei ein Lügner, aber Hauser ist es auch gewesen, der Lockheeds Zahlungen an Prinz Bernhard und andere zuerst enthüllt hatte. Auch dies liegt schon länger zurück und auch damals war Hauser als Lügner hingestellt worden. Und ganz abgesehen davon. Lockheed hat alle Welt bestochen. In der BRD ging es um einen Milliardenauftrag, immerhin fast 1000 Starfighter. Und da sollte ausgerechnet Strauß nicht bestochen worden sein . . . ?**

Schon allein die Umstände, unter denen Lockheed damals 1958 der Zuschlag erteilt wurde, waren merkwürdig genug. Die Entscheidung für den Starfighter fiel sozusagen über Nacht, obwohl die Konkurrenzflugzeuge ihm gegenüber erhebliche Vorteile hatten. Dazu kam, daß der Starfighter damals nur auf dem Papier existierte, als ihm der Zuschlag erteilt wurde, keine Abmachungen über Lieferfristen und Preise getroffen wurden — kurz ein untaugliches Flugzeug zu einem völlig überhöhten Preis gekauft wurde. Ein Flugzeug, dessen trauriger Rekord, seine Empfindlichkeit und Absturzhäufigkeit, bekannt ist. Bei bis jetzt über 180 Abstürzen verloren bereits 85 Piloten ihr Leben. Auch sie gehen auf das Konto der Käuflichkeit Strauß'.

**Was jetzt enthüllt wurde, ist sicher nur die Spitze des Eisberges. Es macht die Fäulnis und Verrottung des ganzen imperialistischen Systems deutlich, zeigt, daß es notwendig ist, dieses System zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten, um den Sozialismus aufzubauen.**



## Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

◯ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ◯
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

**Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30,** Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

**PARTEIBÜROS:**

**LV Wasserkante, Hamburg,** Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**LV Niedersachsen, Hannover,** Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

**LV Südwest, Mannheim,** Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**LV Baden-Württemberg, Stuttgart,** Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel. 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**LV Bayern, München,** Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding),** Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

**Bielefeld,** Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**Bochum,** Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 10-13 Uhr.

**Bremen-Walle,** Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

**Duisburg-Hochfeld,** Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Di und Do 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

**Frankfurt,** Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

**Kiel,** „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**Köln-Kalk,** Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

**Lübeck,** Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

**Münster,** Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

## Parteiveranstaltungen

**GROSSVERANSTALTUNG zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML**

7. März 1975, 15 Uhr, Dortmund, Westfalenhalle, Halle 3. **Es spricht: Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML.**

**WITTEN**

Zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. 21. 2. 76, 17 Uhr, „Haus Düsterhöft", Witten-Annen, Herdeckerstr.

**VERANSTALTUNG DER GESELLSCHAFT DER FREUNDE ALBANIENS**

Vorführung des albanischen Spielfilms „Operation ‚Feuer'". 23. 2. 76, 20 Uhr, im BO-Kino im Bochumer Schauspielhaus, Königsallee/Ecke Oskar-Hoffmannstraße.